Ausgabe 2 - April 2017

15. Jahrgang, Nr. 83

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Konflikte und Migrationsbekämpfung

Keigh Bee ~ Calais und die Grenzindustrie: Profiteure der EU-Migrationspolitik – **1**

Jacqueline Andres ~ US-Militärbasen im Mittelmeer: Netzwerke der Kriegslogistik und des Widerstand – **3**

Christoph Marischka ~ Krieg in Mali: Uranabbau schützend – Migration und Flucht verhindernd – **8**

Claudia Haydt ~ Eine Pipeline in den Krieg: Waffenlienlieferungen und die Eskalation in Syrien – **9**

Militarisierung Inland

Martin Kirsch ~ Militarisierung der Polizei – Massive Aufrüstung im Namen der Terrorabwehr – **11**

Martin Kirsch ~ GETEX: Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsatz im Inland – **18**

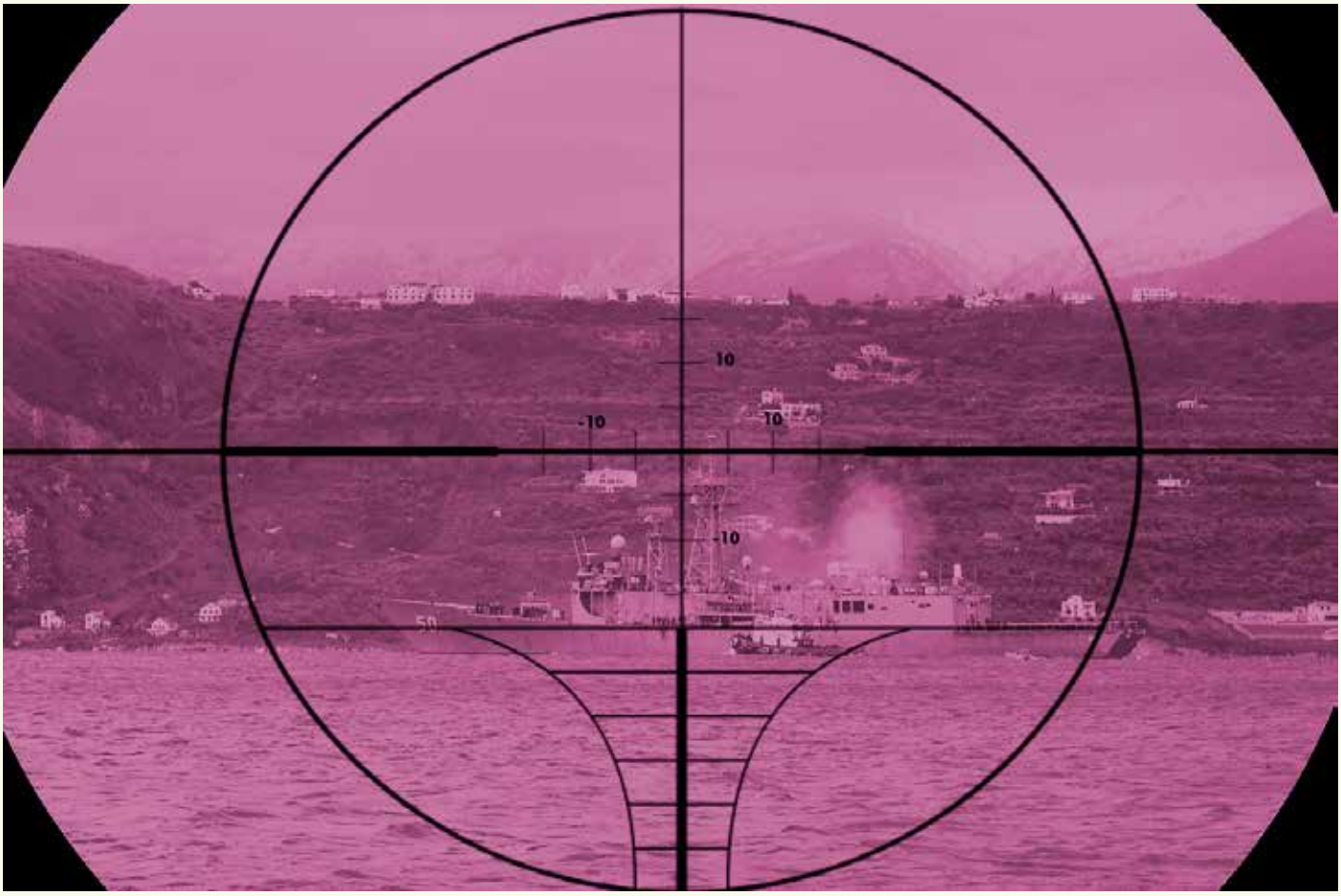
Matthias Monroy ~ Die Spionagebehörde ZITiS: Zivil-militärische Zusammenarbeit auf den Bundeswehr-Campus – **22**

Thomas Mickan ~ Dem Frieden den Prozess machen. Anklage gegen Friedensaktivisten geht in die vierte Runde – **23**

Transatlantische Beziehungen

Jürgen Wagner ~ Münchner Sicherheitskonferenz: „Operation Aufrüstung“ und Transatlantische No-Go-Areas – **25**

Mirko Petersen ~ Trump und Russland: Die Hysterie um eine neue Reset-Politik – **30**



Editorial:

„Verantwortung übernehmen – besonders für Afrika“, hieß es bereits in der programmatischen Ankündigung der Bundesregierung zur Übernahme der G20-Präsidentschaft. Dementsprechend wird einen Monat vor dem Großevent mit den Regierungschefs Anfang Juli in Hamburg ein G20-Partnerschaftsgipfel mit Afrika stattfinden. Im Vorfeld ist von einem „Marshall-Plan“ für Afrika die Rede, von Ausbildungsinitiativen und Infrastrukturprojekten. Ausgebildet werden mit deutschem und europäischen Geld auf dem afrikanischen Kontinent aber weiterhin v.a. Soldaten, unter „Ertüchtigung“ werden Waffenlieferungen verstanden und von den Infrastrukturprojekten profitieren allenfalls deutsche Unternehmen wie Siemens, während die Bevölkerung – wie etwa in Äthiopien – in großem Maßstab mit Vertreibung und Verschleppung oder im Südsudan mit einem grausamen Krieg überzogen wird.

Was in Afrika aufgebaut und ausgebaut wird, sind hochgerüstete, autoritäre Staaten, deren Regierungen am Tropf internationaler Geldgeber hängen, denen sie im Gegenzug versprechen müssen, die eigene Bevölkerung von der Reise abzuhalten. Quasi zeitgleich vollziehen sich ähnliche Prozesse in Deutschland und Europa: Es wird aufgerüstet, was das Zeug hält – ob nun gegen den Terrorismus oder gegen die Migration. Der deutsche Verteidigungshaushalt wurde in einem einzigen Jahr um acht Prozent angehoben, während für Gesundheit, Renten und Soziales nie Geld da zu sein scheint. Einige dieser Aufrüstungsprojekte beschreiben wir im Schwerpunkt zur Inneren Sicherheit – und am Beispiel der Räumung des „Dschungel“ von Calais auch einige der Profiteure. Darunter finden wir alte und neue Bekannte der Friedensbewegung, wie auch die Autorin vom Calais Research Network unterstreicht.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jacqueline Andres, Thomas Gruber, Christoph Marischka, Jürgen Wagner.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Jacqueline Andres‘ Artikel wird im Buch zum letzten Friedensratschlag erscheinen Δ Christoph Marischka: AMOS 1/2017.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: IMI.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Keigh Bee arbeitet beim Calais Research Network mit; Matthias Monroy ist Journalist und lebt in Berlin; Jacqueline Andres, Martin Kirsch, Thomas Mickan und Mirko Petersen sind IMI-Beiräte. Claudia Haydt, Christoph Marischka und Jürgen Wagner sind im IMI-Vorstand.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Calais und die Grenzindustrie

Profiteure der EU-Migrationspolitik

von Keigh Bee

Die Räumung des sogenannten „Dschungel“ von Calais hat im Oktober 2016 weltweit für Schlagzeilen gesorgt. Die komplexere Geschichte, die aufzeigt, wer von dieser Brutalität profitierte, ist aber weniger bekannt geworden. Auf der einen Seite war die Räumung ein Erfolg für zynische französische Politiker_innen, die bereits die Präsidentschaftswahl in diesem Jahr fest im Blick hatten und verbissen versuchen, an ihrer Macht festzuhalten. Die Ereignisse waren aber auch ein Profitsegen für verschiedene Privatunternehmen, welche u.a. Gummigeschosse, Stacheldraht, Bulldozer und Busse für Abschiebungen bereitstellten. In den zwei Jahren zuvor waren informelle Siedlungen außerhalb der Stadt gewachsen. Gleichzeitig setzte ein explosionsartiger Prozess der Versicherheitlichung in Calais ein und damit flossen Milliardenbeträge an multinationale Unternehmen auf dem Verteidigungsmarkt. Im September 2016 waren bereits ca. 2.100 Polizeikräfte in Calais eingesetzt: 840 französische *Compagnies Républicaines de Sécurité* (CRS), mit der Aufgabe ‚Grenzsicherung‘, 654 *police aux frontières* (PAF), 400 Gendarmes und 220 lokale Polizeikräfte. Diese Zahl ist während der Räumungsoperationen im Oktober 2016 auf geschätzte 6.000 Kräfte angewachsen. Dazu kommen die Einsatzkräfte der UK Border Force (UKBF), private Sicherheitskräfte, andere Sonderpolizeikräfte und die nicht unerhebliche Aufrüstung und Infrastruktur des Grenzregimes, welche zum Großteil durch die britische Regierung finanziert werden.

Calais ist nur eine von vielen zentralen Stellen der Profitabilisierung von Grenzsicherheit in der EU und an ihren externen Rändern - nicht nur in Libyen, der Türkei, Marokko und anderen angrenzenden Ländern, sondern auch z.B. im Sudan oder in Niger. In Calais verdichten sich die Elemente dieser allgemeinen Entwicklungen jedoch wie unter einem Brennglas: Die Verteidigungsindustrie möchte ihre ‚Lösungen‘ als entscheidend im Kampf gegen die ‚Bedrohung‘ durch Migration darstellen. Viele dieser Unternehmen haben schon Profite durch die Konflikte erzielt, die selbst Migration erzwingen und profitieren nun doppelt dadurch, dass sie wiederum am Aufbau von ‚Sicherheit‘ um und quer durch Europa verdienen.

Mittlerweile ist eine blühende Industrie in Calais entstanden, bestehend aus der Privatisierung von Grenzkontrollen bis hin zur Herstellung von Tränengas und Drohnen; von der Konstruktion von Abschiebegefängnissen und der ‚Begleitung‘ von Häftlingen bis zu den stetig wachsenden Zäunen und Mauern entlang der Autobahn.

Privatisierung

Inzwischen übernehmen Privatunternehmen immer mehr Aufgaben, welche zuvor traditionell von der französischen oder britischen Regierung erfüllt wurden. Um von Calais in das Vereinigte Königreich zu kommen, muss man entweder den Hafen oder den Eurotunnel passieren. An beiden Orten werden Transportfahrzeuge durchsucht und teilweise von privaten Sicherheitsfirmen trainierte Suchhunde eingesetzt.

Im Hafen übernimmt das lokale Unternehmen Eamus Cork Solutions (ECS) viele von der UK Border Force in Auftrag gegebene Arbeiten, wie die Durchsuchung von Fracht. Im Jahr 2011 wurde ECS ein dreijähriger Auftrag in Höhe von £7,1 Millionen für die Sicherheit im Hafen erteilt, welcher später für weitere zwei Jahre verlängert wurde. Am Eurotunnel sieht das ähnlich aus – etwa 300 Sicherheitskräfte schützen das Gelände.

Die Trennlinie zwischen Privatunternehmen und Regierungskräften wird dabei immer schwammiger. Ein komplexes Interessengeflecht verbindet Unternehmen unterschiedlicher Bereiche, indem Individuen nicht nur fließend zwischen der Arbeit im öffentlichen und privaten Sektor wechseln, sondern auch zwischen den unterschiedlichen Unternehmen. Die ‚Security and First Line of Response Unit‘ des Eurotunnels wird z.B. von Dominique Schmitlin geleitet, der früher ein Oberstleutnant der Gendarmerie war und zuvor 33 Jahre im französischen Militär diente. Patrick Guerbette, der Eamus Cork Solutions im Jahr 2004 gründete, ist ein ehemaliger Polizist aus Calais und war auch schon Frachtsicherheitsmanager beim Eurotunnel. Die gleichen Bauunternehmen, die die Transportinfrastruktur schaffen, haben Verträge mit der Abschiebeindustrie. So ist das für die Konstruktion des ‚Calais Port 2015’ verantwortliche Unternehmen Bouygues gleichzeitig auch eines der Hauptunternehmen, die Aufträge für den Bau von Abschiebegefängnissen in Frankreich erhalten; Vinci, ein weiterer Bauriese, verdiente an den Straßenbauarbeiten und an der Räumung des Camps, bei der eine Planierraupe des Unternehmens zum Einsatz kam.

Seit vielen Jahren wächst im Vereinigten Königreich eines der größten privatisierten Gefüge von Haftzentren für Migrant_innen. Allein in den zwölf Monaten vor dem März 2016 wurden etwa 32.163 Menschen verhaftet.[1] Die meisten Abschiebegefängnisse sind privatisiert und ca. £780 Millionen wurden vom britischen Innenministerium durch private Aufträge für Abschiebehaft und Abschiebung zwischen 2004 und 2020 an eine kleine Gruppe multinationaler Konzerne vergeben: G4S, GEO Group, Mitie, Serco und Tascor.2 Diese Unternehmen sind auch für Calais relevant, weil z.B. Tascor dort auch kurzfristige Haftzentren betreibt. Als Teil der massiven Outsourcing-Gesellschaft Capita, wurde Tascor 2012 nach mehreren Skandalen wegen Missbrauchs und Misshandlungen gekauft und umstrukturiert. Tascor hatte den Vertrag des vorherigen Auftragnehmers G4S übernommen, nachdem Jimmy Mubenga bei seiner von G4S-Angestellten begleiteten Abschiebung nach Angola umkam. Doch nicht nur große, internationale Player verdienen an der Privatisierung von ‚Sicherheit‘: auch lokale Unternehmen aus dem Département Pas-de-Calais haben lukrative Aufträge übernommen, wie Biro Sécurité, das für die Sicherheit der Container-Lager in Calais verantwortliche Unternehmen.

Grenztechnologie und Rüstungsindustrie

Der militärische und technische Charakter der Grenzkontrolle hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erweitert. Das Vereinigte Königreich gibt jährlich Millionenbeträge für den Grenzaufbau in Calais aus. Finanziert werden u.a. Zäune, biometrische Technologie, CO2-Sensoren, Drohnen, Röntgen-

Polizeipräsenz in Calais. Quelle: Flickr/Squat le Monde

und Millimeterwellenscanner, Thermosensoren und CCTV-Kameras. Die Unternehmen, die Grenzkontrolltechnologie produzieren, sind oft dieselben multinationalen Rüstungsunternehmen, deren wichtigste Einnahmequelle der Export von Waffen in alle Welt ist. Ihre Waffen enden in neokolonialistischen Kriegen, in den Händen von Diktaturen und an weiteren profitversprechenden Orten. Mark Akkerman erklärt in seinem Bericht *Border Wars*, dass "manche Nutznießer von Grenzsicherungsverträgen zugleich zu den wichtigsten Waffenlieferanten in den Mittleren Osten und nach Nordafrika zählen und so den Konflikt schüren, der so viele Menschen in die Flucht treibt."[3] Für Rüstungskonzerne mit schwankenden Profiten im Ausland stellt die Grenzinfrastruktur eine florierende neue Nische dar.

Thales: Waffenhändler und Grenzprofiteur

Der multinationale Waffenhändler Thales zählt beispielsweise zu den Konzernen, die am stärksten in den Sicherheitsaufbau von Calais engagiert sind. Das Unternehmen wurde vom Hafen beauftragt, ein Überwachungs- und Zutrittskontrollsystem zu entwickeln. Thales ist nach Augenzeugenberichten wahrscheinlich auch der Anbieter jener gesichteten Drohnen, die - auf militärischem Niveau mit Wärmebildgeräten ausgestattet – den Bereich des Eurotunnels überfliegen.

Das Unternehmen zählt zu den besten Verdienern in der Grenzindustrie der gesamten EU. In *Border Wars* berichtet Mark Akkerman, dass Thales u.a. mobile thermische Einheiten an die spanische Guardia Civil lieferte, eine Mauer entlang der lybisch-tunesischen Grenze baute und sich bewarb, um ein satellitengestütztes Überwachungssystem für die turkmenische Grenze mit Afghanistan zu liefern. Als aktives Mitglied der Europäischen Organisation für Sicherheit (EOS) betreibt das Unternehmen extensive Lobbyarbeit für die finanzielle Förderung der Grenzüberwachung und ist bislang einer der wichtigsten Begünstigten von EU-Forschungsförderung in diesem Bereich.

Auf einem Treffen zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich im März 2016 wurden zusätzliche Gelder für die Grenzsicherung von Calais angekündigt, während sich ein anderer Teil des Gipfels dem globalen Ausbau der Förderung für Drohnensysteme widmete. Thales war an den Durchführbarkeitsstudien im Vorfeld des Gipfels beteiligt und stellt damit einen der wahrscheinlichsten Empfänger der versprochenen Förderungsgelder in Höhe von £1.54 Milliarden für Drohnen dar. Bereits zuvor hatte Thales einen Auftrag in Höhe von £3,8 Mio. vom britischen Innenministerium für ein System zur Verschlüsselung biometrischer und biographischer Daten für die biometrischen Aufenthaltspapiere (Biometric residence permits, BRP) erhalten.

Grenzschutz: Eine blühende Industrie

Die Entwicklungen in Calais entsprechen einer umfassenderen Tendenz, wonach multinationale Rüstungskonzerne Milliarden Euro für ‚Grenzschutzmaßnahmen' erhalten, während dieselben Unternehmen gleichzeitig Lobbyarbeit betreiben, um den notwendigen Markt für ihre Technologie zu schaffen. Neben Thales haben viele andere multinationale Unternehmen Verträge in Calais erhalten, einschließlich L-3 Communications, welches im Jahr 2015 den Auftrag für Körperscanner und Infrarot (FLIR)-Systeme bekam. Beide Unternehmen sind außerdem wichtige Auftragnehmer des US-Militärs und des Ministeriums für Innere Sicherheit der Vereinigten Staaten. Besonders begünstigt sind britische Konzerne, darunter Smiths Detection, AMG Systems, und Chess Dynamics. Französische Unternehmen haben auch Verträge abgeschlossen, z.B. Sorhea, welches an den Zäunen um den Hafen eingesetzte Infrarotschranken produziert, die Signale an eine Leitstelle weiterleiten, falls sie unterbrochen werden.

Zusätzlich zur Technologie, die gezielt für den Grenzschutz geschaffen wird, gibt es auch ein breiteres Spektrum an Ausrüstung, die von den CRS oder der Gendarmerie in ganz Frankreich, und damit auch in Calais, verwendet wird. Diese Ausrüstung wird meistens von französischen Unternehmen produziert, darunter SAE Alsetex, Etienne Lacroix, Nobel Sport, SAPL und Verney-Carron. Tränengas und andere Waffen zur Aufstandsbekämpfung scheinen in Calais hemmungsloser verwendet zu werden, als in anderen Teilen Frankreichs. Dadurch wird aus der Stadt auch ein Ort, um Waffen zu testen. Es gab z.B. Gerüchte, dass das von den CRS jüngst angeschaffte Blendgewehr ‚Laser de Dissuasion et d'Interception' – zum Abschrecken und Aufhalten – während der Räumung in Oktober 2016 zum ersten Mal ausprobiert wurde. Obwohl dies schlussendlich wohl nicht stattfand – vielleicht weil die Auseinandersetzungen nicht auf dem prognostizierten Niveau stattgefunden haben –, erscheint Calais öfters als ein Ort der Erprobung für die Polizeien, die begierig darauf sind, ihre technischen ‚Spielzeuge' auszuprobieren.

Keigh Bee ist Teil des Calais Research Network, welches im August 2016 gegründet wurde, um einen Überblick über das Netz von Unternehmen, die von der Grenze in Calais profitieren, zu schaffen. Um gegen Gewalt an den Grenzen zu arbeiten, wurde eine Liste von Unternehmen, die mit dem Grenzregime in Calais verbunden sind, erstellt. Die Grenze entsteht nicht nur an Orten wie Calais, sondern auch in den Fabriken der Metropolen Europas. Ziel des Calais Research Networks ist es, zu visualisieren, wie ein Kampf gegen die Grenze auch an diesen Standorten stattfinden kann. Bei der Suche nach Strategien gegen das Grenzregime müssen auch die komplexen Beziehungen zwischen Konzernen und Staaten entwirrt und die spezifischen Verträge, die es erschaffen, analysiert werden.[4]

Anmerkungen

1 Home Office: National Statistics. Detention, gov.uk, 26.05.2016
2 Migreurop: Migrant detention in the European Union: a thriving business, migreurop.org, 07.11.2016
3 Mark Akkermann: Grenzkriege. Die Rüstungsindustrie profitiert von der Flüchtlingskrise in Europa, tni.org, 04.07.2016
4 Umfassendere Informationen über die implizierten Unternehmen können auf unserer Webseite gefunden werden: calaisresearch.noblogs.org

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

US-Militärbasen im Mittelmeer

Netzwerke der Kriegslogistik und des Widerstands

von Jacqueline Andres

Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen laut dem vom US-Verteidigungsministerium jährlich herausgegeben Base Structure Report über etwa 4.855 Militärinstallationen weltweit mit einer zusammengerechneten Fläche von der Größe Bulgariens.[1] Zeigt man mit dem Finger auf einen Globus, so wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Nähe eine Antenne, ein Militärstützpunkt oder auch ein Munitionslager der USA oder der NATO zu finden sein. Die US-Militärstrukturen, die ein weltweites logistisches und operatives Netzwerk der Kriegsführung bilden, erfüllen zahlreiche Funktionen, mit denen jeweils unterschiedliche Auswirkungen auf das zivile Umfeld, in dem sie eingebettet sind, einhergehen. Es ist zunehmend schwer, US-Militärbasen als solche zu definieren, weil die offiziellen US-Stützpunkte einerseits immer mehr auch generell in NATO-Aktivitäten und Strukturen eingebunden werden und andererseits handelt es sich bei primär vom US-Militär genutzten Stützpunkten oftmals formell um Basen des jeweiligen Gastlandes. Unabhängig davon, inwiefern sie zu klassifizieren sind, wirken sie sich in ähnlichem Ausmaß auf ihr ziviles Umfeld aus. Die Anthropologin Catherine Lutz betrachtet in ihrem Buch „Homefront“ die Dynamiken zwischen diesem und den lokalen Militärbasen und beobachtet besonders den Einfluss des Militärs auf die sozio-kulturellen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Gefüge der Umgebung, welcher in vielerlei Hinsicht die Grenze zwischen militärischem und zivilem Raum aufhebt.[2] In der Vorstellung von militarisiertem Raum geht die Geographin Rachel Woodward noch einen Schritt weiter, indem sie betont: „Militärische Geographien umgeben uns, sie sind immer um uns herum“.[3] US- und NATO-Militärstützpunkte sind nützliche gedankliche Sprungbretter zur Bewusstwerdung, inwieweit die Netzwerke der Kriegslogistik in die als zivil wahrgenommene Räume hineinreichen und provozieren die Frage nach dem Verlauf der Trennlinie zwischen dem Militärischen und dem Zivilen. Andererseits lässt ein gründlicher Blick auf die Einbettung solcher Strukturen in zivile Räume auch zahlreiche Ansatzpunkte erkennen, diese vermeintlich stabile Verankerung ins Wanken zu bringen.

Militärbasen im Mittelmeer

Historisch bildete das Mittelmeer trotz zahlreicher Konflikte vorrangig immer einen verbindenden Raum des Austauschs zwischen den drei angrenzenden Kontinenten Afrika, Asien und Europa. Heute dagegen spielt es mehr denn je eine zentrale Rolle als militarisierter Grenzraum in der EU-Migrationsabwehr und als strategischer Knotenpunkt der militärischen Infrastruktur für die zahlreichen regionalen Kriegsschauplätze, die Logistik, Aufklärung und Überwachung. Dabei spielen auch die US-amerikanischen Stützpunkte, die sich von den portugiesischen Azoren im Atlantik als „Boxenstopp“ zur Straße von Gibraltar, dem westlichen Eingangstor des Mittelmeers, bis ins türkische Gebiet im östlichen Teil erstrecken, eine nicht unwesentliche Rolle. Der Historiker Bernard Ravenel betont, „seit der Antiken ist das Mittelmeer ein Ort des Wettbewerbs um Überlegenheit: wer das Mittelmeer kontrollierte, kontrollierte die Welt“.[4] Historisch gesehen nahm das Mittelmeer auch schon immer einen wichtigen Stellenwert für den US-amerikanischen Handel ein. Nachdem die britische Royal Navy den US-Handelsschiffen nach der Erlangung der Unabhängigkeit keinen militärischen Schutz vor Piraterie mehr bot, führte der damalige Präsident Thomas Jefferson von 1801 bis 1805 einen Krieg gegen die Regentschaft Tripolis der Barbareskenstaaten. Dieser Amerikanisch-Tripolitanische Krieg war der erste der US Navy außerhalb des nordamerikanischen Kontinents[5] und bis heute erinnert die Zeile „From the Halls of Montezuma to the shores of Tripoli“[6], der noch immer gesungenen Hymne der Marines, an die Schlacht von Derna, welche im Zuge der Barbareskenstaatenkriege der USA im Jahr 1805 erfolgte. Seither dauert die militärische Präsenz der USA im Mittelmeerraum bis heute an. Auch wenn die Sicherung der Handelswege weiterhin ein Teil der US-amerikanischen Außenpolitik in der Region bleibt, gehen die heutigen geostrategischen und wirtschaftspolitischen Interessen mittlerweile weit darüber hinaus. Zudem erfolgt eine stetig zunehmende Einbindung der US- und NATO-Stützpunkte in die Migrationsbekämpfung der EU, wodurch auch die Bundeswehr, die sowohl bei dem NATO-Einsatz in der Ägäis als auch bei der EU-Mission EUNAVFOR MED maßgeblich beteiligt ist, immer häufiger zu den Nutznießern dieser zählt. Anhand von zwei der insgesamt zehn größeren Militärstützpunkte in der Mittelmeerregion (Rota, Morón de la Frontera, Sigonella, Livorno, Neapel, Aviano, Vicenza, Souda Bay, Izmir und Incirlik) soll die besagte Einbettung mit ihren Konsequenzen für das zivile Umfeld herausgearbeitet und Formen des Widerstands beschrieben werden.

Naval Air Station Sigonella auf Sizilien

Die süditalienische Insel Sizilien liegt im Herzen des Mittelmeers – in nur in kurzer Flugdistanz entfernt von der tunesischen und lybischen Küstenregion. Offiziell handelt es sich um eine US Navy Installation auf dem NATO- und italienischen Luftwaffenstützpunkt Sigonella, der seit 1959 unter dem Kommando von je einem italienischen und einem US-amerikanischen General betrieben wird. Im Laufe der vergangenen Jahrzehnte baute das US-Militär den Stützpunkt, der als logistischer Knotenpunkt auch für die Truppenverlegung und den Materialtransport von den USA in den indischen Ozean und Südostasien von fundamentaler Bedeutung ist, kontinuierlich aus. Mittlerweile lässt sich die Basis in vier Einheiten unterteilen: NAS I (Naval Air Station), NAS II, Naval Radio Transmitter Facility (NRTF), den nahgelegenen Militärhafen Augusta Bay Port Facility und den Übungsplatz in Pachino.

Angrenzend an die südsizilianische Kleinstadt Niscemi ermöglichen 46 Ultra High Frequency Antennen der NRTF seit 1996 die Kommunikation der US-amerikanischen Marine. Im Laufe der letzten Jahre wurde die NRTF-Anlage ausgebaut, um dort eine der weltweit vier Bodenstationen des Satellitenkommunikationssystems Mobile User Objective System (MUOS) zu errichten. Nach offiziellen Angaben des US-Militärs soll das MUOS im Jahr 2017 operativ sein, die bisherige Datenübertragungskapazität um ein Zehnfaches erhöhen und eine

Darstellung der Einheiten der Naval Air Station Sigonella auf Sizilien. Quelle: IMI

zuverlässige, wetterunabhängige Kommunikation zwischen allen militärischen Einheiten des US-Militärs weltweit garantieren. Von besonderer Bedeutung ist die Erhöhung der Datenübertragungskapazität für Drohneneinsätze. Im Jahr 2017 plant die NATO zudem das Aufklärungsprogramm Alliance Ground Surveillance zu aktivieren, welches bestehend aus fünf Global Hawk Drohnen, einer Hauptzentrale und mehreren mobilen Steuerungsstationen auch zur Überwachung von Migrationsbewegungen an den EU-Außengrenzen sowie an den vorverlagerten Grenzen eingesetzt werden soll. Dies ist neben dem NATO-Einsatz in der Ägais, welcher offiziell der Schmugglerbekämpfung dient, ein weiterer Schritt, mit dem sich die NATO zunehmend in die EU-Migrationsabwehr einbindet. In der Planung befindet sich bereits die nächste Struktur: auf der NAS Sigonella soll auch das Unmanned Aerial System Satellite Communication (UAS SATCOM) als Schwesterrelaisstation für das SATCOM auf der Ramstein Air Base in Deutschland errichtet werden.[7] Diese SATCOM-Relaisstation ermöglicht den Datenaustausch zwischen den Drohnenpilot_innen auf der Creech Air Force Base in Nevada, die mit einem teilweise durch den Atlantik verlegten Glasfaserkabel mit der Air Force Base Ramstein verbunden ist, und den Kampfdrohnen an den unterschiedlichen Einsatzorten, welche die Daten wiederum via Satellit aus der Relaisstation erhalten.[8] Das geplante für die Drohneneinsätze strategische UAS SATCOM auf Sigonella macht aus Sizilien immer mehr einen Vorposten der hochtechnologisierten Kriegsführung der NATO-Verbündeten und der militarisierten Vergrenzung des Mittelmeers.

Dabei wirkt sich die Militärpräsenz der italienischen und US-amerikanischen Streitkräfte sowie die ihrer Verbündeten auch auf die Umwelt, die lokale Wirtschaft, die physische und psychische Gesundheit der Anwohnenden und auf die sozio-kulturellen und politischen Gefüge aus: Zum Ausbau der Kommunikationsanlage mussten Bäume einer der letzten Korkwälder Europas – der unter Naturschutz stehenden Sughereta di Niscemi – weichen. Die erwartete elektromagnetische Strahlung des MUOS droht die Orientierung von Zugvögel auf ihrem Weg zwischen Afrika und Europa zu stören. Bis jetzt sind wenige Studien zu den gesundheitlichen Auswirkungen von elektromagnetischer Strahlung in dieser Stärke erstellt worden, doch die Krebsrate in dem Gebiet ist hoch – das liegt auch an der unkontrollierten Entsorgung von Giftmüll durch lokale Mafiaorganisationen – und es wird vermutet, dass die Strahlung der bereits seit den 90er Jahren vorhandenen Antennen Gesundheitsschäden verursachen. Auch wenn der Zusammenhang zwischen der statistisch gesehen überdurchschnittlich hohen Krebsrate in der Gegend wissenschaftlich nicht eindeutig auf die Strahlung der Kommunikationssysteme und der Militärpräsenz allgemein zurückzuführen ist, so fällt auf, dass die Anwohnenden von Militärstützpunkten, wie auch im Fall von Niscemi, diese auf die geheimnisumwitterte Militärpräsenz zurückführen. Dieser Verdacht verdeutlicht die psychische Auswirkung eines militärischen Raumes, welche der Fotograf Simon Norfolk als „military sublime“ bezeichnet. Frei übersetzt als „militärische Erhabenheit“ beinhaltet dieser Begriff „Gefühle der Furcht und Bedeutungslosigkeit nicht

Eine der insgesamt vier Bodenstationen des Mobile User Ojective System in Niscemi auf Sizilien. Quelle: Wikipedia

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Gott, sondern der Waffentechnik gegenüber“,[9] da diese in militärischen Räumen, wie Rachel Woodward es ausdrückt, keiner demokratischen Kontrolle unterliegt und weit vom Rationalen und Verständlichen wegrückt.[10] Die Anwohnenden trauen der spärlichen Informationslage über die Aktivitäten und vorhandenen Technologien innerhalb von Militärstützpunkten nicht und nutzen – bewusst oder unbewusst sei dahingestellt – die Militärpräsenz als Projektionsfläche ihrer Ängste und Befürchtungen. Auf politischer Ebene schaffte es die Frage der Aktivierung des MUOS auf Sizilien im Jahr 2012 ein relevantes Wahlkampfthema zu werden. Der Gouverneurskandidat Rosario Crocetta konnte unter anderem wegen seiner strikten Ablehnung der Aktivierung genug Stimmen für den Wahlsieg sammeln und erfüllte sein Wahlversprechen, indem er die Aktivierungserlaubnis zurückzog. Doch nur kurze Zeit später nahm er seine Entscheidung zurück und begründete sie damit, dass er Angst vor der CIA habe.[11]

Die Kommunikationsanlage schafft weder direkte zivile Arbeitsplätze auf der Anlage selbst noch indirekte durch eine Unterstützung der lokalen Geschäfte, weil die dort stationierten Soldat_innen nach ihrem Dienstschluss das Gebiet verlassen. Die Errichtung des MUOS gefährdet zudem den erst seit 2013 operativen zu einem zivilen konvertierten Militärflughafen Pio la Torre in Comiso, welcher als Hoffnungsträger gilt, Tourismus und Handel im strukturschwachen Südosten der Insel zu fördern. Denn aus einer eigens vom US-Militär beauftragten Studie ging hervor, dass die Strahlung des MUOS mit den Bordsystemen von landenden Kriegsflugzeugen interferieren und zu einer unbeabsichtigten Detonation von geladenen Sprengköpfen führen könnte. Diese Studie war der Anlass, das zuerst beim Militärflughafen von der Naval Air Station Sigonella angedachte MUOS nach Niscemi zu verlegen. Welche Auswirkung das MUOS auf den zivilen Flughafen in Comiso haben kann, wird sich nach der Aktivierung des MUOS dieses Jahr zeigen.

Auf diese wirtschaftlichen, ökologischen und gesundheitlichen Aspekte bezieht sich auch die seit 2009 bestehende antimilitaristische und anti-rassistische Bewegung No MUOS auf Sizilien, die darüber hinaus die Demilitarisierung der Insel und der EU-Migrationsabwehr fordert, welche in ihrer hochtechnologisierten und militärischen Ausrichtung u.a. durch die US- und NATO-Militärstrukturen auf Sizilien ermöglicht wird. Direkte Aktionen gehören zu den angewandten Widerstandsformen der Bewegung, wodurch sie einerseits die Fertigstellung und Aktivierung des MUOS deutlich hinauszögern konnten, doch sich andererseits eben durch diesen aktiven Widerstand mit starker staatlicher Repression und hohen Prozesskosten konfrontiert sieht.

Auch wenn die Bewegung bis jetzt die Aktivierung noch stoppen konnte, so störte sie die dortigen Logistik- und Kommunikationsabläufe über einen langen Zeitraum. Ihr Störpotenzial manifestierte sich u.a. in den Reaktionen von Seiten des US-Militärs. Seit den antimilitaristischen Aktivitäten der No MUOS kurbelte die Naval Air Station Sigonella sichtbar ihre PR-Bemühungen in der Region an. U.a. zeigte sich dies in der Erhöhung von Klassen- und Gruppenbesuchen der Militärstrukturen NAS I und NAS II, welche auf mehr als 150 jährliche Besuche stiegen und in der Erweiterung von sozialen Aktivitäten der US-amerikanischen Soldat_innen in der Region, u.a. beim Singen mit Chören vor Ort, dem Aufräumen nach Stürmen, dem Streichen von Grundschulen etc.. Als weiterer Erfolg ist die Warnung der US-Militärs zu werten, sie würden das MUOS nach Tunesien verlegen, sollte die Aktivierung weiter verzögert werden. Auch wenn das Ziel von No MUOS eine Demilitarisierung des gesamten Mittelmeers ist und eine Verlegung in ein anderes Land keine zufriedenstellende Lösung darstellt, zeigt dies dennoch, dass ein Stören der Kommunikationsinfrastruktur des Militärs durchaus ein signifikantes Störelement verkörpert. Andererseits verdeutlicht dieses Beispiel aber auch, dass die weltweiten Kriegsaktivitäten der NATO-Mitgliedsstaaten nur funktionieren, weil die dafür nötigen Logistik-, Einübungs- und Kommunikationsstrukturen ungestört genutzt werden können.

Der Vulkan Ätna ragt hinter dem Militärstützpunkt NAS I hervor. Quelle: Wikipedia

Naval Station Rota in Andalusien

Die Naval Station Rota weitet sich auf einer Fläche von etwa 21 km² aus und beheimatet rund 4.000 Angehörige des US-Militärapparats und ihre Familien. Offiziell handelt es sich um einen spanischen Marinestützpunkt, doch 80% der Fläche wird von US-Streitkräften genutzt. Während der Militärdiktatur Francisco Francos erhielten die USA durch den Madrider Pakt im Jahr 1953 das Recht, in Torrejón de Ardoz, Zaragoza, Rota und Morón de la Frontera Militärstützpunkte zu unterhalten. Im Gegenzug dazu konnte sich die spanische Diktatur aus ihrer von zahlreichen europäischen Staaten in der Nachkriegszeit auferlegten Isolation ein Stück weit befreien. Mittlerweile wurde die in der Nähe von Madrid gelegene Basis Torrejón und die bei der nordspanischen Stadt Zaragoza geschlossen, während die andalusischen Stützpunkte in Morón sowie Rota in den vergangenen Jahren einen deutlichen Ausbau erlebten. In Rota wurde der Marinestützpunkt in einer fünfjährigen Bauzeit erweitert, um dort seit 2015 die Stationierung von vier „Aegis“-Zerstörer der Arleigh-Burke Klasse zu ermöglichen. Diese bilden einen Baustein des sich von Rota bis nach Osteuropa spannenden NATO-Raketenabwehrsystems.[12] Auf dem Luftwaffenstützpunkt bei Móron hingegen sind seit 2013 rund 3.000 Soldat_innen der Special Purpose Marine Air-Ground Task Force – Crisis Response – Africa (SP-MAGTF-CR-AF) des für den afrikanischen Kontinent zuständigen US-amerikanischen Kommando AFRICOM stationiert. Diese trainieren immer wieder auch auf dem Marinestützpunkt Rota,[13] der nur etwa 130 Kilometer von Morón entfernt liegt. Geographisch gesehen befindet sich Rota strategisch günstig an der andalusischen Atlantikküste unweit der Straße von Gibraltar und somit an einem fundamental wichtigen Punkt zur Kontrolle einer der insgesamt nur drei Zugänge zum Mittelmeer. Zeitgleich verkörpert Rota für Spanien, die USA und ihre Verbündete ein logistisches Sprungbrett für Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent, der bei klarem Horizont fast schon in Sichtweite liegt.

Die US-Standorte im spanischen Andalusien. Quelle: IMI

Seit den frühen Anfängen der Naval Base Rota in den 1950er Jahren schrieb sich die Militärpräsenz in die gesamte Textur des zunächst landwirtschaftlich geprägten Ortes ein, der gemeinsam mit dem Stützpunkt zu einer Garnisonsstadt mit Arbeitsplätzen im dritten Sektor erwuchs. Zwar steht die Militärpräsenz daher in den Augen Vieler der rund 33.000 Bewohner_innen bis heute für Fortschritt, Arbeit und Wohlstand, doch die Errichtung forderte ihren Preis. Ganze 2.274 Hektar des fruchtbarsten Landes – und damit 26,98% der damaligen Gesamtgröße Rotas von 8.426 Hektar – wurden gegen eine finanzielle Entschädigung enteignet und die betroffenen Landarbeiter_innen wurden in die nahe gelegene Stadt Utrera umgesiedelt.[14] Die Basis gestaltete die urbane Entwicklung der wachsenden Stadt federführend mit und thront bis heute an einem zentralen Punkt der Straßenführung. Eine der belebten, alten Hauptstraßen, Calle Calvario, führt direkt vom Eingang der Militärbasis durch die Stadt hindurch und verbindet sie gleichzeitig mit einem Verkehrskreisel direkt vor dem Haupttor des Stützpunktes mit der Verbindungsstraße A-2075, welche in die nahe gelegene Stadt Puerto de Santa Maria bzw. auf die Autobahnzufahrt führt. Gegenüber des Haupteingangs befindet sich der Hauptbusbahnhof der Stadt, wo auch die Buse der zivilen Arbeiter_innen des Stützpunktes halten. Die schnelle Verbindungsstraße A-2075 führt abschirmend direkt an dem Sicherheitszaun des Stützpunktes entlang, wodurch es erschwert wird, sich unauffällig länger in der Nähe aufzuhalten. Geht man hingegen die besagte Hauptstraße Calle Calvario entlang, finden sich zahlreiche Automobil- und Immobiliengeschäfte mit englischen Schildern in den Schaufenstern, die in großen Schriften „Militärvorteile“ betonen. Zudem teilen bis heute einige der Bars in Strandnähe eine eng verbundene Geschichte mit dem Stützpunkt; erst mit der Präsenz der Soldaten setzte eine Urbanisierung des kleinen Ortes durch zuziehende Geschäftsbesitzer_innen, Gastronomiewirt_innen und dem Zuzug englischsprachiger Frauen aus Gibraltar und Großbritannien, die in diesen Bars unterschiedlicher Arbeit – auch in den Graubereich zur Prostitution – nachgingen. Bis heute ist die Basis der wichtigste direkte und zugleich indirekte Arbeitgeber der Stadt – geschätzte 600 Millionen Euro pumpten die Militärs jährlich in die Wirtschaft der Bucht von Cádiz.[15] Die lokale Wirtschaft[16] hängt dadurch stark von der aktuellen Kriegskonjunktur ab und bereits in der Vergangenheit schoss die Arbeitslosigkeit der kleinen Stadt in die Höhe, sobald die fluktuierende Militärpräsenz des spanischen und US-amerikanischen Militärs abnahm. Die aktuelle nach den Bedürfnissen des Militärs ausgerichtete Wirtschaftspolitik der Bucht blokkiert eine nachhaltige und selbstragende Wirtschaftsentwicklung. Die Stadt könnte nach einer Konversion der Basis und nach einer Entgiftung sowie Reinigung des seit Jahrzehnten von militärischem Gerät genutzten Bodens, Raum und Strukturen für lokale Manufaktur, Industrie, Landwirtschaft und Viehhaltung schaffen. Auch ein nachhaltiger Tourismus könnte an Attraktivität in der Bucht gewinnen, sollten die Kriegsgeräte und die mit ihr einhergehende Lärmkulisse, Wasser- und Luftverschmutzung verschwinden. Die prominente wirtschaftliche Rolle der Militärpräsenz beeinflusst auch die öffentlich gezeigte Einstellung der Anwohnenden gegenüber Militär und Krieg.

Mit dem steigenden Kriegsschiffs- und Flugverkehr in der Bucht steigt auch die Unfallwahrscheinlichkeit, welche verheerende Auswirkungen auf das empfindliche Ökosystem der Bucht und des Mittelmeers bzw. den Atlantik allgemein haben kann. Bereits im Oktober 1997 traten bei einem Unfall des Tankers USNS J.P. Bobo rund 30.000 Tonnen Dieselkraftstoff aus, welche die umlegenden Strände mit einem Ölfilm bedeckten. Im Januar 1966 kollidierten bei einem Auftankmanöver an der südspanischen Mittelmeerküste über Palomares ein mit Wasserstoffbomben bestückter B-52G-Bomber der US Air Force mit einem KC-135 Tankflugzeug, wodurch die rund 150.000 Liter Treibstoff in einer Explosion in Flammen aufgingen, einer der Sprengköpfe ins Mittelmeer und drei – zwei davon durch den Aufprall beschädigt – auf das Festland stürzten und die Umgebung mit radioaktivem Plutonium verseuchten. Erst 2015 vereinbarten Spanien und die USA erneute Säuberungsmaßnahmen des nach 50 Jahren noch immer kontaminierten Gebietes. Das volle Ausmaß der Katastrophe ist durch den in alle Richtungen verwehten plutoniumhaltigen Staub nicht messbar.[17]

Darüber hinaus schadet der Marinestützpunkt dem Ökosystem und den Anwohner_innen durch die durch den sehr aktiven Marineflughafen verursachte Luftverschmutzung, mit der eine bemerkenswerte Lärmkulisse einhergeht; die Wasserverschmutzung und die durch den überdurchschnittlich hohen, nicht regulierten Wasserverbrauch der Basis verstärkte Wasserknappheit; die unkontrollierte Beseitigung toxischer Stoffe und unklare Auswirkungen von auf der Basis verwendeter Technologien und Materialien,[18] die ebenfalls keiner demokratischen Kontrolle unterliegen.

Die starke ökonomische Abhängigkeit von dem Stützpunkt diktiert die nach außen getragene Meinung der Bewohner_innen Rotas bezüglich des Militärs. Kritische Stimmen erfahren im öffentlichen Raum oftmals soziale Ablehnung, befürchten Konsequenzen für ihren Arbeitsplatz auf der Basis und vertrauen unbekannten Personen nicht, da diese insgeheim Teil eines Militär-, Geheimdienst- oder Polizeiprogramms sein könnten. In einem Fall wandte sich eine dem Krieg kritisch gegenüberstehende Person an die Organisator_innen des seit den frühen 80ern jährlich stattfindenden Friedensmarschs (Marcha a Rota), um zu betonen, dass ein anti-militaristischer Diskurs in Rota undenkbar sei und daher Unterstützung von außen benötige. Der Friedensmarsch erlitt in der Vergangenheit selber schwere Anfeindungen von Seiten der Bewohner_innen Rotas, die der Demonstration vorwarfen, „das Brot ihrer Söhne“ zu gefährden. Es scheint notwendig zu sein, Alterna-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

tiven zu erarbeiten, die es Rota erlauben, ihre signifikante Abhängigkeit vom Militär abzustreifen und somit kritischem Diskurs wieder einen Raum bieten zu können, indem bspw. die Folgen der seit Jahrzehnten andauernden Militarisierung des Gebietes erörtert werden könnten.

Damit ist die Situation in Rota völlig anders als in Niscemi, wo die Kommunikationsanlage den Anwohner_innen weder ökonomische noch sonstige Vorteile bescherte. Dies erlaubte eine breite Mobilisierung, die sich zunächst vorrangig um gesundheitliche und ökologische Fragestellungen bezüglich des MUOS drehte. Politische Diskussionen mit besorgten Bewohner_innen verankerten durch einen Politisierungsprozess innerhalb der Bewegung einen anti-militaristischen Grundsatz, der das Ziel der Bewegung vom Ausgangspunkt MUOS zu einer angestrebten Demilitarisierung des gesamten Mittelmeeres ausweitete. Die grundsätzlichen Gemeinsamkeiten der Stützpunkte in Rota und Niscemi belaufen sich auf eine Militarisierung des Landes durch die Errichtung abgesperrter Militärzonen und der jeweiligen Strukturen, des Meeres und der Luft, wobei deren militärische Nutzung gegenüber der zivilen Vorrang hat sowie des Untergrunds, welcher von Versorgungspipelines durchzogen ist. Mit dieser vierdimensionalen Militarisierung gehen Umweltschäden, nachgewiesene und befürchtete Gesundheitsschäden und die Einbeziehung des umliegenden „zivilen“ Raums in weit entfernte Kriegsschauplätze einher. Letztere transformiert den Standort darüber hinaus in ein mögliches Ziel eines Vergeltungsschlags. Abgesehen von der ungleichen wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Militärstrukturen, unterscheidet sich die Situation in Niscemi von der in Rota durch das unterschiedliche Ausmaß der aus der Militärpräsenz folgenden Entdemokratisierung von zivilem Raum. In Niscemi trifft diese u.a. wie im Falle des gebrochenen Wahlversprechens von Crocetta durchaus auf die Ebene der Lokalpolitik zu, aber die Militarisierung der Köpfe ist noch nicht so tief in die Gesellschaft bzw. in den Schein der Gesellschaft eingedrungen, wie in Rota.

Der Friedensmarsch in Rota lehnt die NATO, die Präsenz von Militärstützpunkten und den Krieg allgemein ab. Quelle: Wikipedia

Fazit

Zwar hängen die konkreten Auswirkungen der unterschiedlichen Militärinstallationen von ihren dynamischen und oft wechselnden Funktionen ab, doch die meisten Strukturen beeinflussen in einer ähnlichen Weise die lokalen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gefüge ihrer Umgebung. Die facettenreichen Auswirkungen bieten gleichzeitig auch vielfältige Formen des Widerstands und der Bündnisbildung, welche an Kraft gewinnen könnte, wenn die antagonistischen Gruppen eine spektrenübergreifende und transnationale Vernetzung anstreben, die sich an der Vernetzung der NATO-Strukturen anlehnt. So könnte der grundlegend anti-militaristischen Forderung – die sich eine sardische anti-militaristische Gruppe als aussagekräftigen Namen wählte – „Keine Basen – nicht hier, und nirgendwo anders!“ Nachdruck verliehen werden. Eine ausführliche Untersuchung der Militärstrukturen ist dringend erforderlich, um zu verdeutlichen, inwiefern die USA und die NATO in die lokalen Texturen eindringen und wie empfindlich sie organisierter Dissens auch treffen kann. Der Widerstand gegen die Stützpunkte in den NATO-Mitgliedsländern, die die Kriegseinübung, -logistik und dazu gehörige Kommunikationstechnologien und Drohnensteuerung ermöglichen, wird umso wichtiger, bedenkt man, dass der vermehrte Einsatz von Luftschlägen und Drohnenangriffen die materielle Basis der hochtechnologisierten Kriege zunehmend in NATO-Mitgliedsstaaten verlagert. Das Credo „Krieg beginnt hier, und muss auch hier gestoppt werden“, gewinnt stetig an Aktualität dazu.

Anmerkungen

1 Base Structure Report 2015, acq.osd.mil
2 Catherine Lutz: Homefront. A Military City and the American Twentieth Century, Beacon Press, Boston, 2002
3 Rachel Woodward: Military Geographies, Blackwell Publishing Ltd, Oxford, 2004, S. 4
4 Bernard Ravenel: Méditerranée. Le nord contre le sud, L’Harmattan, Paris, 1990, S.109
5 Gregory Fremont-Barnes: The Wars of the Barbary Pirates. To the shores of Tripoli: the rise of the US Navy and Marines, Osprey Publishing Ltd, Oxford, 2006, S.8
6 United States Marine Corps, hqmc.marines.mil
7 NAVFAC: Pre-Solicitation Synopsis, neco.navy.mil, 13.11.2015
8 Jeremy Scahill: Germany is the Tell-Tale Heart of America’s Drone War, theintercept.com, 17.04.2015
9 Rachel Woodward: Military Pastoral and the Military Sublime in British Army Training Landscapes. In: Ian D.Rotherham und Christine Handley (Hrsg.): War and Peat, Wildtrack Publishing, Sheffield, 2014, S.7
10 Ebd.
11 Giuseppe Pipitone: Muos Niscemi, Crocetta revoca lo stop dei lavori, ilfattoquotidiano.it, 25.07.2013
12 Fourth US missile defence ship arrives at its new home port in Spain, nato.int, 29.09.2015
13 Task Force Maintains Quick Response Capabilities During Alert Force Drill, africom.mil, 29.02.2016
14 Rocío Piñeiro Álvarez: Guerra y Medio Ambiente. Una Historia de la Base Aeronaval de Rota (desde 1953 hasta la Actualidad), unv. Diss., Universität Cádiz, 2002, S.82
15 Jesús A. Cañas: La Base económica de Rota, economia.elpais.com, 03.07.2016
16 Die Präsenz des Stützpunktes kurbelt außerdem die Entwicklung von Rüstungs- und Sicherheitsfirmen in den nahegelegenen Hafen – und Industriestädten der Region, wie Cádiz, Sevilla und Málaga, an.
17 Palomares nuclear crash. US agrees Spanish coast clean-up, bbc.com, 19.10.2015
18 Rocío Piñero Álvarez: Impacto Medioambiental de EEUU en el Mediterráneo: El Caso de la Bahía de Cádiz, HAOL, Nr. 22, 2010

Krieg in Mali

Uranabbau schützend – Migration und Flucht verhindernd

von Christoph Marischka

Am 26. Januar 2017 stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE der Verlängerung und Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Mali zu. Nach der Aufstockung um 350 Soldat_innen und acht Hubschrauber ist die deutsche Beteiligung an der UN-Mission MINUSMA nun mit bis zu 1.000 Soldaten der aktuell größte Einsatz der Bundeswehr. Bereits vor der Abstimmung im Bundestag wurden die ersten Transporthelikopter vom Typ NH90 nach Leipzig verlegt, um gleich am Tag nach der Erteilung des Mandats von dort nach Mali transportiert zu werden. Die Transporthubschrauber sollen den Rücktransport von Verwundeten sicherstellen und somit den Aktionsradius der deutschen Truppen um das Camp Castor bei Gao im umkämpften Norden des Landes erhöhen. Folgen sollen nun noch vier Kampfhubschrauber vom Typ Tiger, die mit ihrer umfangreichen Bewaffnung dafür gedacht sind, Bodentruppen bei der Bekämpfung von Aufständischen am Boden zu unterstützen. Denn die Sicherheitslage im Norden Malis befindet sich im freien Fall: Eine gute Woche vor der Entscheidung im Bundestag wurde ein Lager der malischen Armee etwa einen Kilometer vom deutschen Camp Castor angegriffen, wobei etwa 60 Soldaten und Milizionäre umkamen und noch mehr verletzt wurden. Auch das deutsche Feldlager wurde bereits beschossen, deutsche Patrouillen bereits angesprengt und in Gefechte verwikkelt. Im November musste der an Camp Castor grenzende Flughafen von Gao nach einem Anschlag für mehrere Tage gesperrt werden.

Offiziell soll die UN-Truppe MINUSMA ein Friedensabkommen umsetzen, das jedoch äußerst vage ist und nur einen Teil der bewaffneten Gruppen umfasst, die vor Ort aktiv sind und noch dazu in unterschiedlichen Zusammenhängen agieren. Sie besteht aus knapp 13.000 Soldat_innen, die in der Masse aus Bangladesch sowie den afrikanischen (Nachbar-)Staaten Senegal, Guinea, Burkina Faso, Niger, Tschad und Togo stammen, deren Aktivitäten sich wegen der überlegenen Aufklärungskapazitäten der Bundeswehr (zu denen verschiedene Drohnen gehören, darunter u.a. die aus Israel geleaste Heron-1) wesentlich durch deren Lageerkenntnisse bestimmen. De facto bemühen sie sich um die Stabilisierung jener Regionen, die zuvor von französischen Spezialkräften in Zusammenarbeit mit sezessionistischen Tuareg-Milizen (beide außerhalb des UN-Mandates aktiv) freigekämpft wurden. Dies soll laut UN-Mandat die Rückkehr der malischen Armee in den Norden ermöglichen, die jedoch von verschiedenen bewaffneten Gruppen – darunter jene, die mit Frankreich kooperieren – teils offen, teils verdeckt bekämpft wird.

Soldaten aus dem Tschad bei Präsident Keitas Amtseinführung. Quelle: UN

Diese malischen Truppen werden zuvor von einer EU-Trainingsmission im Süden des Landes ausgebildet, an der Deutschland wiederum mit bis zu 300 Kräften beteiligt ist. Es exisitieren keine belastbaren Zahlen, wie viele von ihnen bislang umkamen, aber es dürften mehr als tausend sein. Leider sind auch die Statistiken des Departement of Peacekeeping Operations der UN sehr unzuverlässig (mit Stand 31. Dezember 2016 wird etwa die deutsche Beteiligung an MINUSMA mit 251 angegeben, obwohl sich über 600 Kräfte beteiligten), die Gesamtzahl der Opfer aus der MINUSMA-Mission belief sich jedoch demnach bis Ende November 2016 auf 110. In den vergangenen Monaten hat eine neu formierte bewaffnete Gruppe in Zentralmali durch spektakuläre und nach militärischen Maßstäben erfolgreiche Angriffe auf Stützpunkte der malischen Armee von sich reden gemacht, die nun die Nachschubwege der Truppen im Norden gefährdet, die deshalb zunehmend nach Niger verlegt werden. Doch auch im Süden, wo v.a. die frankophone Bevölkerung zunächst relativ viel Zustimmung zur internationalen Intervention zeigte, verschärft sich die Lage und die ausländischen Soldaten berichten immer häufiger von einer feindseligen Stimmung ihnen gegenüber.

Wenn selbst die „loyal“, Zeitschrift des Reservistenverbandes, unter dem Titel „im malischen Treibsand“ einen Soldaten vor Ort mit den Worten zitiert „meinen Verwandten daheim kann ich nicht erklären, warum ich in Mali bin und was wir hier erreichen wollen“, sagt das viel. „Es sei gut, Präsenz zu zeigen“ wird der Soldat weiter zitiert. Diese Präsenz ermöglicht es immerhin, mit einer weiteren, „zivilen“ Mission der EU im Süden Malis Polizei und Gendarmerie in der Bekämpfung – aus europäischer Sicht – „illegaler“ Migration auszubilden und die während der französischen Intervention gewählte malische Regierung zur Rücknahme Abgeschobener zu zwingen. Doch die Präsenz geht weit über Mali hinaus. Unter den MINUSMA-Truppen sind auch viele Einheiten aus Niger, das sich ähnlich wie Mali aufgrund geringer Staatseinnahmen und Bevölkerungsdichte im Verhältnis zur Ausdehnung des Landes nur eine kleine Armee leisten kann. Deshalb werden auch hier die Regierung und kritische Infrastruktur von französischen Soldaten geschützt und auch hier bauen die EU und Deutschland Grenzschutz und Gendarmerieeinheiten für die Bekämpfung der Migration auf; Frankreich und die USA stationierten im Norden von Niger Drohnen zur Überwachung der Sahara. Auch dabei geht es um die Bekämpfung der Migration, v.a. aber auch um die Sicherung einer Fluchtursache: des Abbaus von Uran für französische Kernkraftwerke und von Phosphat, das für die globale Landwirtschaft von zentraler Bedeutung ist.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Eine Pipeline in den Krieg

Waffenlieferungen und die Eskalation in Syrien

von Claudia Haydt

Der Export von Rüstungsgütern in Spannungs- und Kriegsgebiete ist sowohl nach deutschem Recht als auch durch entsprechende EU-Richtlinien und selbst durch internationales Recht (ATT – Arms Trade Treaty) verboten. Dennoch finden Waffen aus Deutschland und solche aus anderen westlichen Ländern immer wieder ihren Weg in diese Regionen, so auch im Fall von Syrien. Besonders in den ersten Jahren des Bürgerkrieges wurde das Land mit Waffen, die überwiegend aus alten Armeebeständen im Balkan stammten, regelrecht geflutet. Das machte die Eskalation des Bürgerkrieges in diesem verheerenden Ausmaß erst möglich. Auch wenn noch längst nicht alle Fakten der gezielten Destabilisierung bekannt sind, sind zwischenzeitlich doch einige der Mechanismen, über die der Aufstand in Syrien militarisiert und hunderttausende Menschenleben zerstört wurden, feststellbar.

Waffen in Spannungsgebiete

Wenn aus Deutschland Waffen in Drittstaaten verkauft werden, dann unterschreiben diese Staaten eine sogenannte Endverbleibserklärung. Da die ministerielle Bürokratie zwar viel Wert auf das Abheften dieser Erklärungen legt, aber keinerlei personelle Ressourcen zur Kontrolle des Verbleibs der Waffen hat, ist hier dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche der Waffen, besonders im Bereich der Kleinwaffen, die in den letzten Jahren in die Golfstaaten oder auch in die Türkei geliefert wurden, auf diesem Weg auch nach Syrien kamen. Zudem sind zahlreiche der Waffen, die zu Ausbildungszwecken von der Bundeswehr und ihren NATO-Verbündeten in den Irak geliefert wurden, zwischenzeitlich bei den Truppen des Daesh/IS gelandet. Der WDR berichtete: „Sturmgewehre vom Typ G3, Baujahr 1986, werden auf den Märkten zu einem Preis von 1.450 bis 1.800 US-Dollar angeboten. Die Pistole P1 des deutschen Herstellers Walther lag im Schaufenster eines Waffengeschäftes in Suleymanniya aus – sie wurde für 1.200 US-Dollar angeboten und war noch in einem Karton mit deutscher Beschriftung originalverpackt.“[1] Viele der Waffen dürften aber auch ohne den Umweg über den irakischen Schwarzmarkt den direkten Weg nach Syrien gefunden haben, da zahlreiche Kämpfer – nicht nur, aber auch abhängig davon, wer den besten Sold bezahlt – ihre Loyalitäten wechseln.[2]

Im Falle Syriens ist auffällig, dass neben dieser fast schon „normalen“ Form der Proliferation von Waffen auch eine massive und systematische Ausrüstung von Rebellenformationen stattgefunden hat. Das Recherchenetzwerk „Balkan Investigative Reporting“[3] hat akribisch rekonstruiert, wie seit 2012 nahezu eine „Waffen-Pipeline“ aus dem Balkan in den Nahen und Mittleren Osten entstand. Dutzende von Frachtflugzeugen mit Waffen und Munition, die noch aus jugoslawischen Beständen stammten, belieferten bereits kurz nach Beginn des Aufstandes Gruppierungen in Syrien. Die Flugzeuge starteten von Zagreb aus, die Ladung wurde von saudischen Geldgebern bezahlt und das Entladen fand in Jordanien oder der Türkei statt. Die Verbindung zwischen Käufern und Verkäufern soll laut einem Bericht der New York Times in Washington hergestellt worden sein. Zuerst handelte es sich überwiegend um ältere Waffen aus den 1970er und 1980er Jahren. Besonders beliebt waren Panzerabwehrwaffen, Munition für Maschinengewehre, Projektile für Mörser und Ähnliches. Die Behörden in Bulgarien, Kroatien und anderen Balkanländern verwiesen darauf, dass sie die Waffen nur in die Golfstaaten exportieren würden und dass gegen diese kein Waffenembargo bestehe.

Exportschlager: G3 von Heckler & Koch. Quelle: Aidschent2/Wikipedia

Eine Waffenbestellung aus Saudi-Arabien 2013	
AK-47 Gewehre	10.000 Stück
Andere Maschinengewehre	6.301 Stück
Raketen- und Granatenwerfer	18.500 Stück
Panzer	300 Stück
Luftabwehr-Geschütze	250 Stück
Mehrfachraketenwerfer	90 Stück
Munition (verschiedene Typen)	364,55 Mio. Stück

Dass Flugzeugladungen voller alter Waffen sowjetischer Bauart zum Verbleib in den Golfstaaten, die sonst nur die modernsten Waffen für ihre Armeen einkaufen, vorgesehen sind, ist jedoch äußerst unwahrscheinlich.

Ein ganz normales Geschäft?

Im Juni 2015 sorgte ein tödlicher Unfall dafür, dass aus der bislang nur vermuteten Kooperation zwischen Rüstungsproduzenten im postsowjetischen Balkanraum, US-amerikanischen Geldgebern und syrischen Rebellen Gewissheit wurde. Ein Mitarbeiter der US-Firma Purple Shovel[4] löste beim Munitionieren eines Raketenwerfers auf einem bulgarischen Testgelände eine Explosion aus; er kam dabei ums Leben, zwei weitere US-Bürger und zwei Bulgaren wurden verletzt. Purple Shovel hatte für insgesamt 28,3 Millionen Dollar einen Auftrag vom US-Amerikanischen Special Operations Command (SOCOM) erhalten, syrische Kämpfer mit Waffen und Munition auszurüsten und sie im Einsatz dieser Waffen zu trainieren. Diese Aufgaben überträgt das SOCOM vorzugsweise Söldnern wie dem Navy-Veteranen, der bei diesem Zwischenfall verstorbenen ist. Den öffentlich einsehbaren Bilanzen des SOCOM ist zu entnehmen, dass dies keineswegs der einzige vergleichbare Auftrag war.

Vertreter des Recherchenetzwerks BIRN sprachen 2015 mit Rebellen-Kommandeuren aus Idlib und Aleppo, die beschrieben, wie die Verteilung der Waffen aus dem Balkan an die oppositionellen Kräfte über zwei sogenannte „military operations rooms“ in der Türkei und in Jordanien abgewickelt wurde. Die Rüstungsgüter wurden im Anschluss im LKW über die Grenze nach Syrien gebracht oder aus Militärflugzeugen abgeworfen.

Insgesamt wurden seit 2012 über die Balkanroute Waffendeals im Wert von mindestens 1,2 Milliarden Euro vertraglich abgewickelt. Allein Saudi-Arabien bestellte seit 2012 Waffen im Wert von 829 Millionen Euro, die mit größter Wahrscheinlichkeit nicht für die eigene Armee gedacht sind. Um einen Einblick in die Natur dieser Waffendeals zu geben, lohnt etwa ein Blick auf den Inhalt einer einzelnen saudischen Bestellung[5] aus dem Jahr 2013 (siehe Tabelle).

Diese umfangreiche Lieferung war nur eine von vielen, deren Inhalt wegen der sowjetischen bzw. russischen Bauart der Waffen und der Munition kompatibel war mit den Beständen, die bereits vor Ort vorhanden waren, und deren Nutzung deswegen den Milizen bereits vertraut war.

Während die Balkanroute für die Flüchtlinge, die auch eine Folge dieser Exporte sind, längst geschlossen ist, gehen die Waffengeschäfte weiter. Da zwischenzeitlich offensichtlich die Bestände aus Zeiten vor 1990 weitgehend geleert sind, stammen die Waffen, die auf diesem Wege auf die Schlachtfelder in Syrien (und manche wohl auch in Jemen) geschickt werden, aus aktuellerer Produktion.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der Waffenhandel zwischen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder den USA und den Golfstaaten - finanziell betrachtet - einen wesentlich größeren Umfang hat, als die Rüstungsgüter, die aus dem Balkan in die Region fließen. Allein im „Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 genehmigte die Bundesregierung Rüstungsexporte im Gesamtumfang von über 750 Millionen Euro an Saudi-Arabien.“[5] Allerdings handelt es sich bei diesen Waffenlieferungen in der Regel um deutlich komplexere Waffensysteme, deren Produktion längere Zeiträume umfasst und deren Anwendung nur nach aufwändiger Trainingsphase möglich ist.

Die oben beschriebenen Lieferungen aus dem Balkan zeigen die unbedingte Entschlossenheit der Auftraggeber (USA und Golfmonarchien), die Bürgerkriegsparteien in Syrien mit Waffen und Munition zu versorgen, die sofort einsatzbereit sind. Durch dieses gezielte Fluten von aufständischen Milizen mit Waffen, deren Nutzung in der Region jeder gelernt hat, der seinen Wehrdienst abgeleistet hat, wurde der Konflikt in Syrien bewusst umfassend militarisiert. In diesem Kontext war ziviler politischer Protest nahezu unmöglich und aus dem innersyrischen Konflikt wurde ein Stellvertreterkrieg, in dem sowohl regional als auch global Zug um Zug mehr Akteure mitmischten.

Die Opfer des Krieges

Die sehr schnelle Militarisierung des Aufstandes in Syrien machte nahezu alle Bevölkerungsgruppen in Syrien zu Verlierern. Etwa eine halbe Million Menschen starben bisher. 1,2 Millionen wurden zum Teil schwer verwundet und etwa die Hälfte der Bevölkerung befindet sich auf der Flucht. Sie halten sich als Binnenflüchtlinge im eigenen Land oder in den Nachbarländern auf oder sie versuchen, den zunehmend abgeriegelten Westen auf immer gefährlicheren Routen zu erreichen. Wer den Menschen in Syrien wirklich helfen will, muss dafür sorgen, dass einerseits sämtliche Waffenlieferungen umgehend eingestellt werden und andererseits den Flüchtlingen aus der Region legale und sicherere Wege aus dem Bürgerkrieg geöffnet werden.

Anmerkungen

1 „Bundeswehr-Waffen auf dem Schwarzmarkt im Nordirak“, NDR.de vom 21.01.2016 (http://www.ndr.de/der_ndr/presse/mitteilungen/Bundeswehr-Waffen-auf-dem-Schwarzmarkt-im-Nordirak-,pressemeldungndr16758.html).

2 Veranschaulicht wird das u.a. durch das vom US-Verteidigungsministerium geförderte «Mapping Militants»-Project der Stanford University (http://web.stanford.edu/group/mappingmilitants/cgi-bin/).

3 „Making a Killing - The 1.2 Billion Euro Arms Pipeline to Middle East“, Bakan Arms Trade Projekt des BIRN (http://www.balkaninsight.com/en/article/making-a-killing-the-1-2-billion-euros-arms-pipeline-to-middle-east-07-26-2016).

4 ”Making A Killing...”, a.a.O.

5 ”Making A Killing...”, a.a.O.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Militarisierung der Polizei

Massive Aufrüstung im Namen der Terrorabwehr

von Martin Kirsch

Ob Fußfesseln für Gefährder, mehr Videoüberwachung, Predictive Policing oder neue Spionagesoftware für das BKA - Polizei und Geheimdienste befinden sich international und insbesondere in Europa auf dem Vormarsch. Neben neuen Ermittlungs- und Überwachungsmethoden findet aktuell eine massive Aufrüstung der Polizeikräfte von Spezialeinheiten bis zu den Streifenwagen statt, die in den Medien fast ausschließlich als Gewinn an Sicherheit gefeiert wird. Ausgangspunkt für die derzeitigen Aufrüstungsvorhaben, deren Ende nicht abzusehen ist, waren die Terroranschläge auf die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt in Paris im Januar 2015. So forderte Roger Lewenz, Innenminister von Rheinland-Pfalz und damaliger Vorsitzender der Innenministerkonferenz daraufhin in einem Interview mit der Welt: „Wir müssen für Waffengleichheit sorgen."[1]

Das Szenario, für das sich die Polizei rüsten soll, sind islamistisch motivierte Anschläge, ausgeführt von militärisch ausgebildeten Terroristen, die mit Sturmgewehren, Sprengsätzen und geschützt durch militärische Schutzwesten in europäischen Innenstädten agieren. Dem entsprechend werden für die Polizei aktuell neue Schutzwesten, Stahlhelme, Sturmgewehre und Radpanzer eingekauft und das polizeiliche Training mit militärischen Szenarien angereichert. Wichtig für die Einschätzung der Entwicklung ist allerdings, dass sämtliche Aufrüstungsbemühungen der Polizei ihren Ursprung nicht in den Anschlägen von 2015 und 2016 haben, sondern auf älteren Entwicklungen und Strukturen aufbauen. Die medial vermittelten Horrorszenarien von schießwütigen Attentätern in Paris und Brüssel und zunehmenden Anschlägen auch in Deutschland haben lediglich eingängige Bilder geliefert, um die Finanzmittel zu mobilisieren, mit denen bereits angestoßene Prozesse massiv beschleunigt wurden.

Außerdem ist die Präsentation von neuer Ausrüstung und Waffen dienlich, um vermeintliche Handlungsfähigkeit der Innenminister_innen und ihrer Polizeien unter Beweis zu stellen. Völlig unabhängig von der Frage, was die Attentäter motiviert und welche gesellschaftlichen Umstände, z.B. Ausgrenzung von Migrant_innen und Kriegseinsätze deutscher Soldat_innen von Afghanistan bis Mali, sie möglicherweise radikalisiert haben. Nach dem Anschlag in Berlin im Dezember 2016 konnten so bereits in den Folgetagen auf Weihnachtsmärkten und in Zeitungen in der ganzen Republik neue Waffen und Schutzausrüstungen bestaunt werden. Bis der tatsächliche Attentäter allerdings identifiziert, gefunden und seine Kontakte zu V-Leuten des Verfassungsschutzes[2] öffentlich bekannt wurden, dauerte es deutlich länger.

Alltägliche Spezialeinheiten?

Nach der missglückten Befreiung israelischer Sportler_innen während der Olympischen Spiele 1972 in München begann der Bundesgrenzschutz noch im selben Jahr mit dem Aufbau der Eliteeinheit Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9), die sich bezogen auf Taktik und Bewaffnung an militärischen Spezialeinheiten orientierte.[3] Zwei Jahre später beschloss die Innenministerkonferenz ein „Konzept für die Aufstellung und den Einsatz von Spezialeinheiten der Länder und des Bundes für die Bekämpfung von Terroristen".[4] Dementsprechend wurden in der Zuständigkeit der Länderpolizeien Spezialeinsatzkommandos (SEK) und Mobile Einsatzkommandos (MEK) eingerichtet, die ebenfalls mit militärischen Waffen und Ausrüstung bestückt wurden.

Diese paramilitärischen Spezialeinheiten sollten in absoluten Ausnahmesituationen wie Geiselnahmen und Terroranschlägen reaktionsfähig sein, aber explizit keine Rolle im polizeilichen Alltagsgeschäft spielen. Nachdem diese Einheiten allerdings erst einmal arbeitsfähig waren, stieg auch die Verlockung, sie einzusetzen. Die Gewalteskalation im Rahmen der Bekämpfung linker Stadtguerillagruppen in den 1970er und 80er Jahren trug ihr Übriges dazu bei.

Mittlerweile ist der Einsatz von Spezialeinsatzkommandos zumindest statistisch zu einer Alltäglichkeit geworden. So kam das SEK in Berlin 2015 als bundesweiter Spitzenreiter auf mehr als 500 Einsätze,[5] im Schnitt also rund eineinhalb am Tag. Dabei geht es in einer Vielzahl der Einsätze nicht um akute Terrorakte, Geiselnahmen oder bewaffnete Banküberfälle, sondern um die Durchsetzung von Haftbefehlen und Razzien, wenn Zielpersonen als gefährlich oder bewaffnet gelten. Es reicht aber auch eine vermutete politische oder religiöse Motivation von Tatverdächtigen, die aus Sicht der Polizei schnell zum Vorwurf des Terrorismus führt, um ein SEK auf den Plan zu rufen. So nehmen z.B. Razzien wegen des Verdachts auf islamistischen Terrorismus seit der Festnahme der sogenannten Sauerlandgruppe 2007 kontinuierlich zu.

Gründe für eine Vielzahl der Einsätze sind also nicht mehr akute Notsituationen, in denen die SEKs reagieren sollen. Vielmehr sind die Spezialeinheiten zu einem aktiven Teil der polizeilichen Einsatzgestaltung geworden. So werden aktiv Situationen geschaffen, in denen nach militärischem Vorbild Wohnungen, Geschäftsräume und die Menschen darin überfallen werden. Das birgt ein hohes Risiko für alle Beteiligten mit sich, wie zwei prägnante Beispiele zeigen: Bei einem Einsatz des SEK in Köln 2011 wurde über 100 mal auf die Zielperson geschossen, die schwer verletzt überlebte.[6] Während einer Razzia gegen einen Hells Angel in Rheinland-Pfalz 2010 schoss der Hausbesitzer durch die geschlossene Wohnungstür, weil er die Polizeibeamten für Einbrecher oder Mitglieder einer verfeindeten Rockergruppe hielt, und tötete einen SEK-Beamten.[7] Vor Gericht wurde er in der höchsten Instanz wegen Notwehr freigesprochen.[8]

Mit dem bereits angeführten Argument der Waffengleichheit werden seit 2015 in diversen Bundesländern die SEKs aufgestockt und die Ausrüstung und Bewaffnung noch weiter an militärische Spezialeinheiten angepasst, falls dies nicht schon zuvor geschehen war. G36-Sturmgewehre, wie sie sonst die Bundeswehr einsetzt, sollen die effektive Bekämpfung eines Anschlags wie in Paris sicherstellen. Auch haben einige SEKs die GSG 9 der Bundespolizei angefragt, um von ihr eine Zusatzausbildung im paramilitärischen Häuserkampf zu erhalten.[9]

Paramilitärische Polizeien als Vorreiter der Wiederbewaffnung

Um von einer Militarisierung der Polizei zu sprechen scheint es angemessen, kurz deren historischen Ausgangspunkte in den Blick zu nehmen. Denn die BRD war von den 1950er bis in die 1970er Jahren mit einer hochgradig militarisierten Polizei ausgestattet, was mittlerweile weitgehend vergessen ist.

Auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 beschlossen die Alliierten noch vor Kriegsende die konsequente Denazifizierung, Demilitarisierung und Dezentralisierung des deutschen Staats- und Verwaltungsapparates und damit auch der Polizei.[1] Dabei war die formelle Trennung von Militär, Polizei und Geheimdiensten in der Nachkriegszeit nicht nur eine Konsequenz aus Nationalsozialismus und zweitem Weltkrieg. Auch der preußischem Militarismus auf dem Weg zum ersten Weltkrieg, die militärische Unterdrückung von Aufstandsbewegungen während der Weimarer Republik und die Rolle der Polizei für den Aufbau der Wehrmacht lieferten Argumente.

Die guten Vorsätze wurden allerdings schnell über Bord geworfen. Mit der Gründung der BRD und der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 erhielt die Vollzugsbeamten wieder flächendeckend Schusswaffen[2] und wurden in zentralisierte Länderpolizeien überführt.[3] Nach dem Ausbruch des Koreakriegs im Sommer 1950 stimmten die Außenminister der Westalliierten der Aufstellung einer kasernierten Truppenpolizei auf Länderebene zu, um die BRD im schärfer werdenden Kalten Krieg in Europa gegen die DDR zu rüsten.[4] Koordiniert wurde der Aufbau der Bereitschaftspolizeien durch den ehemaligen Polizisten, Wehrmachtsgeneral und Ritterkreuzträger Anton Grasser. Nur drei Jahre nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1947 bekleidete er den Rang des Inspekteurs der Bereitschaftspolizeien der Länder im Bundesinnenministerium.[5] Dass er einer Riege von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren angehörte, die ab 1949 eine Geheimarmee in Westdeutschland planten, wurde erst 2014 öffentlich.

Ein Musterverwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern wurde ab 1951 von den jeweiligen Landesregierungen unterzeichnet und führt zur Aufstellung von kasernierten **Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder.**[6] Mit einer nie erreichten Zielgröße von 30.000 Mann[7] sollten die BePo bei inneren Unruhen und im Kriegsfall dem Inspekteur der Bereitschftspolizeien der Länder im Innenministerium unterstellt werden.[8]Ausgerüstet wurden sie mit Helmen aus Wehrmachtsbeständen, neuen Flecktarnuniformen, Schnellfeuerwaffen, Granaten und Panzerspähwagen.[9] Die bundesweit einheitliche Ausbildung, Taktik und Ausrüstung der Bereitschaftspolizeien wurde an den Prämissen des „Polizeikampfs“, sprich Bürgerkriegsszenarien, ausgerichtet.

Unruhen nach dem Vorbild der Arbeiteraufstände der 1920er Jahre, Saboteure und Terroristen, z.B. aus den Reihen der KPD, im inneren, sowie feindliche Kommandos aus dem Osten im Kriegsfall sollten bekämpft werden.[10] Dazu kamen Einsatzszenarien bei Großveranstaltungen und Demonstrationen, sowie die Bekämpfung von bewaffneten Kriminellen und Banden.

Auf Bundesebene wurde ein Jahr später der **Bundesgrenzschutz(BGS)** als 10.000 Mann starke paramilitärische Polizeitruppe zur Grenzsicherung gegründet. Das war möglich, weil das neue Grundgesetz dem Bund eine Polizei zwar eigentlich verwehrte, ihm aber die Zuständigkeit für die Grenzsicherung zuschrieb.[11] Ein Großteil der Offiziere wurde aus ehemaligen Wehrmachtsangehörigen rekrutiert und auch beim Aufbau des BGS war Ostfrontgeneral Grasser federführend beteiligt.[12] Aufgebaut nach militärischem Vorbild wurde der BGS mit Sturmgewehren, Maschinengewehren, Granatwerfern und Panzerwagen, z.T. mit Maschinenkanonen, bewaffnet.[13] Ausgebildet wurden die BGS-Beamten für eine Militärische Konfrontation an der Grenze zur DDR und zur Niederschlagung innerer Unruhen.

1956 diente der mittlerweile auf rund 17.000 Beamte angewachsene BGS im Zuge der formalen Wiederbewaffnung der BRD als Personalpool für die neue Bundeswehr. Über die Hälfte der BGSler wechselten zur neu gegründeten Armee.[14] Der Seegrenzschutz wurde sogar vollständig in Bundesmarine umgetauft. „Ein typischer Karriereverlauf der Jahre 1940 bis 1960 konnte also lauten: Wehrmacht, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr.“[15] Der paramilitärische Charakter des BGS wurde 1965 auch per Gesetz festgeschrieben. Als potenzielle Kriegspartei erhielten die Grenzschützer den Kombattantenstatus.[16]

Mit der Verabschiedung der **Notstandsgesetze 1968** veränderte sich die Ausrichtung der Bereitschaftspolizeien und auch des BGS. Militärische Reaktionen auf bewaffnete Unruhen in Deutschland fielen jetzt in die Zuständigkeit der Bundeswehr. Aufgrund der Widerstandsbewegung gegen die Notstandsgesetze und der beginnenden Studentenbewegung standen zudem plötzlich andere Aufgaben im Vordergrund. Taktik, Ausbildung und Material der Bereitschaftspolizeien wurden jetzt v.a. für Demonstrationen und Großereignisse angepasst. Mit leichter zeitlicher Verzögerung folgte der BGS den Polizeien. Rechtsgrundlage, Ausbildung und Struktur wurden aus der militärischen in die polizeiliche Sphäre übertragen. Neben Grenzkontrollen und Grenzüberwachung wurde die Unterstützung der Länderpolizeien bei Großeinsätzen zur neuen Aufgabe des BGS erklärt.[17]

BFE Plus - Speerspitze der Bereitschaftspolizei

Kurz nach den Anschlägen in Paris im Januar 2015 hatte Innenminister de Maizière angekündigt, eine neue Spezialeinheit der Bundespolizei schaffen zu wollen, um eine angebliche „Fähigkeitslücke“ in der Terrorbekämpfung zwischen GSG 9 und Bereitschaftspolizei zu schließen.[10] Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes wurden als Reaktion auf das Brockdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes 1985, befeuert durch die Krawalle am 1. Mai 1987 in Berlin Kreuzberg und die tödlichen Schüsse an der Startbahn West im November 1987, aufgebaut.[11] Die BFE sind v.a. für Einsätze bei Demonstrationen, Fußballspielen und sonstigen Großereignissen, bei denen ein erhöhtes Gewaltpotenzial vermutet wird, ausgebildet und ausgerüstet. Sie sollen dort Gewalttäter_innen festnehmen und gleichzeitig gerichtsfeste Beweise liefern. Zudem gehören Observationen, Schleierfahndung sowie Festnahmen und Razzien im Bereich der organisierten und politisch motivierten Kriminalität zu ihrem Aufgabenspektrum.[12] In einigen Bundesländern kommen Notzugriffe bei Geiselnahmen und Amokläufen in Fällen, in denen GSG 9 oder SEK nicht oder

Bereitschaftspolizei bei einer Anti-Castor-Demo 2011. Quelle: Montecruz Foto (Libertinus)/CC BY-SA 2.0

Einer Abrüstung der Länderpolizeien, für die Polizeigewerkschaftler bereits in den 60er Jahren gestritten hatten, standen jetzt sogar einige Landesinnenminister positiv gegenüber.[18] Es dauerte allerdings bis in die 1980er Jahre, bis die Kriegswaffen aus den Arsenalen der Polizei und des BGS verschwanden.[19] Eine Ausnahme bildet Bayern, das die Waffen nur einlagerte und bis heute Granaten und Maschinengewehre als Polizeiwaffen im entsprechenden Gesetz listet.[20] Der Kombattantenstatus der BGS-Beamten wurde erst 1994, nach dem vollzogenen Zusammenschluss der BRD mit der ehemaligen DDR, aufgegeben.[21]

Die Strukturen der Bereitschaftspolizeien von Bund und Ländern, in Halbgruppe, Gruppe, Zug und Hundertschaft folgen allerdings bis heute einem militärischen Organisationsprinzip. Der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder überwacht im Innenministerium noch immer die bundesweite Kompatibilität der rund 16.000 Bereitschaftspolizist_innen nach diesem Muster,[22] um sie im Krisenfall zu größeren Einheiten zusammenschließen zu können.

Anmerkungen

1 Steinborn und Schanzenbach: Die Hamburger Polizei nach 1945 – ein Neuanfang, der keiner war, S. 8, Verlag Heiner Biller, Hamburg 1990.
2 Busch, Funke u.a.: „Der Wandel der Polizeibewaffnung in den siebziger Jahren“, S. 182, Campus Verlag, Frankfurt 1988.
3 Carsten Dams: „Die Polizei in Deutschland 1945-1989“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APZU 48/2008), bpb.de, 14.11.2008.
4 Stefan Noethen: „Britische Polizeireform und deren Zurückdrängung 1945 – 1953“, S. 118ff, Klartext Verlag, Essen 2003.
5 Oliver Das Gupta: „Wehrmachts- und SS-Veteranen planten Geheimarmee“, sueddeutsche.de, 11.05.14 und Klaus Wiegrefe: „Files Uncoered – Nazi Veterans Created Illegal Army“, Spiegel Online International, spiegel.de, 14.05.14.
6 Steinborn und Schanzenbach 1990.
7 Martin Winter: „Kleine Geschichte des Bundesgrenzschutzes – Eine Chronologie“, cilip.de, 24.02.1994.
8 Bolle, Bruns u.a.: „Mit Samthandschuhen und Eisenfaust – Polizei und Polizisten in der BRD“, S. 48-49, 1977, Verlag Association.
9 Busch, Funke 1988, sowie: Stefan Noethen: „Alte Kameraden und neue Kollegen – Polizei in Nordrhein-Westfahlen 1945-1953“, Klartext Verlag, Essen 2003, sowie Kraus, Grimminger und Schmidt: „Die Geschichte der Polizei in Hessen und mehr …“, Polizei Hessen, polizei.hessen.de, 22.03.13.
10 Steinborn und Schanzenbach 1990, S. 97ff.
11 Martin Winter 1994.
12 Michael Schmittbetz „LexiTV – Ein deutsches FBI?“, mdr.de, 16.02.16.
13 Busch, Funke 1988.
14 Winter 1994.
15 Carsten Dams 2008.
16 Winter 1994.
17 Winter 1994.
18 Busch, Funke 1988.
19 Busch, Funke 1988.
20 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages: „Grenzen der Bewaffnung der Polizei und der Amtshilfe durch die Bundeswehr“, S.13, 15.02.2008.
21 Winter 1994.
22 „Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder“, Bundesministerium des Inneren, bmi.bund.de, 25.06.13.

nicht schnell genug zur Verfügung stehen, hinzu. So sind die BFE auch Sprungbrett für eine Karriere bei SEK und MEK.[13]

Aus eben diesen Einheiten der Bundespolizei rekrutiert sich jetzt die sogenannte Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus (BFE+). Sie stellt, wie der Name schon nahe legt, eher eine Aufrüstung bestehender Einheiten als eine neue Spezialeinheit dar. Bereits im Dezember 2015 wurde in Blumberg bei Berlin nach achtwöchigem Training durch die GSG 9 die erste Einheit BFE+ in Dienst gestellt.[14] Vorgehen und Ausrüstung, die bei einer Show in Anwesenheit von Innenminister de Maizière und Bundespräsident Gauck[15] präsentiert wurden, glichen eher schnell beweglichen Kommandosoldaten als den oft schwerfälligen Spezialeinheiten der Polizei. „Wie ein Infanteriezug im Orts- und Häuserkampf“, beschreibt ein Anwesender die Vorführung.[16]

Das Zusatztraining der BFE+ dreht sich um das Vorgehen gegen militärisch ausgebildete und bewaffnete Gegner. Es umfasst taktisches Schusswaffentraining, den Objektschutz bei Terrorbedrohung, das Binden von Terroristen, also Häuserkampf in städtischen Szenarien, das Bergen von Verletzten aus der Schusslinie und eine spezielle Sanitätsausbildung zur Erstversorgung von anschlagstypischen Verletzungen.[17] Die

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ohnehin vorgesehenen Notzugriffe sollen also noch robuster - sprich militärischer - durchgeführt werden können. Dass diese Intention auch verstanden wird, zeigt die Lokalzeitung Märkische Allgemeine, indem sie den Auftrag der BFE+ in eigenen Worten beschreibt: „Terroristen rasch und radikal stoppen und bei Bedarf sofort erschießen.“[18] Hauptaufgabe soll allerdings die länger anhaltende Fahndung nach bewaffneten Terrorverdächtigen sein, um GSG 9 und die SEKs der Länder zu ergänzen, die v.a. auf gezielte Zugriffe spezialisiert sind.[19]

Bis Sommer 2017 sollen insgesamt 250 BFE-Beamt_innen der Bundespolizei an den fünf Standorten Blumberg, Sankt Augustin, Bayreuth , Hünfeld und Uelzen eine Zusatzbefähigung erhalten haben und dann das PLUS im Namen tragen.[20] Im Alltag sind die BFE+-Beamt_innen allerdings weiterhin in der bekannten RoboCop-Montur bei Demonstrationen und Fußballspielen im Einsatz. Den Rüstwagen mit Sturmgewehren und Zusatzausrüstung haben sie dabei im Regelfall dabei, um von einem Moment auf den anderen zur Anti-Terror-Einheit werden zu können.[21] Die Einführung dieser Einheiten wird allerdings keine Besonderheit der Bundespolizei bleiben, sondern kann als Startschuss für eine Aufrüstung der BF-Einheiten der Länder gewertet werden. So machte Hamburg, das im Juli 2017 den G20-Gipfel beherbergt, auf Länderebene Mitte November, kurz vor dem OSZE-Gipfel, den Anfang.

Innensenator Grote und Polizeipräsident Meyer stellten bei einem Pressetermin neue Waffen und Ausrüstung vor.[22] Neben neuen Helmen und Schutzwesten gehören jetzt Sturmgewehre der Marke Haenel zum Arsenal der Hamburger BFE. Ebenfalls präsentiert wurde ein Radpanzer mit dem klangvollen Namen „Survivor“ von der österreichischen Firma Achleitner. Das voll gepanzerte Radfahrzeug soll die Besatzung vor Beschuss aus Maschinengewehren und gegen Minen schützen, ist aber auch für offensive Einsätze mit Schießscharten versehen.[23]

Zur Fähigkeit der Hamburger Polizei, mit Hochrisikosituationen umzugehen, ließ Grote stolz verkünden: „Die Bundeswehr brauchen wir dafür nicht mehr.“[24] Er positionierte sich damit einerseits in der Frage von Bundeswehreinsätzen im Inland und machte gleichzeitig klar, in welche Richtung die Reise der Polizei weiter gehen soll. So stehen Radpanzer auch in diversen anderen Bundesländern auf den Wunschlisten oder werden bereits erprobt.[25] Mit Panzerwagen und Sturmgewehren nicht genug holt Hamburg auch einen bundesweiten Trend nach, indem es die einfachen Streifenwagen massiv aufrüstet.[26]

Streifenwagen als kleinste Anti-Terror-Einheiten

Seit dem Amoklauf an einem Gymnasium in Erfurt 2002 wird in diversen Bundesländern die Einsatztaktik bei Amoklagen schrittweise umgestellt. Die Besatzungen der Streifenwagen, die als Erstes am Tatort ankommen, sollen nicht mehr wie zuvor v.a. das Gelände großflächig absperren und auf das Eintreffen des SEK warten. Vielmehr ist gefordert, aktive Schütz_innen schnellstmöglich mit Waffengewalt zu stellen oder zumindest abzulenken. Seit 2006 wurde in NRW ein spezielles Training für Streifenbeamte auf Landesebene eingeführt, das jährlich wiederholt wird. „Ihr Übungsziel ist, den oder die vermeintlichen Amokläufer so schnell wie möglich unschädlich zu machen.“[27] Andere Bundesländer folgten diesem Beispiel. Baden-Württemberg wiederum ist seit dem Amoklauf in Winnenden 2009 Vorreiter dabei, seine Streifenwagen mit Stahlhelmen, schwereren Schutzwesten und Maschinenpistolen zu bestücken und die Besatzungen im Umgang damit zu schulen. Seit 2011 sind alle Streifenwagen mit diesen Zusatzpaketen ausgestattet.[28] Damit kehren Maschinenpistolen, die in Zeiten der RAF-Fahndungen angeschafft bzw. ausgegeben wurden, wieder in die Streifenwagen zurück.

Die Innenministerkonferenz im Juni 2015 in Rheinland-Pfalz scheint auch ohne offiziellen Beschluss der Startschuss für die flächendeckende Aufrüstung in den Bundesländern gewesen zu sein, auch wenn die jeweiligen Schritte sich in einem föderalen System unterscheiden. So werden die mittlerweile teils als Anti-Terror-Trainings bezeichneten Ausbildungen in diversen Bundesländern massiv ausgeweitet. Streifenbeamt_innen sollen nicht nur gegen Amokläufer_innen, sondern auch gegen Terrorist_innen in einem Szenario nach dem Vorbild der Anschläge in Paris 2015 aktiv vorgehen können. Dafür wurden mittlerweile bundesweit mindestens ein Teil der Streifenwagen mit neuen Schutzwesten ausgerüstet und Waffenkästen mit Maschinenpistolen installiert.[29] In einigen Bundesländern kommen militärische Schutzhelme sowie kugelsichere Decken oder Schilde hinzu. Baden-Württemberg, wieder am schnellsten, lässt ausgewählte Streifenpolizist_innen sogar unter Einbeziehungen der SEKs in der Bekämpfung von Terroristen trainieren.[30]

Während in anderen Bundesländern die Ausschreibungsverfahren für neue Maschinenpistolen noch laufen, hat Brandenburg bereits begonnen, die alten MP5 mit dem neueren Modell MP7 zu ersetzen.[31] Die Maschinenpistole MP7 von Heckler & Koch hat eine höhere Reichweite und Durchschlagskraft und wird deswegen von der Bundeswehr in Kampfeinsätzen und von Spezialkräften der Polizei verwendet. Wo die alten Maschinenpistolen im Bestand bleiben, werden sie teils mit Zieloptiken und Doppelmagazinen ausgestattet. In der Aufrüstungsspirale mit Maschinenpistolen nicht zufrieden setzt Schleswig-Holstein noch einen drauf und plant knapp 250 Streifenwagen mit G36c-Sturmgewehren abzustatten.[32] Ein Vorhaben, das selbst im tiefsten Deutschen Herbst undenkbar gewesen wäre, scheint im aktuellen Sicherheitsdiskurs seinen Schrecken für die breite Öffentlichkeit völlig verloren zu haben.

Ob einfache Streifenbeamt_innen bei rund zwei Tagen Schießtraining im Jahr mit diesen Schnellfeuerwaffen überhaupt umgehen können, ist für die Innenminister offensichtlich nicht von Belang. Seitdem die Maschinenpistolen erst einmal im Kofferraum sind, tauchen sie auch vermehrt in polizeilichen Maßnahmen auf. So zum Beispiel in der Reaktion auf eine Anschlagswarnung in Essen am 11.03.17, wo ein gesamtes Einkaufszentrum für einen Tag von waffenstrotzenden Polizist_innen abgeriegelt wurde.[33]

EUropäische Dimension

Die Aufrüstung von Polizeikräften seit 2015 ist kein rein deutsches Phänomen. So beschwerten sich Länderinnenminister im letzten Jahr gar, dass sie ihre Aufrüstungsvorhaben nicht in der gewünschten Zeit umsetzen könnten, weil der Markt für Polizeiwaffen und -ausrüstung in der EU nahezu leer gekauft wäre.

Beispiele dafür sind Maßnahmen in Österreich, wo ebenfalls von den Streifenwagen bis zu den Spezialeinheiten neue Ausrüstung und Waffen beschafft werden,[34] aber auch Frankreich, das vergleichbar mit den BFE+ Polizeieinheiten, deren Auftrag eigentlich nicht die Terrorbekämpfung ist, mit schwereren Waffen ausstattet, um auch in diesem Feld agieren zu können.[35]

Die Aufrüstung der Polizeien in Deutschland hat aber auch

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Polizeipanzer von Rheinmetall. Quelle: CC BY-SA 4.0/Wikimedia Commons

unabhängig von den Entwicklungen in den Nachbarländern eine EUropäische Dimension. So wurde 2002 der ATLAS-Verband gegründet und 2009 auf EU-Ebene formalisiert. Hinter dem mythischen Namen verbirgt sich ein in der Öffentlichkeit kaum bekannter Zusammenschluss von polizeilichen und militärpolizeilichen Spezialeinheiten in Europa.[36] Dort sollen sie Einheiten Taktiken austauschen und gemeinsam trainieren, um die Grundlage für gemeinsame Einsätze in den Partnerländern zu schaffen. Mit der Verabschiedung der sogenannten Solidaritätsklausel, Artikel 222 der Lissabonverträge, die 2009 in Kraft traten, ist dieser Einsatz jetzt auch auf EUropäischer Ebene gesetzlich geregelt. So kann ein EU-Land nach Terroranschlägen oder Naturkatastrophen von Katastrophenschützer_innen bis zu Soldat_innen Unterstützung aus anderen Staaten anfordern. Wenn auch nicht offiziell auf dieser Grundlage war während des Amoklaufs im Juli 2016 in München auch die österreichische Spezialeinheit EKO Cobra in der Stadt unterwegs.[37]

Angesichts der Entwicklungen im Süden der EU ist der umgekehrte Fall allerdings wahrscheinlicher. So schafft Deutschland aktuell nicht nur Kapazitäten, um schwer bewaffnete Polizeikräfte auf deutschen Straßen einzusetzen, sondern auch um hochgerüstete Spezialeinheiten in andere EU-Staaten zu entsenden. Ob die Entsendung im Rahmen der Terrorbekämpfung oder in der Auseinandersetzung mit Streikenden oder sozialen Unruhen passiert, lässt Artikel 222 der EU-Verträge dabei bewusst offen.[38] Der notwendige Widerstand gegen die massive Aufrüstung der Polizei sollte sich also nicht auf nationale Grenzen beschränken, kann sich aber auch von Beispielen wie in Frankreich inspirieren lassen, wo selbst in Zeiten des Ausnahmezustandes offensiv die Entwaffnung der Polizei diskutiert und gefordert wird.[39]

Auslandseinsätze der Polizei

Während offensive Polizeieinsätze in anderen EU-Staaten noch in den Kinderschuhen stecken, gibt es bereits eine fast dreißigjährige Erfahrung mit Polizeieinsätzen außerhalb der EU. So flogen bereits 1989 im Rahmen der UNTAG-Mission der UN in Namibia rund 50 BGS-Beamt_innen in einen bewaffneten Auslandseinsatz.[40] In traditionell enger Kooperation bestritt die Bundeswehr dann ihren ersten Auslandseinsatz 1992/93 in Kambodscha zusammen mit dem BGS.[41] Mittlerweile gehören solche Einsätze zum Standardrepertoire der deutschen Außenpolitik. Dabei übernehmen deutsche Polizist_innen sowohl Ausbildungsvorhaben als auch operative Polizeiaufgaben im Ausland.

Im November 2016 waren nach offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums 228 Polizei- und Zollbeamt_innen von Bund und Ländern in 18 Auslandseinsätzen auf dem europäischen, afrikanischen und asiatischen Kontinent und in der Karibik unterwegs.[42] Bei Einsatzzeiten von drei bis sechs Monaten schieben also rund 500 bis 750 Polizist_innen im Jahr ihren Dienst in Auslandseinsätzen. Ihre Mandate erhielten sie dabei 2016 von der UN (6), der EU (9), der OSZE (1), direkt von Frontex (1) und durch ein bilaterales Abkommen mit Afghanistan. Die aktuell größten Einsätze finden im Rahmen von Frontex mit insgesamt 106 Beamt_innen in Griechenland, Bulgarien und Italien, GTTP Afghanistan mit 53 Polizist_innen, EULEX Kosovo und MINUSMA in Mali mit zwanzig und zehn Einsatzkräften statt. In allen anderen Einsätzen waren weniger als 10 Beamt_innen aktiv. Hinzu kommen jährlich über 1.000 dienstliche Auslandsaufenthalte der Bundespolizei in den Bereichen Grenzschutz und Passkontrollen, Verbindungsbeamt_innen und gemeinsame Zentren mit Polizeien der Nachbarländer sowie der größte Teil zum Schutz von über 70 deutschen Auslandsvertretungen, die offiziell nicht als Auslandseinsätze gewertet werden.[43]

Eine besondere Rolle kommt dabei dem Schutz von Botschaften und Konsulaten in Kriegs- und Krisenstaaten zu. Diese Aufgabe übernimmt mittlerweile die Abteilung Personenschutz Ausland (PSA) unter dem Dach der GSG 9.[44] So waren 2015 insgesamt 121 PSA-Beamte in Irak, Afghanistan, Libanon und Tunesien im Einsatz, um Botschaftspersonal zu schützen.[45] Die militärische Ausrichtung, aber auch die realen

Gefahrenlage in Wiesbaden 21.12.15. Quelle: Wiesbaden112.de/CC BY-NC-ND 2.0

Gefahren ihres Auftrags zeigt der Anschlag auf das deutsche Konsulat in Mazar-e-Sharif im November 2016, bei dem nach Medienangaben Bundespolizisten, vermutlich aus den Reihen der PSA, an Schusswechseln mit Angreifern beteiligt waren.[46]

Sowohl für die gefährlicheren mandatierten Auslandseinsätze, als auch in der PSA-Truppe erhalten die Polizist_innen paramilitärisches Training, um in einer kriegerischen Umgebung ihrem Auftrag nachzukommen. In beigen Uniform, bekleidet mit Schutzweste und Helm, bewaffnet mit Sturmgewehren und Maschinenpistolen erleben sie in Feldlagern und befestigten Gebäuden einen Alltag, der dem von Soldaten sehr nahe kommt - alle möglichen traumatischen Erfahrungen, bis hin zu Tot und Verwundung im Einsatz, inbegriffen.[47]

Nach den Einsätzen oder nach dem Ausscheiden aus dem PSA versehen diese Polizist_innen mit paramilitärischer Ausbildung und Einsatzerfahrung ihren Dienst wieder in Deutschland. Welchen Einfluss das auf ihren Arbeitsalltag hat, ist bis jetzt unbekannt. Dass es sich dabei allerdings nicht um eine zu vernachlässigende Gruppe handelt zeigt, dass allein Niedersachsen zwischen 1994 und 2015 über 500 Polizist_innen in Auslandseinsätze entsandt hat.[48]

Übernahme von Feldjägern in den Polizeidienst

Zu ihrem Schutz bei Auslandsmissionen und im Rahmen der Polizeiausbildung in Einsatzländern arbeiten Polizeien bereits eng mit der Bundeswehr, v.a. mit den Feldjägern, zusammen. Diese Zusammenarbeit wird aktuell allerdings auch in der Personalgewinnung in Deutschland vertieft. Um Personallücken schnell schließen zu können, schielen Innenminister auf ehemalige Zeitsoldat_innen aus dem Bereich der Militärpolizei. So hat Brandenburg im September 2015 als Pilotprojekt erstmals 25 ausscheidende Feldjäger als Beamte auf Probe in die Polizeiausbildung übernommen.[49] 2016 folgte Mecklenburg-Vorpommern dem Beispiel,[50] während Sachsen noch an einer Gesetzesgrundlage arbeitet. Nach einer verkürzten Ausbildung von zwei mal vier Monaten sollen die ehemaligen Feldjäger_innen als fertige Polizist_innen eingesetzt werden. Dass die Umschulung von Soldat_innen zu Polizist_innen eine besondere Herausforderung darstellte könnte, wenn erlernte Verhaltensweisen aus Kriegsgebieten auf betrunkene Bürger_innen in der Fußgängerzone treffen, scheint bei diesen Vorhaben keine Rolle zu spielen.

Die Bundeswehr wiederum freut sich, weil sie potenziell arbeitslose Ex-Soldaten in eine weitere Beschäftigung vermitteln kann und setzt sich aktiv für diese Kooperation ein.[51] Ganz in ihrem Sinne kann die ohnehin im Soldatenversorgungsgesetz vorgesehene bevorzugte Beschäftigung von Bundeswehraussteigern im öffentlichen Dienst,[52] für die der Polizeivollzug gesetzlich ausgeklammert ist, auf diesem Wege eingeführt werden.

Konsequenzen der Aufrüstung

Was die konkreten Triebfedern der einzelnen Akteure der Militarisierung der Polizei sind, bleibt unklar. Während einige Innenminister so wirken, also ob sie in einer Mischung aus Panik vor Terroranschlägen und einer perversen Freude an neuem Kriegsspielzeug handeln, scheinen andere in der Öffentlichkeit ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen zu wollen. Aber auch die bewusste Entscheidung, aufzurüsten, um vorbereitet zu sein, falls die Exportmaschine Deutschland und das Erfolgsmodell Europa ins Wanken geraten, ist ein möglicher Antrieb. Zugzwang, auch für zurückhaltendere Entscheidungsträger_innen, entsteht sobald ein Bundesland oder der Bund einen weiteren Schritt der Militarisierung einleiten, um sich nicht dem Vorwurf aussetzen zu, müssen nicht genug getan zu haben. Die gesellschaftlichen Konsequenzen werden allerdings unabhängig von der Motivation einiger Innenminister und politischer Scharfmacher_innen wirksam werden.

So bricht sich im Zuge der Militarisierung der Polizei ein ohnehin bestehender „ziviler“ Markt für die Rüstungsindustrie Bahn, der bereits jetzt die Aufrüstungsspirale weiter befeuert. Wie bereits aus dem militärischen Waffengeschäft bekannt findet eine ernst gemeinte Debatte oder gar eine transparente Rüstungskontrolle auch im Bereich der Polizei nicht statt.

Die propagierte Logik der Waffengleichheit kennt kein Ende. Sollten Terroristen in einem Gedankenspiel an einen Panzer kommen, bräuchte die Polizei folgerichtig auch panzerbrechende Waffen. Die Militarisierung der Polizei lässt sich allerdings als rein materielles Phänomen betrachtet nicht begreifen.

„Die Ausstattung mit spezifischen Waffen drückt die politische Bereitschaft zum Einsatz dieser Waffen aus. Zudem programmiert die Ausstattung mit spezifischen Waffen die Lösung innergesellschaftlicher Konflikte bis in Alltagssituationen hinein vor. In der Bewaffnung äußern sich Auftrag und Selbstverständnis der Polizei.“[53]

Der in Folge des 11. September 2001 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“, der bereits einen grundlegenden Wandel in Bundeswehr und Geheimdiensten bewirkt hat, schlägt sich jetzt auch im gesamten Polizeiapparat nieder. In einem militärischen Gedankenmuster sollen Attentäter_innen - oder diejenigen, die dafür gehalten werden - nicht mehr vor Gericht gezerrt, sondern unschädlich gemacht werden. Eingepackt in kriegstaugliche Schutzausrüstung und ausgestattet mit Schnellfeuerwaffen findet zwangsläufig auch ein Mentalitätswechsel der einzelnen Polizist_innen statt. Das gerne behauptete Selbstbild als „Freund und Helfer“ wird zunehmend vom Ideal des Kriegers abgelöst, was sich auch im Alltag auswirkt.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Einfühlsamkeit, deeskalierendes Verhalten und alternative Lösungssuche in Stresssituationen, schon zuvor keine Stärke der Polizei und nie für alle Bevölkerungsgruppen zu haben, rücken noch weiter in den Hintergrund. Stattdessen nimmt die Distanz zur Bevölkerung zu, die in der Konsequenz zu einem Nullsummendenken - du oder ich/ töten und getötet werden – führt.

Die Auswirkungen betreffen allerdings nicht nur diejenigen, die als Terrorist_innen gejagt werden. Vielmehr wird Sicherheit noch konsequenter als bereits zuvor nicht mehr als Soziale Sicherheit, Befriedung gesellschaftlicher Spannungen oder gar Streben nach Konsens verstanden, sondern als Ordnung, die von einem starken Staat durchgesetzt werden muss. Das propagierte autoritäre Verständnis von Sicherheit kommt somit nur denjenigen zugute, die ohnehin von der herrschenden Ordnung profitieren und sich deswegen vor den zunehmenden Gewaltmitteln des Staates keine Sorgen machen müssen. Für alle anderen ist es höchste Zeit diese Entwicklungen ernst zu nehmen und sich über Optionen des Widerstand Gedanken zu machen.

Anmerkungen

1 Manuel Bewarder und Martin Lutz: „Die Polizei braucht schwere Waffen“, welt.de, 06.03.15.
2 „V-Mann fuhr Amir mindestens einmal nach Berlin“, spiegel-online.de, 14.01.17.
3 Stefan Stolle: „Kämpfer, die wir nicht brauchen - ‚Grenzschutzgruppe 9‘ und ‚Kommando Spezialkräfte‘, cilip.de, 29.08.03.
4 „Spezialeinheiten Polizei in NRW (SEK, MEK, VG & TEG)“, polizei-nrw-bewerbung.de, Abgerufen: 01.12.16.
5 „Spezialeinheiten 1.985 Mal in Berlin 2015 im Einsatz“, sek-einsatz.de, 25.01.16.
6 Wegen einer Morddrohung im Rahmen eines Sorgerechtsstreits sollte der Verdächtige festgenommen werden. Er hielt die SEK-Beamten, die auf sein Auto zustürzten allerdings für Autodiebe und versuchte sich zu wehren. Die Pistole in seinem Auto kam dabei nach Aussagen seines Anwaltes nicht zum Einsatz. Axel Spilker: „109 Schüsse aus Notwehr?“, fokus.de, 01.05.15.
7 „Hells Angel erschießt SEK-Beamten“, spiegel.de, 17.03.10.
8 „Polizist erschossen – BGH spricht Hells Angel frei“, faz.net, 03.11.11.
9 Kai Biermann und Johanna Roth: „BFE+ - Die Polizei spielt Krieg“, zeit.de, 16.12.15.
10 „Neue Anti-Terror-Einheit nimmt Dienst auf“, rbb-online.de, 16.12.15.
11 Ulrike Pflüger-Scherb: „Die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit kommt, wenn es brenzlig wird“, hna.de, 20.04.16.
12 Denis Fengel: „Diese Männer sind der Albtraum aller Straftäter“, welt.de, 06.12.15, sowie: Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
13 Ulrike Pflüger-Scherb 2016.
14 „Bundesinnenminister stellt neue Einheit BFE+ der Bundespolizei vor“, bmi.bund.de, 16.12.15.
15 Rupert Wiederwald: „Der Präsident, die Sicherheit und die Polizei“, dw.com, 28.01.16.
16 Kai Biermann und Johanna Roth, 2015.
17 Kurt Lachnit und Anja Pester: „BFE+ - Die neue „robuste Einheit“ der Bundespolizei“, S. 9 in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016, 43. Jahrgang, sowie Mario Schulz: „Fortbildung zur BFE+ durch die GSG 9 der Bundespolizei“, S. 12, ebenfalls in: Bundespolizei Kompakt – Zeitschrift der Bundespolizei, 02/2016.
18 Dieter Wonka: „Deutschlads härteste Polizeieinheiten“, maz-online.de, 23.07.16.
19 Stefan Braun: „BFE Plus - Die Polizei bildet Deutschlans stille Reserve gegen den Terror“, sueddeutsche.de, 16.12.16.
20 David Korsten: „BFE+ - Wettrüsten gegen den Terror?“, follow-up-magazin.de, 14.06.16.
21 Kai Biermann und Johanna Roth 2015.
22 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
23 Achleitner Security Vehicles: „HMV Survivor I“, achleitner.com, Abgerufen: 01.12.16.
24 Markus Lorenz,: „Sturmgewehre und Panzerwagen für die Polizei - Anti-Terror-Kampf in Hamburg...“, shz.de, 14.11.16.
25 Während der Survivor von Achleitner in Rheinland-Pfalz von der Polizei probegefahren wird, haben Berlin und Sachsen Interesse am Konkurrenzmodell von Rheinmetall angemeldet. Zudem befinden Sich Radpanzer, soweit bekannt, auf den Beschaffungslisten von Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg und Bremen.
26 „Waffen wie beim Militär – Hamburger Polizei bekommt Panzerwagen und Gewehre“, spiegel.de, 15.11.16.
27 Michael Schlieben „Amoklauf – Training im Kalkwerk“, zeit.de, 24.11.06.
28 „Neue Maschinenpistole und optimierte Schutzausstattung für die Polizei“, baden-württemberg.de, 12.02.16.
29 „Beispielhaft: In jedem Streifenwagen eine Maschinenpistole“, swr.de, 26.11.16, sowie: „Anti-Terror-Kampf: Hamburgs Polizei rüstet auf“, ndr.de, 14.11.16.
30 Olaf Lorch-Gerstenmaier: „Polizei reagiert auf Terror: Spezialkräfte trainieren Kollegen“, pz-news.de, 04.04.16.
31 Alexander Fröhlich: „Neue Waffen für den Anti-Terror-Kampf – Brandenburgs Polizei rüstet Spezialkräfte auf“, Potsdammer Neuste Nachrichten, pnn.de, 04.12.15.
32 Wolfram Hammer: „Landespolizei bekommt G36-Sturmgewehre“, ln-online.de, 12.01.17.
33 „Anschlag in Essen vereitelt – Festnahmen in Oberhausen“, wdr.de, 11.03.17.
34 Andreas Wetz: „Aufrüstung – Mehr Polizei für den Staat“, diepresse.com, 01.01.16.
35 „Polizei in Paris rüstet mit G36-Sturmgewehren auf“, welt.de, 29.02.16.
36 „Netzwerk der Sondereinheiten“, in: Öffentliche Sicherheit 9-10/10, bmi.gv.at, sowie: „EU police special forces network to become ‘more and more useful’ and to receive increased financial support“, statewatch.org, 29.08.2013.
37 „42 Cobra-Beamte in München im Einsatz“, diepresse.com, 23.07.16.
38 Mattias Monroy: „Bald EU-Aufstandsbekämpfung bei Generalstreiks und Schweinegrippe?“, Telepolis, heise.de, 04.02.13.
39 Week-end d’action: désarmons la police, démilitarisons les conflits!, désarmonslapolice.noblogs.org, Abgerufen: 01.12.16.
40 „Internationale Polizeimissionen“, polizei.nrw.de, Abgerufen: 01.12.16, sowie: „Namibia – Weihnachten am Kavango“, spiegel.de, 30.10.89
41 Winter 1994.
42 „Deutsche Beteiligung an internationalen Polizeimissionen“, bundespolizei.de, Stand: 27.11.2016.
43 undespolizeipräsidium Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Jahresbericht 2015 der Bundespolizei, S. 70-71.
44 „Einsatzkräfte – Dienststelle Personenschutz im Ausland (PSA)“, bundespolizei.de, Abgerufen: 01.12.16.
45 Bundespolizeipräsidium 2015, S. 35.
46 Abdul Matin und Sabine Siebold: „Anschlag auf deutsches Konsulat in Afghanistan – Vier Tote“, de.reuters.com, 11.11.16.
47 Jurgen Dahlkamp und Georg Mascolo: „Auslandseinsätze – Tod im Konvoi“, spiegel.de, 19.04.04, sowie: Anette Blettner: „Anschlag – Drei Deutsche Polizisten in Afghanistan getötet“, focus.de, 15.08.07.
48 „Auslandsmissionen der Polizei Niedersachsen“, zpd.polizei-nds.de, Abgerufen: 28.11.16.
49 Stefan Pechfelder: „Wechsel in den Polizeivollzugsdienst der Länder – Pilotprojekt eröffnet Feldjägern der Bundeswehr neue Karrierechancen“, personal.bundeswehr.de, 30.09.15.
50 Ralf Heberer: „Die ‚aufrechten Zwölf‘“, streitkräftebasis.de, 05.08.16, sowie: „Nach SPD-Forrderung – Ulbig will ehemalige Feldjäger in die Polizei übernehmen“, mdr.de, 18.08.16.
51 Ralf Heberer 2016.
52 Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihrer Hinterbliebenen §9 und §10.
53 Busch, Funke 1988.

GETEX

Polizei und Bundeswehr üben Anti-Terror-Einsatz im Inland

von Martin Kirsch

„Ich bin auch froh darüber, dass die politische Diskussion der Jahrzehnte langen ideologischen Grabenkämpfe über die Frage des Ob vorbei ist.“[1] Mit diesen triumphierenden Worten eröffnete der saarländische Innenminister und politische Förderer der gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr, Klaus Boullion, sein Statement bei der abschließenden Bundespressekonferenz am 09. März 2017.

Vom 07. bis 09. März 2017 hatten Polizeien, Geheimdienste und Bundeswehr in einer gemeinsamen Stabsrahmenübung den Einsatz der Armee im Inland bei großen Terroranschlägen geübt. GETEX steht dabei für GEmeinsame TErrorismusabwehr EXercise (dt. Übung). In sechs Bundesländern wurden die Krisenstäbe hochgefahren, um Reaktionsfähigkeit und Kommunikationswege der beteiligten Behörden in einem fiktiven Szenario zu testen.

Damit scheint nach Bouillons Meinung der Damm für bewaffnete Inlandseinsätze der Bundeswehr mit dieser Übung gebrochen. Diese beeindruckend kreative Auslegung der Verfassung, die dieser Übung eine juristische Grundlage verschafft, kam allerdings nicht von einem Tag auf den anderen zustande, sondern brauchte jahrelange Vorbereitung.

Der Weg zur GETEX-Übung

Bereits seit den 1990er Jahren arbeiten Teile der CDU/CSU an der Option, die Bundeswehr auch im Inland mit exekutiven Befugnissen einsetzen zu können. Für die aktuelle Ausweitung der Befugnisse wurde der Startschuss vom Bundesverfassungsgericht gegeben. In einem Urteil vom Juli 2012 hatte es Artikel 35/2 des Grundgesetzes, in dem die Katastrophenhilfe geregelt wird, grundlegend neu interpretiert und mit Einschränkungen die Verwendung von “spezifisch militärischen Waffen“ in diesem Rahmen zugelassen.[2]

Zwar konnte sich Verteidigungsministerin von der Leyen in der Debatte um das Weißbuch 2016 mit ihrer Position nicht durchsetzen, die Verfassung selbst im Bezug auf Inlandseinsätze grundlegend umzuschreiben, allerdings stimmte die gesamte Regierungskoalition einer nennenswerten Neuinterpretation des Grundgesetzes zu. Aufbauend auf Verfassungsgerichtsurteil und Weißbuch stieß der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages[3] im August 2016 mit einer Interpretation der Interpretation die Tür für bewaffnete Inlandseinsätze der Bundeswehr zur Terrorabwehr noch weiter auf und legte damit den Grundstein für die GETEX-Übung.

Neben der juristischen Auseinandersetzung um Schranken des Grundgesetzes wurde auch die politisch geförderte Terrorhysterie für die Positionierung der Bundeswehr im Aufgabenspektrum der Inneren Sicherheit aktiv genutzt. So erlaubte sich von der Leyen im Sommer 2016 nach einem Amoklauf in München, der von den Behörden fälschlicherweise für einen Terroranschlag gehalten wurde, 100 Soldat_innen in Alarmbereitschaft zu versetzen, um in die Münchner Innenstadt auszurücken.[4] In der von ihr angestoßenen Debatte wurde dann die Forderung nach einer gemeinsamen Übung von Polizei und Bundeswehr, die ohnehin seit der Erstellung des Weißbuchs 2016 geplant war, öffentlichkeitswirksam inszeniert.

Kommunikation statt Panzer?

GETEX war als sogenannte Stabsrahmenübung angelegt. Ein Planspiel der jeweiligen Führungsebenen von Innenministerien, Verfassungsschutzämtern und Polizeien der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein, dem Bundesinnenministerium mit Bundespolizei, BKA und Geheimdiensten, sowie dem Verteidigungsministerium mit Bundeswehr.

Die beteiligten Stellen sollten Ansprechpersonen, Fähigkeiten, Vorgehensweisen, Abläufe, Kommunikationswege und Sprache der Kooperationspartner kennen lernen. Polizist_innen, Soldat_innen oder Panzer wurden also nur als virtuelle Größen verschoben, ohne je die Dienststube oder Kaserne zu verlassen. Die einzigen Bilder von bewaffneten Ordnungskräften waren im Rahmen von Vorführungen zu sehen, die das Begleitprogramm zu GETEX lieferten.

Was sich verhältnismäßig harmlos anhört, legt allerdings die Grundlage für zukünftige Einsätze und führt zu einem Zusammenrücken von Armee und Polizei – nicht nur in Extremsituationen, sondern auch im Alltag.

Dieses Vorgehen ist schon aus dem Katastrophenschutz bekannt, wo bereits seit 2004 gemeinsame Übungen (LÜKEX – Länderübergreifende Katastropenschutz Exercise) mit der Bundeswehr abgehalten werden. So unterhält die Bundeswehr seit 2007 ein ganzes Netz von Verbindungsoffizieren, die von der Provinz bis nach Berlin in den Krisenstäben sitzen und das Militär als Lösungsfaktor im Inland aktiv anpreisen.[5]

Das führte bereits zu einer massiven Ausweitung der sogenannten Amtshilfe (§ 35/1 GG) und zu Großeinsätzen der Bundeswehr bei Naturkatastrophen (§ 35/2 GG), wie z.B. während des Hochwassers 2013, als zwischenzeitlich fast 20.000 Soldat_innen aktiv waren.

Eine ähnliche Entwicklung ist für die angelaufene Kooperation von Armee und Polizei im Bereich der Terrorismusabwehr auch zu erwarten.

So drängen Verteidigungsministerin von der Leyen und einige Länderinnenminister der CDU und CSU bereits auf weitere Übungen, in denen Polizei und Bundeswehr auch auf den Straßen der Republik aktiv werden sollen.[6]

Dass eine Kooperation von Bundeswehr und Polizei allerdings auch deutlich unterhalb des gemeinsamen bewaffneten Einsatzes einen äußerst fragwürdigen Charakter hat, zeigt eine Aussage der Verteidigungsministerin, in der sie die Ausgangsbasis der aktuellen Übung in der Kooperation von Innenministerien, Polizeien und Bundeswehr während der „Flüchtlingskrise“ 2015 sieht.[7]

Rechtsgrundlage

Seit den Notstandsgesetzen von 1968 sieht das Grundgesetz vier Wege vor, über die die Bundeswehr im Inland aktiv werden kann. Die sogenannte Amtshilfe (§ 35/1 GG) regelt den Austausch von Personal und Material zwischen allen staatlichen Behörden und damit auch der Bundeswehr. So z.B. die Weitergabe von Zelten für die Unterbringung und Personal für

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

die Registrierung von Geflüchteten, aber auch von Überwachungstechnik bei Gipfelprotesten. Juristisch wird die Amtshilfe der Bundeswehr nicht als Inlandseinsatz gewertet.

Nach Artikel 35/2 GG, der sogenannten Katastrophenhilfe, kann die Bundeswehr bei einer Naturkatastrophe oder einem besonders schweren Unglücksfall aktiv werden. Beispiele sind Hochwasser, aber auch ein großes Zugunglück mit vielen Verletzten, oder ein Reaktorunfall.

Darüber hinaus wurde 1968 der sogenannte Innere Notstand, Artikel 91/1, im Grundgesetz verankert. Sollten die freiheitlich demokratische Grundordnung und der Fortbestand eines Bundeslandes oder des Bundes durch militärisch organisierte und bewaffnete Gegner im Inneren bedroht werden, darf die Bundeswehr auch mit militärischer Gewalt gegen diese Bedrohung vorgehen. Weitere Befugnisse im Inland erhält die Bundeswehr im Spannungs- oder Verteidigungsfall (§ 115 GG), also im Falle der akuten Kriegsvorbereitung oder eines Krieges, bei dem das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland bedroht ist.

Für die GETEX-Übung sind allerdings v.a. die Amtshilfe und die Katastrophenhilfe relevant, wobei der Katastrophenhilfe eine besondere Rolle zukommt.

Bis zum Urteil des Verfassungsgerichts von 2012 war ein bewaffneter Einsatz der Bundeswehr im Inland unterhalb des inneren Notstands, der im Vergleich zu Nachbarländern wie Frankreich und Belgien relativ hohe Hürden voraussetzt, nicht vorgesehen.

Beeinflusst durch die Debatten über den Krieg gegen den Terror entschied die Mehrheit der Verfassungsrichter_innen 2012 allerdings, auch Terroranschläge „katastrophischen Ausmaßes“ als von Menschen verursachte Katastrophe zu interpretieren und der Bundeswehr damit eine aktive Rolle in der Bekämpfung von Terrorist_innen, auch mit Waffengewalt, einzuräumen.[8]

Neben der Erlaubnis zur Verwendung von Kriegswaffen ist das Urteil besonders heikel, weil es Einsätze nicht nur als Reaktion auf einen Anschlag oder eine Anschlagsserie zulässt, sondern auch wirksam wird, wenn Anschläge mit katastrophaler Wirkung unmittelbar bevorstehen. Damit erhält die Bundeswehr sogar präventive Befugnisse in der Terrorabwehr.

Die Folgen dieser Entscheidung wurden bereits im Rahmen der Urteilsverkündung massiv kritisiert. So stellte sich Verfassungsrichter Gaier gegen die Entscheidung seiner Kolleg_innen und fügte dem Urteil eine neunseitige „Abweichende Meinung“ hinzu.[9] Darin wirft er dem Gericht, begründet mit der Historie des Grundgesetzes und den gesellschaftlichen Konsequenzen der Entscheidung, quasi eine Beugung der Verfassung vor.

Neben diversen Widersprüchen zur aktuellen GETEX-Übung aus dem politisch linken Spektrum treten aber auch Kritiker_innen aus dem Bereich der Verwaltung auf den Plan. So z.B. Alexander Poretschkin, Lehrbeauftragter an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Im Bezug auf Artikel 87a GG, der die Aufstellung der Bundeswehr auf Verteidigungszwecke beschränkt, kritisiert Poretschkin, dass ein präventives Bereitstellen der Armee außerhalb des Verteidigungsauftrages, also für Katastrophenschutz oder zur Unterstützung der Polizei, sowie entsprechende Übungen, nicht grundgesetzkonform seien.[10]

Ungeachtet der Kritik waren die neuen Befugnisse der Armee

Anti-GETEX-Proteste in Bad Cannstatt.

im Fall von Terroranschlägen katastrophischen Ausmaßes neben der Koordination von Polizei und Bundeswehr zentraler Bestandteil der GETEX-Übung. So liest sich das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erdachte Szenario nach Aussagen eines NDR-Journalisten wie ein „extremes und wenig realistisches Terror-Armageddon“[11] um damit den Einsatz nach Artikel 35/2 GG um jeden Preis möglich zu machen.

Übungsszenario

Bereits vor Übungsbeginn, so das Drehbuch, finden Anschläge in Großbritannien, Spanien und den Niederlanden statt. Die Geheimdienste haben Hinweise, dass ein Terrorkommando koordinierte Anschläge in Deutschland plant und beginnen mit einer Vielzahl von Observationen und darauf folgenden Razzien und Festnahmen. Diese Tätigkeiten bringen die Polizeien von Bund und Ländern bereits an ihre Kapazitätsgrenzen, was die Option eines Bundeswehreinsatzes auf den Plan ruft.

Kurz nach Übungsbeginn finden erste Anschläge in Deutschland statt. In Bremen explodiert eine Bombe in einer Schule und in einer weiteren wird geschossen. In Bayern tötet eine Bombe auf einem Bahnhof zwanzig Menschen. Hinzu kommt die Entführung eines Busses, in dem Geiseln erschossen werden, um die Ausstrahlung eines Videos in den Fernsehnachrichten zu erpressen. In Nordrhein-Westfalen, am Flughafen Düsseldorf explodiert eine weitere Bombe und tötet einige Menschen. Zusätzllich wird eine Flugabwehrrakete auf dem Rollfeld des Flughafens gefunden, die geeignet ist Passagierflugzeuge zum Absturz zu bringen. In Baden-Württemberg findet ein Angriff auf ein Konsulat mit anschließender Geiselnahme und ein weiterer auf die Trinkwasserversorgung statt.[12] Während das Saarland mit einem durch einen Anschlag auf den Berufsverkehr ausgelösten Verkehrskollaps umgehen muss, wird in Schleswig-Holstein die Grenzsicherung massiv hochgefahren und es eine Fähre und ein Kreuzfahrtschiff müssen evakuiert werden.[13]

Verlauf der Übung

Während von der Leyen die Übung in einer ersten Auswertung als Erfolg darstellt, auch weil allein in der Vorbereitung die Bundeswehr einen Einblick in die Polizeibehörden und ihre Arbeitsweisen erhielt, war es während der Übung vor allem ihr Ministerium und die nachfolgenden Stellen, die für Probleme sorgten.

So gab es während des ersten Tages Anträge der Polizei, die bis zu fünfzehn Stunden auf eine Antwort warten mussten.

In Polizeikreisen kursiert laut NDR bereits der Spruch: „Am zweiten Tag kommen die Bundeswehr-Soldaten, die du am ersten Tag angefordert hast.“[14]

Aber auch diese Schmach für das Verteidigungsministerium wurde von Verteidigungsministerin von der Leyen als Übungserfolg dargestellt.[15] So wurde das Genehmigungsverfahren für Einsätze der Bundeswehr in der Nacht vom ersten auf den zweiten Übungstag umgestellt. Nicht mehr die unteren Verbindungsebenen der Bundeswehr in den Bundesländern prüften jetzt langwierig die Anträge, sondern reichten sie direkt an die Jurist_innen im Verteidigungsministerium weiter.

Diese erteilten dann angeblich im Idealfall Antragsgenehmigungen im Minutentakt. Die Landeskommandos waren nur noch für die Umsetzung der genehmigten Anträge zuständig.

Aber auch die Verfügbarkeit von Teileinheiten der Bundeswehr konnte getestet werden. So brauchten z.B. die ABC-Abwehrkräfte mindestens fünf Stunden um nach Berlin zu kommen.

Von insgesamt 46 Anträgen der Polizeien wurden 44 genehmigt. Davon 30 im Rahmen der Amtshilfe und 16 als Katastrophenhilfe mit exekutiven Befugnissen. Genehmigte Bundeswehreinsätze nach Artikel 35/2 GG beinhalteten die Identifikation und Entschärfung von Sprengfallen, das Bereitstellen von geschützten Fahrzeugen (Panzerwagen) samt Personal, die Verwundetenversorgung, v.a. von Schuss-, Brand- und Sprengwunden, sowie Objektschutz und den Betrieb von Checkpoints mit Verkehrskontrollen.[16]

Die zwei abgelehnten Anträge kamen aus Baden-Württemberg und Bayern. So wurden Soldat_innen angefragt, um Objektschutz für alle Konsulate in Bayern zu stellen, obwohl keine konkrete Bedrohung vorlag und das Kommando Spezialkräfte sollte eine Geiselbefreiung in Stuttgart durchführen, obwohl ein Spezialeinsatzkommando der Länderpolizei in der Nähe war.[17]

Bremen stellte als Hotspot der Übung 12 Anträge an die Bundeswehr, die dazu führten, dass rund 1.000 fiktive Soldat_innen in der Stadt unterwegs waren.[18] Sie evakuierten Schulen, Kitas und Unis, versorgten Verletzte, beschützten Krankenhäuser und andere kritische Infrastrukturen und errichteten Kontrollstellen, wo sie Autos und Fußgänger mit vorgehaltener Waffe kontrollierten.

Schneller am Drücker in der Terrorabwehr?

Während alle Beteiligten die Übung als Erfolg loben, werden die daraus folgenden Konsequenzen, die Bundeswehr häufiger an der Seite der Polizei einzusetzen, sogar von den Berufsverbänden der Polizei und Bundeswehr kritisiert,[19] die sich sonst für keine Stimmungsmache zu schade sind.

Die Unstimmigkeiten zwischen CDU/CSU und SPD, die sich schon für das Weißbuch 2016 nicht über eine Verfassungsänderung einig wurden, bleiben allerdings bestehen.

Während die Union nicht genug von der Bundeswehr im Inland bekommen kann und bereits über zukünftige Übungen mit Soldat_innen in den Straßen sinniert, versuchen sich die Innen- und Verteidigungspolitiker_innen der Sozialdemokraten in Zurückhaltung zu üben.

Die Entscheidung über einen Einsatz liegt im Fall der Fälle allerdings bei den Landesinnenministern und dem Verteidigungsministerium. So verkündete Innenminister de Maizière: „Und ehrlich gesagt ist es dann unsere Aufgabe, als diejenigen, die in einer solchen Krise zu agieren haben, und [die Aufgabe] der Länder zu sagen, wir erklären das jetzt zu einer Terrorlage katastrophischen Ausmaßes und handeln. Und dann kann später irgendein Gericht sagen, ihr habt den Begriff aber falsch ausgelegt.“[20] Der Wille zum Einsatz der Streitkräfte scheint also deutlich ausgeprägt zu sein, aller Kritik und juristischen Unstimmigkeiten zum Trotz.

Vermutlich werden nach einer intensiven Auswertung, die bis April 2017 andauert, die Planungen für GETEX 2018 beginnen, um auch andere Bundesländer in den „Genuss“ einer solchen Übung kommen zu lassen. Der Grundstein für ein Zusammenwachsen von Polizeien und Bundeswehr in der Terrorbekämpfung ist gelegt und weitere Vorstöße für die erneute Ausweitung der Einsatzbefugnisse sind nur eine Frage der Zeit.

Unabhängig von zukünftigen Einsätzen der Bundeswehr hat die Terrorhysterie, die auch in den Behörden durch eine solche Übung noch weiter angeheizt wird, bereits jetzt Wirkung gezeigt.

So scheinen die Terrorszenarien einigen Polizeibeamt_innen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg zu Kopf gestiegen zu sein. Bereits am Tag nach der Übung wurde, wie bereits im Vorjahr in München, ein Amoklauf in Düsseldorf für einen Anschlag gehalten und führte zu einem Großeinsatz der Polizei, bei dem an Waffen und Rüstung nicht gespart wurde.[21] Am 11. März 2017 kam es dann in Essen aufgrund eines angeblich drohenden Terroranschlags auf ein Einkaufszentrum zur Evakuierung des riesigen Gebäudekomplexes, der in der Folge von einem schwerbewaffneten Polizeiaufgebot bewacht wurde. Die zwei festgenommenen Tatverdächtigen wurden am 12. und 13. März 2017 aufgrund mangelnder Beweise wieder entlassen.[22]

Und damit nicht genug, wurden im baden-württembergischen Offenbach in der Nacht zum 12.März.2017 panisch mehrere Diskotheken von Polizist_innen mit Maschinenpistole und kugelsicherer Weste geräumt, weil aufgrund einer Drohung auch dort ein Terroranschlag vermutet wurde. In den Folgetagen mussten die Ermittler_innen allerdings auch dort feststellen, dass es sich um eine hohle Drohung gehandelt hatte.[23]

Diese Vorfälle reihen sich in eine zunehmende Zahl von Anti-Terror-Einsätzen in den letzten zwei Jahren ein, denen, soweit öffentlich bekannt, in den seltensten Fällen ein belastbarer Anschlagsplan zugrunde lag. Die Polizei rüstet sich trotz alledem massiv auf.[24]

Der wahrscheinlichste Fall eines Bundeswehr Einsatzes à la GETEX scheint somit zu sein, dass die Behörden sich eine akute Terrorgefahr mit möglichen katastrophischen Folgen herbei phantasieren. Aufgrund der verbesserten Schnittstellen zur Bundeswehr und der Option auf deren präventiven Einsatz, könnten dann Objektschutzaufgaben an zivilen Objekten von Soldat_innen mit vorgehaltener Waffe übernommen werden.

Ein weiterer Schritt also, im Sinne der neuen Großmachtphantasien, die Lehren aus der deutschen Geschichte bei Bedarf über Bord zu schmeißen und den Sicherheitsapparat in einen noch eskalativeren Modus zu bringen.

In dieser Stimmung wäre es dann auch nicht mehr verwunderlich, wenn früher oder später nicht mit Kanonen auf Spatzen, aber mit Kriegswaffen auf Amokläufer_innen, vermeintliche Straftäter_innen, psychisch Kranke, Störenfriede und Verdächtige geschossen werden würde, also auf all diejenigen,die es wagen, die angestrebte Ruhe und Ordnung zu durchbrechen.

Noch vor einem solchen Vorfall wirkt allerdings die Abschrekkung, dass der Staat sich für alle Fälle rüstet und bereit ist, die Panzer aus Afghanistan auch durch Aachen oder Augsburg rollen zu lassen.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Anmerkung

1 Klaus Boullion, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 13 bis 14, abrufbar als Audiomitschnitt über augengeradeaus.net
2 Bundesverfassungsgericht, – 2 PbvU 1/11 - , 03.07.2012, bundesverfassungsgericht.de
3 Aktueller Begriff – Die Verwendung der Bundeswehr im Inneren, Wissenschaftliche Dienste – Deutscher Bundestag, Nr.20/16, 30.08.2016
4 Martin Kirsch, Bundeswehr in den Straßen? - Einschätzungen zur aktuellen Debatte um Bundeswehreinsätze zur Terrorabwehr in Deutschland, IMI-Analyse 2016/33b - in: AUSDRUCK (Oktober 2016)
5 Martin Kirsch, Bundeswehr in den Straßen?
6 Boullion und von der Leyen, in Bundespressekonferenz, 09.03.2017
7 Ursula von der Leyen, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 7
8 Michael Haid, Die Bundeswehr im Inneren nach dem Urteil des Bundesverfasungsgerichts, Informationsstelle Militarisierung, Ausdruck Dezember 6/2012, S. 7-10
9 Abweichende Meinung des Richters Gaier zum Plenarbeschluss vom 3. Juli 2012 – 2 PbvU 1/11 -, bundesverfassungsgericht.de
10 Alexander Poretschkin, Grundgesetz und Terrorbekämpfung durch die Bundeswehr, Newsletter Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik, Nr. 178, 29.03.2017, S.2
11 Björn Müller, NDR Info - Streitkräfte und Strategien, 25.02.2017
12 Deutscher BundeswehrVerband, Polizei und Bundeswehr trainieren zusammen für Terror-Ernstfall, 20.01.2017, dbwv.de
13 Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten Schleswig-Holstein, Gemeinsame Übung von Polizei und Bundeswehr in Schleswig-Holstein erfolgreich abgeschlossen, 09.03.2017
14 Joachim Hagen, NDR Info - Streitkräfte und Strategien, 11.03.2017
15 Ursula von der Leyen, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 7 bis 8
16 Ursula von der Leyen, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 9 bis 10
17 Ursula von der Leyen, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 30 und 42
18 Ulrich Mäurer, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 11
19 Deutscher BundeswehrVerband, Polizei und Bundeswehr trainieren zusammen für Terror-Ernstfall, 20.01.2017, dbwv.de und Christian Unger, Bund und Länder machen mit Terror-Übung auch Symbolpolitik, WAZ, 08.03.2017, waz.de
20 Thomas de Maizière, Bundespressekonferenz, 09.03.2017, Minute 20 bis 21
21 Axt-Angreifer kommt in psychatrische Klinik, WDR, 10.03.17, wdr.de
22 Anschlag in Essen vereitelt – Festnahmen in Oberhausen, WDR, 11.03.2017, wdr.de und Anschlagspläne: Zweiter Festgenommener wieder frei, WDR, 13.03.2017, wdr.de
23 Drohung gegen Offenburger Disko – Ermittler: Keine Anschlagsgefahr, SWR - AKTUELL, 14.03.2017, swr.de
24 Siehe Artikel zur Militarisierung der Polizei in diesem Ausdruck.

Bestandsaufnahme Drohnen

Der Journalist Björn Müller hat beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) um ein Update des Bestandes an Drohnen der Bundeswehr gebeten. In der untenstehenden Tabelle sind die dabei übermittelten Zahlen mit denen aus dem Jahr 2013 kombiniert, die auf der Website des BMVg zu finden sind.

Die Liste enthält einige Neuzugänge: Die 10 PD-100 Black Hornet PRS sind 16 Gramm schwere und Libellengroße Drohnen, die mit drei Kameras bestückt sind und 20-25 Minuten fliegen können. Das Modell ist für den „Einsatzsofortbedarf“ für Spezialkräfte gedacht. Auch neu sind die sechs Modelle der DJI Phantom IV, die deutlich bekannter sein dürften, da diese in China produzierte Drohne frei verkäuflich und Drohnen des Herstellers DJI zu den Quadrocopter-Modellen gehören, die viel gekauft werden. Preislich liegt die Drohne zwischen 1.000 € und 1.400 €, sie kann ca. bis zu einer halben Stunde in der Luft bleiben. Sie sollen im Rahmen der Atalanta Mission für die Seegestützte Aufklärung zum Einsatz kommen.

MIKADO, ALADIN, LUNA, KZO und HERON 1 sind die bekannten Modelle der Bundeswehr. Zu diesen Modellen und der geplanten Aufstockung des Bestandes durch Neuanschaffungen, wie der bewaffnungsfähigen HERON TP (frühestens 2019), der LUNA-Nachfolge HUSAR (bis 2020), Drohnen für die Korvetten (vermutlich CAMCOPTER, bis 2023), sowie Ersatz für den EURO HAWK (im Gespräch ist MQ-4 C TRITON) hatte Matthias Monroy bei netzpolitik.org erst letztes Jahr eine ausführliche Zusammenfassung geschrieben, auf die hier verwiesen werden soll.

Bei einigen Großprojekten könnte sich die Beschaffung verschieben, da sie dem Haushaltsausschuss des Bundestages möglicherweise nicht mehr rechtzeitig vorgelegt werden können, um noch in dieser Legislaturperiode den Beschaffungsprozess zu starten. Davon berichtete Thomas Wiegold auf augengeradeaus.net. Betroffen sind hier HERON TP (Verzögerung durch Klage von General Atomics vor OLG Düsseldorf), HUSAR und die Nachfolge des EURO HAWK.

In der Liste, die Müller übermittelt wurde fehlt der EURO HAWK (in der Liste hier in Klammern ergänzt). Der Staatssekretär des BMVg Ralf Brauksiepe hatte noch im September 2016 bei der Beantwortung einer Frage vom Bundestagsabgeordneten der Linksfraktion Alexander Neu nach dem Drohnenbestand den EURO HAWK noch aufgezählt (siehe Plenarprotokoll 18/189, Anlage 17). Dabei plant das BMVg die Großdrohne und das Pannenprojekt nochmals abheben zu lassen, sei es auch nur für einige wenige Testflüge. Laut eines Artikels des Spiegels betrügen die Kosten alleine um die Testflüge zu ermöglichen und durchzuführen nochmals 150 Mio. €.

Marius Pletsch

2013	2017	Drohnentyp
	10	PD-100 Black Hornet PRS
	6	DJI Phantom IV
164	145	MIKADO
290	290	ALADIN
81	85	LUNA
43	44	KZO
3	6	HERON 1
1	(1)	EURO HAWK

Die Spionagebehörde ZITiS:

Zivil-militärische Zusammenarbeit auf dem Bundeswehr-Campus

von Matthias Monroy

Die neue Zentralstelle ZITiS versorgt das Bundesinnenministerium mit digitalen Werkzeugen gegen „Terrorismus, Cybercrime und Cyberspionage“. Die Einrichtung soll mit einem militärischen Forschungszentrum in München zusammenwachsen. Im Januar hatte das Bundesinnenministerium Details zur Einrichtung der seit längerem angekündigten Spionagebehörde ZITiS (Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich) mitgeteilt.[1] Erst auf Nachfrage der Gruppe Freiheitsfoo teilte ein Sprecher des Bundesinnenministeriums mit, dass die Einrichtung auf dem Gelände der Bundeswehr-Universität in Neubiberg bei München angesiedelt wird.[2] In der früheren Pressemitteilung des Ministeriums war vom gemeinsamen Standort mit der Bundeswehr keine Rede.

Die ohne Errichtungsgesetz[3] geschaffene ZITiS wurde zur Entwicklung von „technischen Werkzeugen im Kampf gegen Terrorismus, Cybercrime und Cyberspionage“ ins Leben gerufen. Sie soll die Anstrengungen von Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz zusammenführen. Unter anderem sucht die ZITiS Möglichkeiten, Verschlüsselungstechnologien aufzubrechen oder zu umgehen.

Zu den weiteren Aufgaben gehören die Entwicklung neuer Methoden der digitalen Forensik, der Telekommunikationsüberwachung und der digitalen Massendatenauswertung. Auch alle anderen „technischen Fragen von Kriminalitätsbekämpfung, Gefahrenabwehr und Spionageabwehr“ können an die ZITiS delegiert werden. Besonders umstritten ist die Aufgabe, Schwachstellen in Apps und Diensten zu finden oder einzukaufen und diese zur Spionage zu nutzen.

ZITiS würde auf diese Weise den Schwarzmarkt für solche Sicherheitslücken fördern. Außerdem arbeitet die Behörde damit dem Prinzip zuwider, dass der Staat die gefundenen Sicherheitslücken eigentlich sofort veröffentlichen müsste, um die Hintertüren zu schließen und NutzerInnen vor Angriffen zu schützen.

Bundeswehr-Universität: „Geplante Anbindung“

Die ZITiS könnte dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zufolge in einem späteren Stadium bis zu 400 Stellen umfassen. Laut der Präsidentin der Universität[4] soll die Anlage im Landkreis München zunächst 120 Stellen unterbringen. Für den konkreten Flächenbedarf der ZITiS verhandelt das Bundesinnenministerium jetzt unter anderem mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium. Zunächst sollen Räumlichkeiten der Bundeswehr mitgenutzt werden, später könnten weitere Gebäude angemietet werden. Die Kooperation beschränkt sich aber nicht nur auf die Unterbringung. Die Wahl fiel auf die Bundeswehr, um „Ressourcen und Energien“ zu bündeln und dadurch „Synergie-Effekte“ zu erzielen. Wie die Bundeswehr-Universität ist auch ZITiS Bestandteil der „Cyber-Sicherheitsstrategie für Deutschland“.

Perspektivisch ist sogar die „Anbindung“ der ZITiS an die Bundeswehr-Universität geplant. Eine derartige Verzahnung von Wissenschaft, Sicherheitsbehörden und Nichtregierungsorganisationen an einem Standort sei laut dem Bundesministerium ein „Meilenstein“ im Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus.

Mit der ZITiS wird auch das im Aufbau befindliche „Cyber-Cluster“ an der Militäruniversität aufgewertet. Bis zu 120 Bundeswehr-Angehörige werden dort für einen neu geschaffenen Master-Studiengang gesucht. Das ebenfalls auf dem Campus angesiedelte militärische Cyber-Forschungszentrum CODE wird bis 2022 neue Gebäude in der Universität beziehen.5 In dem Neubau soll dann auch die ZITiS untergebracht werden. Die beiden Stellen könnten dann gemeinsam die zivil-militärische Cyber-Strategie der Bundesregierung umsetzen.

CSU-Abgeordneter will Strippen gezogen haben

In einer Pressemitteilung[6] zeichnet der außen- und sicherheitspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, für die Ansiedelung der ZITiS auf dem Gelände der Bundeswehr-Universität verantwortlich. Zusammen mit den Abgeordneten Reinhard Brandl und Stephan Mayer (beide CSU) habe er den Prozess seit Juni 2016 „vorangetrieben“. Hahn gilt als enger Vertrauter der Rüstungs- und Sicherheitsindustrie. Report Mainz und der Spiegel hatten im Oktober recherchiert, dass der Abgeordnete im Aufsichtsrat der Firma IABG tätig ist. Der Rüstungsdienstleister ist der Hauslieferant der Bundesregierung für Studien zur Beschaffung neuer militärischer und ziviler Sicherheitstechnologie. Hahn könnte über seine Tätigkeit im Verteidigungsausschuss zu den guten Geschäften der IABG beigetragen haben.[7] Über den vor vier Jahren in Ottobrunn gestarteten „Bavarian International Campus Aerospace & Security“ kooperiert die IABG unter anderem mit der Bundeswehr-Universität im benachbarten Neubiberg. Auch diese zivil-miltärische Zusammenarbeit geht dem Abgeordneten Hahn zufolge auf seine Initiative zurück. Durch die ZITiS dürften weitere Aufträge für die IABG winken: In der Vergangenheit hat sich das Bundeskriminalamt bereits Anwendungen zum Data Mining von der IABG vorführen lassen.

Anmerkungen

1 „Startschuss für ZITiS“, Pressemitteilung des Bundesinnenministeriums vom 20.01.2017 (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/01/zitis-vorstellung.html).

2 „ZITiS“ (https://wiki.freiheitsfoo.de/pmwiki.php?n=Main.ZITiS#toc17).

3 Martin Kaul: Backdoor im Gesetz, taz.de vom 09.11.2016.

4 „Großes Interesse am Cyber-Cluster“, Mitteilung der Universität der Bundeswehr München vom 23.01.2017 (https://www.unibw.de/praes/universitaet/aktuelle-meldungen/grosses-interesse-am-cyber-cluster).

5 „Über CODE“, https://www.code.unibw-muenchen.de/ueber-code

6 „Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) auf dem Gelände der Universität der Bundeswehr München“, Pressemitteilung von Florian Hahn vom 20.1.2017.

7 SWR: „Darf ein Verteidigungspolitiker Geld von der Rüstungsbranche nehmen?“, Report Mainz vom 1.11.2016, sowie: Sven Becker: CSU-Politiker im Verdacht der Kungelei, Spiegel online vom 29.10.2016.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Dem Frieden den Prozess machen

Anklage gegen Friedensaktivisten Thomas H. geht in die vierte Runde

von Thomas Mickan

In Stuttgart, so der Vorwurf der dortigen Staatsanwaltschaft, habe der Aktivist Thomas H. bei den Protesten gegen einen Bundeswehr-Rekrutierungsstand auf der Ausbildungsmesse „Nacht der Unternehmen“ in der Liederhalle am 17. November 2015 Unrecht begangen. Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Hausfriedensbruch. In einem ersten, alle Fragen offen lassenden Verfahren wurde er vom Amtsgericht Stuttgart am 26. Juli 2016 zu einer Geldstrafe von 600 Euro verurteilt. Die unzureichende Wahrheitsfindung (die einzige Zeugin konnte sich beispielsweise nicht mehr daran erinnern, wo Thomas H. bei nur 5-6 Aktivist_innen gestanden haben soll) und eine ungenügende Würdigung des „Fraport-Urteils“, das in solchen Fällen relevant ist, führten dazu, dass Thomas H. Berufung beim Landgericht einlegte.

Runde 2 – Landgericht weist Berufung zurück

Das Landgericht wies jedoch die Berufung als offensichtlich unbegründet zurück und stütze sich dabei auf die Begründung des Amtsgerichtes. Dabei wies es Thomas H. zusätzlich als Bundeswehrgegner aus, obwohl seine beim Amtsgericht verlesene Erklärung nicht mit in die Akten aufgenommen wurde, die einzig diesen Schluss zugelassen hätte. Ebenso wurde sich der Auslegung des Fraport-Urteils des Amtsgerichtes angeschlossen, das keine Grundrechtebindung der Tema-AG vorsah. Als private AG hatte diese die Messe ausgerichtet. Damit wird von vornherein ausgeschlossen, dass ein möglicher Hausfriedensbruch mit dem (auch nach dem Fraport-Urteil) höher zu wertenden Recht auf Versammlung abgewogen werden musste.

Unzureichende Würdigung des Fraport-Urteils

Die Fraport AG erteilte im Jahr 2003 einer Aktivistin ein Hausverbot, weil diese Flyer gegen Abschiebungen im Frankfurter Flughafen verteilte. Gegen das Versammlungsverbot setzte sich diese rechtlich zur Wehr, mit dem Ergebnis, dass das Verbot für unzulässig erklärt wurde. Entscheidend war, dass die Fraport AG sich mehrheitlich im Besitz der öffentlichen Hand befand. Daraus ergab sich eine unmittelbare Grundrechtsbindung, weil der Staat sich durch eine Privatisierung und damit der „Flucht ins Privatrecht“ nicht dieser Bindung entziehen könne. Weiterhin wurde eine mittelbare Grundrechtsbindung postuliert, wenn eine private Firma im Bereich der öffentlichen „Daseinsvorsorge“ agiert, die hilft den Bürger_innen als Bildungs- und Kultureinrichtung die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz zu ermöglichen. Gerade die hier relevante Art von Bildungsmesse in der Messestadt Stuttgart erfüllt den Sachverhalt, die Bedürfnisse und Interessen der örtlichen Gemeinschaft zu befriedigen.

Das Fraport-Urteil stärkte zudem die Rechtsfigur des „öffentlichen Forums“ in einer Zeit, in der sich das öffentliche Geschehen immer mehr von der ursprünglich gedachten Straße an „private“ Orte wie Flughäfen, Bahnhöfe, Shoppingcenter oder Messen verlagert. Relevant ist hierbei, dass die Orte allgemein zugänglich sind (das heißt etwa keine Eintrittsgelder verlangt werden) und, wie bei der Messe Stuttgart, diese als ein „Marktplatz“ beworben werden, der eben mehr soll, als nur eine singuläre Aufgabe zu erfüllen, indem für Austausch in einem umfassenden Bereich des öffentlichen Lebens gesorgt wird. Eine mittelbare Grundrechtsbindung für die AG, die Thomas H. angezeigt hat, muss daher gerade auch in Bezug auf das öffentliche Forum eingeräumt werden. Dies gilt insbesondere, wenn der Kommunikationszweck einer – möglicherweise die „Wohlfühlatmosphäre“ (wie damals das Verfassungsgericht beim Fraport-Urteil argumentierte) störenden – Demonstration im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ort steht, wie es bei einem Messe-Rekrutierungsstand der Bundeswehr ohne Zweifel der Fall ist.

Runde 3 – Verfassungsbeschwerde eingelegt

Thomas H. sieht seine Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit verletzt und zusammen mit weiteren Verfahrensfehlern, wie die überzogene Höhe des Strafmaßes, führte dies dazu, dass mit Hilfe seines Anwaltes Anfang Januar 2017 gegen die Entscheidung des Landgerichtes Verfassungsbeschwerde eingelegt wurde. Zudem wurde eine Rüge des Landgerichtes eingereicht. Hier galt es zu klären, ob die Zurückweisung des Landgerichts als offensichtlich unbegründet tatsächlich so unbegründet war, und in letzter Konsequenz unter Umständen auch, wie das Fraport-Urteil ausgelegt werden kann.

Runde 4 – Rüge erfolgreich, zurück zum Landgericht

Noch bevor allerdings das Verfassungsgericht über die Klage entscheiden konnte, nahm das Landgericht die Rüge an, und bestätigte, dass im bisherigen Verfahren gravierende Formfehler dazu führten, dass die Berufung am Landgericht „nicht offensichtlich unbegründet“ ist. Insbesondere die mangelhafte Protokollierung des erstinstanzlichen Verfahrens sowie die unzureichende Belehrung über die möglichen Rechtsmittel führten dazu, dass die Rüge beim Landgericht erfolgreich war. Auf das Fraport-Urteil wurde sich dabei nicht bezogen, hier gilt es das Verfahren im Sommer 2017 am Landgericht abzuwarten. Zusätzlich strebt Thomas H. ein Verfahren gegen das Land Baden-Württemberg an, um die Aufwendungen der Verfassungsbeschwerde erstattet zu bekommen, da aufgrund von Fristen und der gravierenden Formfehler des Amts- sowie des Landgerichtes die Verfassungsbeschwerde angestrebt werden musste, um überhaupt zum Recht kommen zu können. Dass Thomas H. als Beschuldigter nun die Fehler der Gerichte finanziell ausbaden soll, ist nicht hinzunehmen.

Der Staatsschutz führt Akten

Eine besondere Brisanz könnte das Verfahren noch entwikkeln, weil ein Blick in die Prozessakten für den Angeklagten Erschreckendes zu Tage förderte: Die Polizei führt über einen bisher unbescholtenen Bürger politische Akten. Die ermittelnde Polizeibehörde hat im Laufe des Verfahrens bei der Staatsschutzabteilung – also der Abteilung für politische Kri-

minalität – des LKA angefragt. Dabei stellte sich heraus, dass der Staatsschutz eine Akte zu Thomas H. führte und Daten daraus bereitwillig übermittelte. Aus diesen Akten gehen insbesondere die Zugehörigkeit zu einer demokratischen, im Bundestag vertretenen Partei hervor sowie weitere politische Tätigkeiten. Diese Art von „Gesinnungsschnüffelei“ gegen die Aktivitäten eines Friedensaktivisten ist eine wirkliche Zumutung. Wie bereits in anderen Fällen wird auch hier eine weitere Klärung vorangetrieben werden. Thomas H. hat dafür Akteneinsicht beim Staatsschutz beantragt, bisher hat sich allerdings nur der Datenschutzbeauftragte gemeldet, der versucht zur Klärung beizutragen. Mittlerweile sind jedoch mehrere Monate vergangen, sodass die Gefahr besteht, dass das Auskunftsgesuch verschleppt werden soll. Das Landeskriminalamt sollte hier schleunigst dazu übergehen, das Auskunftsgesuch von Thomas H. zu beantworten, um zu Klarheit über die Form der Überwachung zu verhelfen.

Solidarität ist ein Gebot der Stunde

Wie bereits beim Amtsgericht, soll es auch vor dem Landgericht eine Solidaritätskundgebung und eine Prozessbeobachtung geben, um neben den juristischen Feinheiten vor allem die politische Bedeutung des Verfahrens hervorheben zu können: Wie und wo sind Proteste gegen die zahlreichen Bundeswehrstände auf Messen möglich und wie wird das Fraport-Urteil ausgelegt? Für Thomas H. bedeutet das mittlerweile eineinhalbjährige Verfahren, trotz möglicher Erfolgsaussichten, ein finanzielles Risiko. Hier ist, auch materielle, Solidarität das Gebot der Stunde. Bisher konnten bereits fast 2.000 Euro für Thomas H. gesammelt werden – eine riesige Summe! Es deckt jedoch nur rund zwei Drittel der Anwaltskosten, die bisher zu erwarten sind, falls das Landgericht zuungunsten von Thomas H. entscheidet. Ich möchte euch daher bitten, über eine solidarische Spende nachzudenken, falls es eure finanziellen Möglichkeiten zulassen. Im Falle eines Prozessgewinnes von Thomas H. wird das gesammelte Geld an den Carl-von-Ossietzky-Fonds der DFG-VK weitergegeben, der als Rechtshilfefonds zukünftig Aktivist_innen, die für ihr Recht auf Versammlung und gegen die Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr kämpfen, im Falle einer Anklage die nötige Rechtspower ermöglichen soll.

Für einen Freispruch von Thomas H.!

Spenden zur Prozessunterstützung dringend erbeten:
Stichwort „Prozess Thomas“,
Konto der DFG-VK Stuttgart,
IBAN: DE32 4306 0967 4006 1617 40

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Arge vermittelt Kriegs-Statisten

Die Gesellschaft Kultur des Friedens macht auf eine Stellenanzeige der Bundesagentur für Arbeit aufmerksam. Die Firma Optronic HR GmbH mit Sitz in Ottobrunn sucht darin Statisten für US-Militärtrainings: „Gesucht werden Statisten (Civilians on the Battlefield) für Rollenspiele bei Trainingseinsätzen der U.S. Army. Durch die Statisten wird die Zivilbevölkerung in Krisengebieten dargestellt. Dadurch wird ein realitätsnahes Übungsszenario für die Soldaten und somit eine optimale Vorbereitung für deren Auslandsmissionen erreicht.“ Ergänzend heißt es dann auf der Internetseite von „Civilians on the Battlefield“: Die Einsätze finden durchgehend (inkl. Wochenende) auf dem Truppenübungsgelände Hohenfels (zwischen Nürnberg und Regensburg) statt. […] Gute Englisch- und Deutschkenntnisse werden für alle Teilnehmer vorausgesetzt. Zusätzlich gute Sprachkenntnisse in Russisch, Polnisch oder Tschechisch sind von grossem Vorteil. […] Die Teilnehmer spielen kleine Statistenrollen wie z. B. ein Viehzüchter, Ladenbesitzer oder auch der Bürgermeister eines Dorfes in Afghanistan der hin und wieder auch mit den anwesenden U.S. Streitkräften vermittelt und verhandelt. Auf dem Übungsgelände sind bis zu 10 Dörfer künstlich angelegt die jeweils aus 10 bis 30 Häusern bestehen.“ (jw)

Internetseite von Civilians on the Battlefield.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Münchner Sicherheitskonferenz

„Operation Aufrüstung“ und Transatlantische No-Go-Areas

von Jürgen Wagner

In diesem Jahr war sie mit besonderer Spannung erwartet worden, die alljährliche Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), schließlich stand diesmal der erste „Meinungsaustausch“ mit der neuen US-Regierung unter Donald Trump auf dem Programm, die ja bislang – vorsichtig formuliert – die Ursache für einige transatlantische Irritationen war. Kein Wunder also, dass sich vom 17. bis 19. Februar 2017 auch diesmal wieder „25 Staats- und Regierungschefs“ und über „80 Außen- und Verteidigungsminister“ einfanden, wie die MSC-Webseite stolz verkündete. Und tatsächlich wird die Sicherheitskonferenz (SiKo) schon seit einigen Jahren in einer Rangliste der wichtigsten Denkfabrik-Konferenzen auf dem Spitzenplatz geführt.[1]

Die Bedeutung der Konferenz rührt nicht zuletzt daher, dass sie stets eine Doppelfunktion innehatte: Auf der einen Seite werden dort Meinungsverschiedenheiten unter den globalen, vor allem aber auch transatlantischen Entscheidungsträgern erörtert und ggf. Lösungen angebahnt; andererseits dient die Tagung nicht zuletzt aber auch als Bühne, um dem breiteren Publikum die „Ergebnisse“ der Aushandlungsprozesse zu präsentieren – und damit natürlich um Zustimmung dafür zu werben.

Dieser Doppelcharakter war in diesem Jahr besonders augenfällig: Was das „transatlantische Binnenverhältnis“ anbelangt, wurden die jeweiligen Claims abgesteckt. Dabei lieferte US-Vizepräsident Mike Pence zwar ein flammendes Bekenntnis zur NATO ab, machte aber gleichzeitig auch unmissverständlich klar, dass diese Verbundenheit elementar von einer Steigerung des EUropäischen – und damit vor allem auch deutschen – Beitrags zu den Gesamtkosten für die Aufrechterhaltung der Weltordnung abhängig sei. Auf Seite der EU-Verbündeten wurden im Gegenzug die Aufwertung der Rolle im Bündnis und die Rücksichtnahme auf elementare EU-Interessen gefordert. Hierfür hatte Konferenzleiter Wolfgang Ischinger schon im Vorfeld diverse No-go-Areas für die Trumpsche Außen- und Militärpolitik benannt. Sollte Washington sich aus diesen Gebieten nicht heraushalten, würde es ruppig werden, so die Botschaft. Gleichzeitig existiere aber ein massives Interesse am Erhalt des Bündnisses, weshalb im entscheidenden Punkt Entgegenkommen signalisiert wurde; nämlich eine – nochmalige – massive Erhöhung der Rüstungsausgaben in die Wege zu leiten.

„Wir haben verstanden“, titelte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in einem Artikel kurz vor Tagungsbeginn, um den USA zu versichern, dass die Aufrüstungsbotschaft des „Trump-Pence-Ultimatums“ angekommen sei.[2] Da die Bevölkerung aber der anstehenden „Operation Aufrüstung“ (Bild[3]) reichlich skeptisch gegenübersteht, ging es bei der Konferenz vor allem auch darum, für Zustimmung zu werben, dass aufgrund der neuen US-Regierung nun militärisch am ganz großen Rad gedreht werden müsse – erfreulicherweise bislang vergeblich, wie erste Umfragen zeigen.

Kontingente Treueschwüre

Greifbar war eine gewisse Verunsicherung, wie scharf die neue US-Regierung mit den Verbündeten ins Gericht gehen würde. Insofern war auch eine gewisse Erleichterung spürbar, nachdem Vizepräsident Mike Pence als Vertreter der neuen Regierung in seiner Rede auf der Sicherheitskonferenz ein klares Bekenntnis zur Nato abgab. „Heute versichere ich Ihnen im Namen von Präsident Trump: Die Vereinigten Staaten von Amerika stehen fest zur Nato und werden unerschütterlich unsere Verpflichtungen für unsere transatlantische Allianz erfüllen.“ Andererseits formulierte er aber eben auch die bekannte Forderung nach einem größeren finanziellen und militärischen Engagement der EU-Verbündeten: „Die Zeit ist gekommen, mehr zu tun.“[4]

Wie gesagt, die Botschaft war angekommen – Verteidigungsministerin von der Leyen formulierte stellvertretend die Antwort der EU-Verbündeten. Ja, man werde mehr Kosten und Verantwortung übernehmen, erwarte aber dafür „mehr Relevanz“ – mithin also eine deutliche Aufwertung nicht zuletzt der deutschen Rolle im Bündnis: „Wir Deutsche haben verstanden, dass wir nach einer Periode, in der wir die Vorzüge einer Friedensdividende nutzen konnten, jetzt beharrlich investieren müssen in eine Sicherheitsrücklage. Wir bekennen uns zu mehr europäischer Relevanz – und damit auch zu einer fairer balancierten Transatlantischen Sicherheitspartnerschaft.“[5] Eine „faire Balance“ beruhe aber auf Gegenseitigkeit, so von der Leyen in ihrer SiKo-Rede: „Dies schließt Alleingänge aus – weder des Vorpreschens noch des sich Wegdukkens.“[6] Zufrieden kommentierte die Tagesschau den Subtext der Rede: „Der Ton könnte über die Botschaft hinwegtäuschen, die von der Leyen an diesem Freitag quasi auch im Namen ihrer europäischen Kollegen verkündet. Es ist eine Botschaft voller Selbstbewusstsein und ganz sicher kein Kniefall vor den Amerikanern.“[7]

Bereits kurz vor Konferenzbeginn zog Tagungsleiter Wolfgang Ischinger konkrete „roten Linien“, die seitens der neuen US-Regierung zum Wohle der transatlantischen Freundschaft besser nicht überschritten werden sollten: „Dazu gehört auch, diejenigen unserer Kerninteressen klar zu kommunizieren, deren Verletzung eine transatlantische Großkrise provozieren würde. Wenn es tatsächlich zur neuen US-Regierungspolitik werden sollte, der EU als Gegner den baldigen Zerfall zu wünschen und Rechtspopulisten aktiv zu unterstützen, wäre das der GAU. Genauso wichtig ist, dass ein möglicher Deal zwischen Russland und den USA nicht zu Lasten Europas geht. Hinsichtlich des Iran-Deals muss Washington wissen, dass wir nicht bereit wären, neue Sanktionen mitzutragen, falls die USA den Deal einseitig aufkündigen.“ Europa müsse gegenüber den USA „selbstbewusst auftreten“, sich dabei erst einmal „auf sich selbst konzentrieren“ und den „Weg zu einer handlungsfähigen Europäischen Verteidigungsunion“ einschlagen.[8]

„Europäisch wachsen“ – Ende der Selbstverzwergung!

Manchen Militärpolitikern scheint Donald Trump regelrecht als Geschenk des Himmels vorzukommen: Keine Forderung, militärisch-machtpolitisch endlich auf eigenen Füßen stehen und so im Konzert der Großmächte ganz vorne mitspielen zu können, kommt aktuell ohne Verweis auf den neuen US-Präsidenten daher.[9] Gerade für Deutschland müsse die „Selbstverzwergung“ ein Ende haben, wie die „Bundesakademie für Sicherheitspolitik“ (BAKS) kürzlich reichlich originell, aber politisch fatal einforderte.[10] Kurz vor Konferenzbeginn bot auch Spiegel Online dem britischen Historiker Anthony Glees eine Bühne, um sich seinem Ärger über Deutschlands angeblich (zu) friedfertige Haltung so richtig Luft zu machen: „Deutschland muss eine muskulöse Demokratie werden. Es muss bei Weitem mehr Verantwortung für die physische Sicherheit Europas übernehmen, insbesondere in Osteuropa und im Mittelmeerraum. Bisher hat Deutschland vor allem in einer Hinsicht geführt: Bei der Missachtung von Europas Grenzen, indem es seine Türen für mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten geöffnet hat. […] Die pazifistische Ader der deutschen Politik ist ein Problem.“[11]

Als klare Botschaft, dieses „Problem“ adressieren zu wollen, kann wohl die diesjährige Verleihung des Ewald-von-Kleist-Preises gewertet werden. Als alljährliches Ärgernis ging die Auszeichnung für Menschen, die sich in besonderer Weise für Frieden und Konfliktbewältigung eingesetzt haben, früher bereits an so ausgewiesene Friedensengel wie Henry Kissinger oder auch John McCain. Dieses Jahr war dann Joachim Gauck an der Reihe, der an derselben Stelle drei Jahre zuvor mit seiner Rede den Startschuss für die neue militärisch unterfütterte deutsche Weltmachtpolitik gab. Dabei konnte Gauck in seiner Dankesrede der Wahl Trumps durchaus Positives abgewinnen, es gelte aber die sich nun bietende Militarisierungsgelegenheit auch zu nutzen: „Allerdings erscheint mir, dass die augenblickliche Verunsicherung auch einen positiven Effekt haben könnte – nämlich dann, wenn Europa stärker als bisher darauf setzt, den eigenen Fähigkeiten zu vertrauen. […] Ein Europa, das angesichts von Kriegen in seiner Nähe […] unzureichend gerüstet ist, mag ich mir gar nicht vorstellen! Als ich vor drei Jahren, es wurde bereits erwähnt, mit einer Rede die 50. Sicherheitskonferenz eröffnet habe, war es mir ein Anliegen zu fordern, dass sich Deutschland im Angesicht großer neuer Herausforderungen früher, entschiedener und substanzieller engagiert. […] Auf dem Weg von einem Konsumenten zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit ist Deutschland also bereits ein gutes Stück vorangekommen. Doch trotz aller Fortschritte kommt Deutschland gegenwärtig bei weitem noch nicht allen Verpflichtungen nach.“[12]

Dieser Anspruch wurde auch in den verschiedenen anderen SiKo-Reden erhoben. Es sei nun erforderlich, so Innenminister Thomas de Maizière, „dass Europa eben erwachsener und verantwortlicher werden muss“.[13] Und Verteidigungsministerin von der Leyen äußerte sich: „Aus deutscher Sicht wird unser gewohnter Reflex, - nämlich wenn es wirklich eng wird, vor allem auf die Tatkraft unserer amerikanischen Freunde zu bauen und selbst eher bescheidene Beiträge zu bringen, nicht mehr genügen. Ja, wir wissen, dass wir einen größeren, einen faireren Teil der Lasten für die gemeinsame Atlantische Sicherheit tragen müssen. Wir wollen wachsen – und wir wollen europäisch wachsen.“[14]

Für das „Wachstum“ einer Militärmacht EUropa wurden in den letzten Wochen und Monaten zahlreiche wesentliche Projekte auf die Schiene gesetzt, von denen zwei von besonderer Bedeutung sind. Unter dem Namen „Ankerländer-Konzept“ (früher: Rahmennations-Konzept) firmieren derzeit Initiativen zum Aufbau multinationaler Truppenverbände, wodurch offiziell Ressourcen eingespart werden sollen. Hierbei werden Teile der Streitkräfte kleinerer Länder an die verschiedener Großmächte „angedockt“ und damit faktisch unter deren Kontrolle gestellt.[15] Weil dies den aus deutscher Sicht nutzbringenden Effekt hat, die eigene militärische Schlagkraft zu vergrößern, bezeichnete von der Leyen das „von Deutschland initiierte Rahmennationenkonzept“ kurz vor Konferenzbeginn als ein „kluges Instrument dafür […], dass wir in Europa Fähigkeitslücken haben, die kaum mehr eine europäische Mittelmacht allein füllen kann.“ Deutschland gehe „in vielen Bereichen als große Nation in die Vorhand und ermöglicht anderen Nationen, mitzumachen.“[16] Der zweite zentrale Bereich, in dem die „Militärmacht EUropa“ dabei ist, große „Fortschritte“ zu erzielen, stellt die Rüstungsfinanzierung auf EU-Ebene dar. Lange wurde dies völlig zu Recht als Verstoß gegen Artikel 41(2) des EU-Vertrages gewertet, der es verbietet, „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ aus dem EU-Budget zu finanzieren. Mit dem „Verteidigungs-Aktionsplan“ legte die EU-Kommission aber nun Ende 2016 einen konkreten Vorschlag zur Aufstellung eines Quasi-EU-Haushalts zur Beschaffung von Rüstungsgütern im Umfang von 5 Mrd. Euro jährlich vor, der durch einen jährlichen EU-Rüstungsforschungshaushalt in Höhe von 500 Mio. Euro ergänzt werden soll.[17]

Die entscheidende Frage bei diesen (supra-)nationalen EU-Rüstungsinitiativen ist, inwieweit sie als Ergänzung oder als Konkurrenz zu den USA gedacht sind. Hier machte Anfang Februar 2017 Jaroslaw Kaczynski, der Chef von Polens Regierungspartei, mit einem Interview in der FAZ von sich Reden, in dem er sagte: „Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen.“[18] Obwohl schon zuvor der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Roderich Kiesewetter, betonte, es dürfe bei diesem Thema „keine Denkverbote geben“[19] und auch bei Zeit Online eine „ernsthafte“ Debatte über eine EU-Nuklearbewaffnung eingefordert wurde[20], stieß der Vorschlag doch mehrheitlich auf Ablehnung. Von den USA wurde umgehend signalisiert, das Vorhaben für eine Schnapsidee zu halten – mutmaßlich, weil Milliardenbeträge in diesen Bereich zu pumpen nur mit ernsthaften Abnabelungsabsichten erklärt werden können.[21]

Mit genau diesem Argument, das hierdurch einem solchen Prozess der „Gegenmachtbildung“ zu den USA vorschnell und unbedacht Vorschub geleistet würde, mischte sich auch Wolfgang Ischinger kurz vor Tagungsbeginn in die Debatte ein. Stattdessen sei es im ureigensten Interesse, den USA trotz der Wahl Trumps die Stange zu halten. Ein enges Bündnis mit den USA sei weitgehend alternativlos und dürfe deshalb nur unter den alleräußersten Umständen ernsthaft in Frage gestellt oder gar aufgekündigt werden. Begründet wurde dies von Ischinger folgendermaßen: „Erstens würden wir die vielen Millionen Amerikaner ignorieren, die eben nicht Donald Trump gewählt haben. […] Zweitens ist es nicht so, dass überall auf der Welt Partner Schlange stünden, die mit Europa die liberale Weltordnung verteidigen wollten. Die EU mag sich mit China einig sein, dass eine neue Ära des Protektionismus schädlich wäre. Aber die darüber hinausgehenden Gemeinsamkeiten sind überschaubar. Langfristig wird die liberale Weltordnung nur Bestand haben, wenn sie von beiden Pfeilern der transatlanti-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Kanzlerin Angela Merkel bei ihrer Rede auf der Sicherheitskonferenz. Quelle: MSC/Kuhlmann

schen Partnerschaft gestützt wird. Drittens übersehen jene, die jetzt zu einer europäischen Gegenmachtbildung zu den USA aufrufen, dass diese Option in Wahrheit gar nicht besteht. Die Europäer können kurz- und mittelfristig nicht auf die US-amerikanische Sicherheitsgarantie verzichten."[22]

Da Ischinger und andere der transatlantischen Partnerschaft also weiterhin eine zentrale Bedeutung zuschreiben, sind sie auch bereit, (den Steuerzahler) immense Summen in ihre Pflege investieren zu lassen.

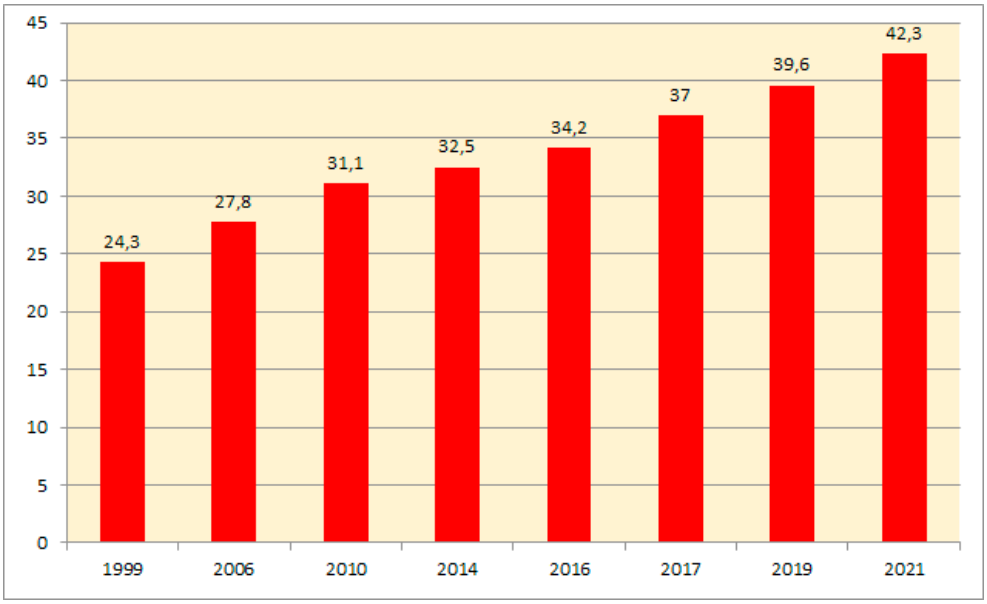
Geldregen: Prioritäten setzen!

Wie NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seiner Münchner-SiKo-Rede stolz verkündete, sei die Trendwende gelungen: Um 10 Mrd. Dollar oder knapp 4% seien die Rüstungsausgaben der Allianz 2016 gestiegen.[23] Dies ist nicht zuletzt Deutschland geschuldet, wo dem leider relativ erfolgreich vermittelten Eindruck, die Bundeswehr habe einen historischen Finanzierungskahlschlag hinnehmen müssen, nicht vehement genug widersprochen werden kann. Im Jahr 1999 belief sich der Rüstungshaushalt noch auf (umgerechnet) etwa 24,30 Mrd. Euro. 2006 waren es dann 27,8 Mrd. Euro, um dann bis 2010 auf 31,1 Mrd. weiter anzuwachsen. Gemäß dem Sparbeschluss der Bundesregierung vom Juli 2010 hätte der Haushalt dann bis 2014 wieder auf 27,6 Mrd. Euro abgesenkt werden müssen. Doch der Beschluss wurde schnell wieder kassiert: 2014 waren es 32,5 Mrd. Euro, die in den Militärhaushalt gepumpt wurden. Doch das war nichts, gegen die saftigen Erhöhungen der folgenden beiden Jahre: „Deutschland hat seine Rüstungsausgaben im Jahre 2016 um mehr als zehn Prozent erhöht. […] Der Wehretat insgesamt vergrößerte sich demnach um 1,1 Milliarden Euro auf 35,1 Milliarden Euro. In diesem Jahr sollen die Ausgaben für die Bundeswehr sogar noch einmal erhöht werden: Der Haushalt 2017 sieht Investitionen von 37 Milliarden Euro in die Armee vor, knapp zwei Milliarden mehr als im vergangenen Jahr."[24]

Allerdings ist damit wohl noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht – zumindest nicht, wenn die Ankündigungen auf der Münchner Sicherheitskonferenz tatsächlich umgesetzt werden. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass es zwar den Tatsachen entspricht, dass sich die NATO-Staaten beim Gipfeltreffen in Wales im September 2014 darauf verständigt hatten, allesamt bis spätestens 2024 mindestens 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für ihr Militärbudget zu verausgaben. Strittig war (und ist eigentlich) aber, inwiefern es sich hier um eine Art Absichtserklärung oder um eine bindende Verpflichtung handelt. Die neue US-Regierung unter Donald Trump pocht nun darauf, es handele sich hier um eine Zusage, die einzuhalten sei, andernfalls würden als Konsequenz auch die USA ihr Engagement zurückfahren. Um sich die Dimension dieser Zahl zu vergegenwärtigen: Heute umgesetzt würde dies für die gesamte NATO eine Erhöhung der Militärhaushalte um ca. 100 Mrd. Dollar erfordern. Für Deutschland stellen sich die Zahlen als besonders krass dar: „Bei einem angenommenen Wirtschaftswachstum von zwei Prozent pro Jahr müsste Deutschland im Jahr 2024 mehr als 75 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben, um das Ziel zu erreichen. Dies würde einer jährlichen Steigerung der Ausgaben um fast zehn Prozent entsprechen."[25]

Da es sich augenscheinlich um immense Summen handelt, wurde die „Operation Aufrüstung" propagandistisch schon kurz vor Beginn der Sicherheitskonferenz auf den Weg gebracht, als in den Massenmedien nahezu jeder abgedruckt wurde, wenn er nur laut genug nach einer Erhöhung des Rüstungsetats rief.[26] Auf der Sicherheitskonferenz selber legte Verteidigungsministerin von der Leyen ein klares Bekenntnis zu einer verpflichtenden Einhaltung der Wales-Vorgabe ab: „Das NATO-Ziel, 2% des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben, verlangt langen Atem. Von uns – wie von vielen anderen Verbündeten auch. Wir alle haben uns 2014 in Wales verpflichtet, innerhalb von 10 Jahren die 2% zu erreichen. Dazu stehen wir und wir haben mit der Umsetzung bereits begonnen."[27]

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte auf der Konferenz: „Ich möchte hier keinen Bogen um dieses Thema machen. Deutschland hat sich wie alle anderen Staaten auf der NATO-Konferenz in Wales verpflichtet – das war 2014 –, binnen zehn Jahren das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen. Ich darf hier genauso wie die Verteidigungsministerin sagen: Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, wir fühlen uns diesem Ziel verpflichtet."[28] Weil eine Erhöhung um über 35 Mrd. Euro womöglich doch eine zu große Menge Holz sein könnte, mahnte Merkel allerdings auch an, sich nicht in eine allzu „kleinliche Diskussion" um die Höhe der Militärausgaben zu verstricken. Was sich zunächst womöglich wie eine deutliche Relativierung der US-Forderungen anhören könnte, entpuppte sich dann jedoch schnell als ein Plädoyer, jährlich



Deutscher Militärhaushalt bis 2021 in Mrd. Euro. Quelle: Griephan Briefe, 20.3.2017

bis an die üppig angesetzte Schmerzgrenze zu gehen: „Merkel schränkte allerdings ein, Deutschland könne seinen Verteidigungsetat nicht um mehr als acht Prozent im Jahr steigern. ‚Mehr können sie faktisch nicht machen', sagte die Kanzlerin. Das heißt, dass das Nato-Ziel vermutlich nicht erreicht wird."[29]

Hochgerechnet würden die 2%-BIP bei einer regelmäßigen Etatsteigerung um 8% zwar tatsächlich wohl verfehlt werden – sie würde aber dennoch einen Aufwuchs des Rüstungshaushaltes von gegenwärtig 37 Mrd. auf 63,4 Mrd. Euro im Jahr 2024 bedeuten![30]

Die Unsummen, die im Zuge dieser Aufrüstungsdebatte durch die Gegend geisterten, hatten wohl vor allem den Zweck, die – immer noch recht happigen – Erhöhungen, die im Anschluss dann auf den Weg gebracht wurden, als vergleichsweise moderat erscheinen zu lassen. So veröffentlichte das Finanzministerium Mitte März 2017 die „Eckwerte" mit der mittelfristigen Finanzplanung bis 2021. Ihnen zufolge soll der Militäretat 2018 auf 38,45 Mrd. Euro, 2019 auf 39,643, 2020 auf 40,910 und dann 2021 auf 42,297 Mrd. Euro steigen.[31]

Geht es jedenfalls nach Finanzminister Wolfgang Schäuble, so ist offensichtlich mehr als genug Geld und Bereitschaft vorhanden, den Militäretat aufzupäppeln – alles nur eine Frage der Prioritäten. Im Bericht aus Berlin gab er an: „Wir haben es in den letzten Jahren auch geschafft. Schauen Sie, wir haben in den letzten zwei Jahren jährlich etwa bis zu 20 Milliarden Euro für Integration, für Fluchtursachen-Bekämpfung, für Migrationssteuerung gemacht. […] Kontinuierlich den Verteidigungshaushalt erhöhen – geht. Man kann sich nicht alles leisten, aber wenn man die Prioritäten richtig setzt, ist es möglich. Den Spielraum dazu haben wir."32 Schäubles Staatssekretär Jens Spahn wusste ebenfalls mit einem Vorschlag aufzuwarten, woher das Geld für erhöhte Rüstungsausgaben kommen soll: „Etwas weniger die Sozialleistungen erhöhen in dem einen oder anderen Jahr – und mal etwas mehr auf Verteidigungsausgaben schauen."[33]

Danke, Trump!

Der Verweis auf den neuen US-Präsident Donald Trump dient derzeit als eine Art Totschlagargument, weshalb eine Aufrüstungsoffensive unabdingbar sei. Manche scheinen deshalb der neuen Konstellation durchaus etwas abgewinnen zu können, wenn etwa die Welt titelt „Trump zwingt Europäer zu überfälliger Nachrüstung": „Es ist die Aufgabe dieser und der nächsten Bundesregierung, die Ausgaben nicht nur zu erhöhen, sondern auch dafür zu sorgen, dass das Geld effizient investiert werden kann. Im Fall der Bundeswehr geht es nach einem Vierteljahrhundert der systematischen Demilitarisierung übrigens nicht um ein Auf-, sondern um ein Nachrüsten. Die deutschen Streitkräfte sind in einem beklagenswerten Zustand, materiell wie personell. So gesehen kann die Bundeswehr Trump dankbar sein: Der Präsident hält den Druck im Kessel hoch."[34]

Zwar stimmt an dem Bild von der chronisch unterfinanzierten Bundeswehr kein Strich, massive Investitionen allerdings unter Verweis auf Donald Trump zu fordern, hat gerade Konjunktur. Umso erfreulicher ist es, dass der Großteil der Bevölkerung der Aufrüstungsrhetorik bislang noch nicht auf den Leim geht. So berichtete die Welt einige Zeit vor Beginn der Sicherheitskonferenz: „Nur 32 Prozent der Befragten sprachen sich in einer Reuters vorliegenden Umfrage für die Zeitschrift ‚Internationale Politik' dafür aus, der Bundeswehr mehr Geld zu geben."[35] Interessanterweise fiel eine noch aktuellere Umfrage unmittelbar nach der Sicherheitskonferenz noch deutlicher aus: „In einer repräsentativen N24-Emnid-Umfrage sprechen sich nur 25 Prozent der Befragten dafür aus, den deutschen Rüstungsetat auf Wunsch der USA zu erhöhen. 20 Prozent der Deutschen befürworten ein stärkeres militärisches Engagement der Bundeswehr. Die Mehrheit der Befragten will mit 60 Prozent weder höhere Rüstungsausgaben noch ein stärkeres militärisches Engagement Deutschlands."[36]

Dies ist eine gute Grundlage für die anstehenden Debatten. Es steht zu hoffen, dass es gelang, mit den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz, an denen erneut Tausende teilnahmen, noch mehr Menschen von dem Un- und Wahnsinn zu überzeugen, der die „Operation Aufrüstung" antreibt.

Anmerkungen

1 McGann, James, G.: 2016 Global Go To Think Tank Index Report, University of Pennsylvania, 26.1.2017, S. 117.
2 Von der Leyen antwortet den USA: Wir haben verstanden, Süddeutsche Zeitung, 15.2.2017.
3 Operation Aufrüstung, Bild.de, 16.2.2017.
4 Rede von Mike Pence bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.
5 Rede von Ursula von der Leyen bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.
6 Ebd.
7 Kein Kniefall vor Amerika, Tagesschau.de, 17.2.2017.
8 Ischinger, Wolfgang: Einbinden, Einfluss nehmen, Süddeutsche Zeitung, 15.2.2017.
9 So äußerte sich etwa die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini unmittelbar nach der Wahl Donald Trumps: „In den kom-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

menden Monaten und Jahren – man kann sogar sagen: in diesen Stunden – wird es eine zunehmende Nachfrage nach Europa geben von unseren Nachbarn und unseren Partnern in der Welt. Die Forderung nach einem von Prinzipien geleiteten globalen ‚Sicherheits-Dienstleister' wird wachsen. Die Forderung nach einer Supermacht, die an mehrseitige Bündnisse und Zusammenarbeit glaubt." Küster, Kai: Mehr Sicherheit mit einer europäischen Armee?, Deutschlandfunk, 14.11.2016.

10 Keller, Pattrick: Der Westen als Wagenburg? BAKS Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 2/2017: „Das bedeutet, dass ‚Selbstverzwergung' und Kleinmut nur noch tiefer in die Krise führen. Es gilt, kraftvoll, selbstbewusst und pragmatisch für die offene Gesellschaft einzustehen. Innenpolitisch sowieso, aber auch außenpolitisch: mit Partnern weltweit, in allen Politikfeldern, vom bilateralen Handel bis zur Geheimdienstkooperation. Deutschland und seine Verbündeten sind auf eine stabile, rechtebasierte und liberale internationale Ordnung angewiesen. Die entsteht und überdauert aber nie von selbst; sie muss geschaffen und beschützt werden."

11 „Die pazifistische Ader der deutschen Politik ist ein Problem", Spiegel Online, 19.2.2017.

12 http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/02/170218-Ewald-von-Kleist-Preis.html

13 Rede von Thomas de Maiziere bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.

14 Rede von Ursula von der Leyen bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.

15 Betrachtet man die Ausführungen der Regierungsberater von der „Stiftung Wissenschaft und Politik" zu dem von Deutschland erfundenen „Rahmennations-Konzept", wird ersichtlich, dass die Unterordnung fremder Streitkräfte tatsächlich ein Ziel der Übung ist: „Die Großen müssen das Funktionieren des Rahmens politisch, militärisch und finanziell langfristig in Aussicht stellen können. Im Gegenzug werden sie politische Führung beanspruchen. […] Die Umsetzung des Konzepts liefe darauf hinaus, dass sich die europäischen Staaten militärisch um die wenigen großen Länder organisieren, die bis auf Weiteres ein breites Fähigkeitsspektrum vorhalten werden, also Deutschland, Frankreich, Großbritannien, vielleicht auch Italien und die Türkei." Auffällig abwesend in dieser Aufzählung ist etwa ein Land wie Polen, das über beachtliche militärische Fähigkeiten verfügt, dennoch werde Warschau dem SWP-Papier zufolge mit dem Rahmennationskonzept „faktisch abhängig von der Sicherheitspolitik Berlins." Major, Claudia/Mölling, Christian: Das Rahmennationen-Konzept. Deutschlands Beitrag, damit Europa verteidigungsfähig bleibt, SWP-Aktuell, November 2014.

16 Von der Leyen antwortet den USA: Wir haben verstanden, Süddeutsche Zeitung, 15.2.2017. Auf dem NATO-Verteidigungsministertreffen in der Woche vor der Sicherheitskonferenz wurden vor diesem Hintergrund eine Reihe weiterer „Ankerprojekte" angekündigt: „eine deutsch-französische Lufttransport-Einheit, die ab dem Jahr 2021 entstehen soll, eine multinationale Flotte von Tankflugzeugen, an der Deutschland, die Niederlande, Luxemburg, Belgien und Norwegen beteiligt sein sollen, eine strukturierte Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den Streitkräften von Tschechien und Rumänien mit gemeinsamer Ausbildung und ersten Übungen bereits in diesem Jahr, die Entwicklung und Beschaffung von U-Booten und Seezielflugkörpern gemeinsam mit Norwegen, die für eine Beteiligung weiterer Länder offen ist." Europa rüstet auf für Trump, Spiegel Online, 15.2.2017.

17 Wagner, Jürgen: EUropas „Brexit-Dividende". Militarisierungs-Aktionsplan und Rüstungshaushalt, IMI-Analyse 2017/02.

18 „Eine Atom-Supermacht Europa würde ich begrüßen", FAZ, 6.2.2017.

19 Pletsch, Marius: FAZ: Atommacht Deutschland? IMI-Standpunkt 2016/039.

20 Braucht die EU die Bombe?, Zeit Online, 16.2.2017.

21 Nato gegen Atom-Supermacht Europa, FAZ, 12.2.2017.

22 Ischinger, Wolfgang: Einbinden, Einfluss nehmen, Süddeutsche Zeitung, 15.2.2017.

23 Rede von Jens Stoltenberg bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.

24 Deutschland steigert Rüstungsausgaben um mehr als zehn Prozent, Spiegel Online, 18.1.2017.

25 Erreicht Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel der Nato? Stern.de, 18.2.2017.

26 Siehe zB BDI-Präsident Kempf fordert Stärkung der Bundeswehr, Handelsblatt, 16.2.2017.

27 Rede von Ursula von der Leyen bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.

28 Rede von Angela Merkel bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017.

29 Merkel warnt vor „kleinlicher Diskussion" um Militärausgaben, Spiegel Online, 18.2.2017.

30 Demgegenüber klingen die Worte von Außenminister Sigmar Gabriel fast noch moderat, sprach er sich in seiner Münchner SiKo-Rede doch dafür aus, den Rüstungsball – ein bisschen – flacher zu halten: „Wir Europäer müssen schnell lernen zu verstehen, dass wir nur Teil einer Welt sind, in der Machtpolitik, notfalls auch durchgesetzt mit kriegerischen Mitteln, leider nach wie vor zu den Instrumenten der Politik gehört oder sogar noch stärker als früher wieder zurückgekehrt ist. Und dass wir dieser in Teilen unfriedlichen und gewaltbereiten Welt nicht durch den Versuch des Einigelns entgehen werden. […] Nach 70 Jahren Führung durch die USA ist es nicht unbillig, dass Washington seine Rolle in der Welt und gegenüber Europa neu definiert. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, jetzt kein Vakuum entstehen zu lassen, sondern ein starkes und verantwortungsbereites Europa zu entwickeln. […] Ich verstehe und akzeptiere, dass Amerika von Europa erwartet, einen größeren Anteil an der Verantwortung für die Sicherheit der Welt zu übernehmen. […] Auch mir ist klar, dass wir eine Verpflichtung eingegangen sind. […] Bei allem Respekt vor dem Zwei-Prozent-Ziel: eines der Länder in Europa, die das erreicht haben, ist Griechenland. […] Also, Maß und Mitte halten. Die Zielrichtung beibehalten, aber nicht in sozusagen Glückseligkeit über eine neue Aufrüstungsspirale zu verfallen, weil am Ende damit alleine jedenfalls Sicherheit nicht gewährleistet werden kann." (Rede von Sigmar Gabriel bei der 53.Münchner Sicherheitskonferenz, Februar 2017) Genau besehen übernimmt damit aber auch Gabriel die Verantwortungsrhetorik und steht hinter der Zusage, mehr in die Rüstung zu investieren. Nur was die Höhe anbelangt, scheint er nicht ganz so weit wie andere gehen zu wollen, auch wenn er sich über eine konkrete Zahl ausschweigt.

31 Griephan Briefe, 20. März 2017.

32 Schäuble zu höherem Verteidigungsetat: „Den Spielraum dazu haben wir"; Augengeradeaus, 20.2.2017.

33 Zoff um „Mehr Sicherheit, weniger Soziales", Bild.de, 21.2.2017.

34 Trump zwingt Europäer zu überfälliger Nachrüstung, Die Welt, 19.2.2017.

35 Umfrage - Nur ein Drittel der Deutschen für höhere Militärausgaben, Reuters, 15.12.2016.

36 N24-Emnid-Umfrage zu NATO und Siko, Presseportal, 16.2.2017.

Trump und Russland

Die Hysterie um eine neue Reset-Politik

von Mirko Petersen

Als Barack Obama 2009 seine erste Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten antrat, war ein Neuanfang in den Beziehungen mit Russland eines seiner großen außenpolitischen Themen – viele Politiker_innen und Journalist_innen sprachen von einem möglichen „Reset“ zwischen Washington und Moskau. Zu einer Entspannung kam es jedoch nicht.1 Die grundlegenden Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten konnten nicht beseitigt werden und die Spannungen nahmen, besonders im Zuge der Kriege in der Ukraine und Syrien, sogar noch zu.

Mit dem Sieg Donald Trumps in den US-Präsidentschaftswahlen im November 2016 schien sich nun jemand durchgesetzt zu haben, der ein positives Bild Russlands vermittelt und am erneuten Versuch einer Reset-Politik interessiert ist. Genau diese Haltung führte in den USA zu heftigen Debatten während des Wahlkampfs und darüber hinaus. Dieser Artikel zeichnet einige dieser Debatten nach und fragt anschließend, ob wir wirklich vor einem neuen Reset zwischen den USA und Russland stehen.

Putins Marionette?

Es lässt sich wahrlich nicht behaupten, dass die Obama-Administration durch eine russlandfreundliche Politik auffiel. Gleichzeitig scheint es so, dass Obama eine noch stärkere Konfrontation mit Russland vermeiden konnte, indem er den Einfluss von Hillary Clinton, Außenministerin während seiner ersten Amtszeit, einschränkte[2] und nicht auf die aggressivsten Forderungen von Oppositionellen wie John McCain einging.

Mit der genannten Hillary Clinton trat aufseiten der Demokratischen Partei eine Politikerin zu den Präsidentschaftswahlen 2016 an, die für ihre kompromisslose außenpolitische Haltung bekannt war und die vor keiner Konfrontation mit dem Regime von Wladimir Putin, das häufig konträre Positionen auf globaler Ebene vertritt, zurückschreckt. Zum Entsetzen vieler Demokrat_innen und Republikaner_innen deutete der Gegenkandidat, Donald Trump, an, an, Sympathien für Wladimir Putin zu haben und an einer Annäherung mit Moskau interessiert zu sein.[3] Clinton versuchte dies für ihren Wahlkampf zu nutzen, indem sie Trump als „Putins Marionette“ (Putin’s puppet) darstellte. Dies schien allerdings nicht auf ein ausreichendes Echo bei den US-amerikanischen Wähler_innen gestoßen zu haben und konnte ihr nicht zum Wahlsieg verhelfen.[4]

Auch nach Trumps Sieg in den Wahlen verstummten die Debatten um die Beziehungen des Wahlsiegers zu Russland keineswegs – im Gegenteil: sie nahmen sogar weiter Fahrt auf und nehmen teils hysterische Züge an. Prinzipiell lassen sich zwei Motive hinter den Debatten entdecken: zum einen soll Russland die Schuld an der Wahlniederlage Clintons gegeben werden und zum anderen versucht die vormalige außenpolitische Elite einen Politikwandel gegenüber Russland durch die neue Regierung zu verhindern.

Nach der überraschenden Niederlage Hillary Clintons rückte eine Erklärung dafür in den Vordergrund: Russland habe durch gezielte Hacker-Angriffe in den Wahlkampf eingegriffen, um Trump zum Sieg zu verhelfen. Laut Einschätzungen von CIA, FBI und NSA habe Putin Hakker-Angriffe auf die Demokratische Partei angeordnet und die geheimen Informationen WikiLeaks zugespielt, die diese dann veröffentlichten.[5] Clinton ist sich sicher, dass Putin sich dafür rächen wollte, dass sie 2011, während ihrer Zeit als Außenministerin, die Rechtmäßigkeit der russischen Parlamentswahlen angezweifelt hatte.[6]

Diese Vorwürfe, für die keine Beweise vorliegen, wurden sowohl von der russischen Regierung als auch von WikiLeaks-Gründer Julian Assange bestritten.[7] Doch, wie der Journalist Robert Parry betont, steht selbst im Falle der Bestätigung dieser Vorwürfe ein großes Fragezeichen dahinter, ob die Veröffentlichung der geheimen Informationen einen entscheidenden Einfluss auf den Wahlausgang hatte.[8] Der Verweis auf Russland ermöglicht dem Establishment der Demokratischen Partei jedoch, die Tatsache zu verschleiern, dass eine falsche Kandidatin und ein falsches Wahlprogramm für die Wahlniederlage verantwortlich waren.

Neben dem Establishment der Demokratischen Partei befeuern auch Teile der Republikanischen Partei sowie Trump-kritische Medien die Hysterie rund um die Verbindungen zu Russland. Am weitesten ging dabei wohl der bekannte Journalist Thomas L. Friedmann (Kolumnist in der New York Times), der die russischen Hackerangriffe als einen kriegerischen Akt auf dem Niveau des 11. September 2001 bezeichnete.[9] Als klare Interessengruppe hinter der Russland-Hysterie ist die neokonservative Gruppe um die Familie Kagan zu identifizieren. Diese Gruppe ist für ihre Lobbyarbeit für US-Interventionen auf aller Welt bekannt und sah in Hillary Clinton die bessere Kandidatin zur Umsetzung ihrer Ziele. Nach den Wahlen haben sich die Kagans und ihre Mitstreiter_innen vorgenommen, die Trump-Regierung zu destabilisieren oder zumindest eine Änderung der außenpolitischen Linie, hin zu einer Reset-Politik mit Russland, zu verhindern.[10] Robert Kagan, das wohl bekannteste Mitglied dieser einflussreichen Familie, versucht nun, besonders die Republikaner_innen gegen Trumps Russland-Politik in Stellung zu bringen.[11]

Stehen die Zeichen wirklich auf Reset?

Die Besorgnis um eine neue Russland-Politik von Donald Trump scheint also auf vielen Seiten groß zu sein. Doch ist seit seinem Amtsantritt etwas passiert, das auf eine neue Reset-Politik schließen lässt? Außer einiger warmer Worte während des Wahlkampfs und der Zeit danach[12] ist diesbezüglich wenig Handfestes zu finden. Der Außenpolitik-Experte Walter Russel Mead hat eine Liste von Maßnahmen aufgelistet, die man von einem russlandfreundlichen Präsidenten, der Trump ja angeblich sei, erwarten würde:

- Limitieren von Fracking
- Verhindern des Baus von Öl- und Gaspipelines
- Verhandlungen über Atomwaffenreduktion
- Militärhaushalt verkleinern
- Mit dem Iran kooperieren

Wie Mead betont, macht bzw. plant Trump bisher genau das Gegenteil dieser Maßnahmen, weshalb er ganz und gar nicht

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

wie „Putins Marionette“ aussieht.[13] Auch andere Experten zeigen sich skeptisch. Die Politologen Simon Saradzhyan und William H. Tobey schreiben von einer Reihe „hoher Hürden“ zur Verbesserung der US-amerikanisch-russischen Beziehungen: „Eine davon ist das Bestreben der USA, Russland davon abzuhalten, seine Präsenz im Nahen und Mittleren Osten auszubauen. Eine andere Hürde betrifft Russlands Forderung nach verbindlichen Zusagen, auf eine NATO-Erweiterung zu verzichten und das US-Raketenabwehrsystem einzuschränken. Beide Punkte hat Moskau kürzlich als Bedingungen genannt, um die bilaterale Zusammenarbeit über nukleare Sicherheit wiederaufzunehmen. […] Außerdem will Russland eine ans 21. Jahrhundert angepasste Version des ‚Konzerts der Großmächte‘, das nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt gelten soll, in dem Russland neben den USA, China und der Europäischen Union eine gleichberechtigte Rolle spielt. Washington hegt in keiner Weise die Absicht, so einer Weltordnung zuzustimmen.“[14]

Nach den gegenseitigen Komplimenten von Trump und Putin während des des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten und der Zeit danach, traten bereits kurz nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten die ersten Spannungen auf. Donald Trumps UNO-Botschafterin, Nikki Haley, verurteilte bei ihrem ersten Auftritt im Sicherheitsrat Anfang Februar die russischen Eingriffe in der Ukraine und kündigte an, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Moskau aufrechterhalten werden.15 Kurz darauf forderte Trump von der russischen Regierung, die Krim an die Ukraine zurückzugeben und kündigte ein umfangreiches (Atom-)Rüstungsprogramm an.[16] Der Kreml zeigte sich enttäuscht von diesen Äußerungen und die Freude über den neuen US-Präsidenten in Russland ist vorerst gebremst.[17]

Gründe der Kurskorrektur

Wie lassen sich diese Entwicklungen nun erklären? Zum einen lässt sich sicherlich auf die Saradzhyan und Tobey genannten grundsätzlichen Probleme in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington verweisen. Zum anderen ist es jedoch kein Zufall, dass die Forderung nach der Rückgabe der Krim durch Trump kurz nach dem Rücktritt seines Nationalen Sicherheitsberaters Michael Flynn erfolgte, der aufgrund von zu engen Kontakten zum russischen Botschafter in den Vereinigten Staaten – mutmaßlich auf Betreiben der US-Geheimdienste – zurücktreten musste. Im Anschluss war Trumps Regierung stärker bemüht, Härte gegenüber Russland zu zeigen.[18] Der Druck der Neokonservativen, der Medien und von Politiker_innen beider großer Parteien scheint hier bereits seine Wirkung zu zeigen.

So scheinen die Chancen auf einen Neustart in den US-amerikanisch-russischen Beziehungen noch schneller als nach dem Amtsantritt Obamas wieder zu schwinden. Dabei wäre eine Verbesserung der Beziehungen immens wichtig für die Lösung vieler globaler Probleme. Es gibt wahrlich genügend Aspekte der Politik der Trump-Regierung, gegen die es sich zu kämpfen lohnt. Der Kampf gegen ein Reset mit Russland sollte jedoch von der Agenda aller Bewegungen, die sich für grundlegende Änderungen in der US-Politik (und anderswo) einsetzen, gestrichen werden.

US-Präsident Obamas „Reset-Politik“ hielt nicht lang. Es bleibt abzuwarten, wie sich die US-Russlandpolitik unter Trump entwickeln wird. Quelle: http://en.kremlin.ru

Anmerkungen

1 Vgl.: Petersen, Mirko: Überlastung statt Reset. Zunehmende Spannungen zwischen Russland und den USA, in: IMI AUSDRUCK 2/2013, S. 22-28.

2 Vgl.: Farley, Keegan: Die Hochzeit der Kriegstreiber. Hillary Clinton und der überparteiliche Plan zur Ausweitung der Amerikanischen Macht, in: IMI AUSDRUCK 5/2016, S. 1-10, hier: S. 1.

3 Vgl.: Saradzhyan, Simon/ Tobey, William H.: Männerfreundschaft reicht nicht. Eine wirkliche Verbesserung der amerikanisch-russischen Beziehungen ist auch in der Ära Trump nicht zu erwarten (IPG-Journal, 19.12.2016).

4 English, Robert David: Russia, Trump and a New Détente. Fixing U.S.-Russian Relations (Foreign Affairs, 10.03.2017).

5 Vgl.: tagesanzeiger.ch (16.12.2016): FBI teilt Vorwürfe der Wahlbeeinflussung.

6 Vgl.: Chozick, Amy: Clinton says ‚Personal Beef‘ by Putin Led to Hacking Attacks (New York Times, 16.12.2016).

7 Vgl.: tangesanzeiger.ch: FBI teilt Vorwürfe der Wahlbeeinflussung, s.o.; Medick, Veit/Reinbold, Fabian: Eine merkwürdige Allianz (Spiegel Online, 05.01.2017).

8 Vgl.: Parry, Robert: The Kagans Are Back; Wars to Follow (Middle East Online, 17.03.2017).

9 Vgl.: Real Clear Politics (14.02.2017): Friedman: Flynn Resignation Shows Russia Hacking Was On Scale With 9/11, Pearl Harbor.

10 Vgl.: Parry: The Kagans Are Back, s.o.

11 Vgl. hierzu seinen Artikel in der Washington Post vom 6. März 2017: Kagan, Robert: Republicans are becoming Russia’s accomplices.

12 In Bezug auf diese warmen Worte, hebt der Russland-Experte Stephen F. Cohen hervor, dass diese ein vollkommen übliches Prozedere darstellen. Auch Franklin D. Roosevelt hat Joseph Stalin gelobt, Richard Nixon sprach positiv über Leonid Breschnew und Bill Clinton über Boris Jelzin (vgl.: Cohen, Stephen S.: Why We Must Oppose the Kremlin-Baiting Against Trump (The Nation, 22.02.2017)).

13 Vgl.: Mead, Walter Russel: Trump Isn’t Sounding Like a Russian Mole (The American Interest, 24.02.2017).

14 Saradzhyan/Tobey: Männerfreundschaft reicht nicht, s.o.

15 Vgl.: Spiegel Online (03.02.2017): USA verurteilen aggressives Vorgehen Russlands.

16 Vgl.: Spiegel Online (14.02.2017): Trump fordert Rückgabe der Krim an die Ukraine.

17 Vgl.: Spiegel Online (16.02.1017): Kreml von Trump enttäuscht.

18 Vgl.: sueddeutsche.de (16.02.2017): USA erhöhen Druck auf Russland in der Ukraine-Krise.

IMI-Aktuell
Antimilitaristische Kurznachrichten

Deutscher Sonderweg?

Während US-Außenminister Rex Tillerson fordert, dass auf dem nächsten NATO-Gipfel verbindliche Meilensteine für die Umsetzung einer Erhöhung der jeweiligen NATO-Verteidigungshaushalte auf 2% des BIP verabschiedet werden, erteilte Außenminister Sigmar Gabriel dem Vorhaben eine Absage, wie u.a. bei tagesschau.de nachzulesen ist: „Ich halte es für völlig unrealistisch zu glauben, dass Deutschland einen Militärhaushalt von über 70 Milliarden Euro pro Jahr erreicht“. Dabei handelt es sich aber augenscheinlich um keinen Konsens innerhalb der Regierung. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen warnte zB vor einem „deutschen Sonderweg“. In der Welt wird sie folgend zitiert: „Das klingt schon wieder sehr nach einem ‚Deutschen Sonderweg‘. Was für alle unsere Partner in der NATO gilt, soll für uns nicht gelten? Die anderen strengen sich an, wir halten uns zurück. So funktioniert die Allianz nicht.“ (3. April 2017)

Rheinmetall: Jung Aufsichtsrat

Wie u.a. Spiegel Online berichtet, wird der ehemalige Verteidigungsminister Franz-Josef Jung nun mit einem Aufsichtsratsposten beim deutschen Panzerbauer Rheinmetall belohnt: „[E]in Rheinmetall-Sprecher [hat] die geplante Berufung mit der besonderen Expertise von Jung im Verteidigungsbereich begründet.“ (1. April 2017)

Zivilopfer durch Tornados

Ein US-Luftangriff auf eine ehemalige Schule in Syrien hat wohl 33 Zivilisten das Leben gekostet. Wie Tagesschau.de berichtet, erfolgte die Bombardierung wohl auf Grundlage von Daten der Bundeswehr-Tornados: „Erstmals haben Aufklärungsbilder der Bundeswehr eine Rolle bei einem Luftangriff in Syrien gespielt, der zu einer sehr hohen Zahl ziviler Opfer geführt haben soll. Nach Recherchen von NDR und WDR hatten deutsche Tornados am 19. März 2017 Bilder eines Gebäudekomplexes in der syrischen Ortschaft al-Mansoura, westlich von Rakka, aufgenommen und an die internationale Koalition im Einsatz gegen den sogenannten IS geliefert. Diese Bilder sollen dann einen Tag später mit verwendet worden sein, um den Gebäudekomplex zu bombardieren.“ (30. März 2017)

Transportkorridore im Kaukasus

Bereits in IMI-Studie 2015/08 wurde die dynamischen Entwicklungen in der kaukasischen Region und die Bedeutung von Infrastrukturvorhaben wie der südkaukasischen Eisenbahn beschrieben. Wie jüngst bekannt wurde, trafen sich der russische Vizeaußenminister Grigorij Karasin und der georgische Repräsentant für die Beziehungen mit Russland, Zurab Abashidze, Anfang Februar 2017 in Prag. Im Namen ihrer jeweiligen Regierungen einigten sich die beiden auf die Eröffnung zweier neuer Transportkorridore in Nord-Süd-Richtung im Kaukasus, wie die neokonservative US-Denkfabrik Jamestown Foundation schreibt. Eine der beiden Routen führt durch Abchasien und die zweite durch Südossetien – beide Gebiete hatten sich Anfang der 1990er Jahre von Georgien abgespalten und werden von Russland als unabhängig anerkannt. Die Eröffnung der Südkaukasischen Eisenbahn über Abchasien hat enorme geopolitische Implikationen für den gesamten Kaukasus, da Russland über diese Eisenbahn Militärgüter nach Armenien transportieren könnte. Armenien ist ein militärischer Verbündeter Russlands, Mitglied des Militärblocks OVKS (Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit) und in den vergangenen Monaten immer wieder in kleinere militärische Auseinandersetzungen mit Aserbaidschan verwickelt. Georgien und Russland wollen die Eröffnung der neuen Transportwege jedoch in „kleinen Schritten“ forcieren. (24. März 2017)

Gabriel: Weniger Mitsprache

Außenminister Sigmar Gabriel spricht sich der Rheinischen Post zufolge für eine Beschneidung der parlamentarischen Mitspracherechte bei Bundeswehr-Einsätzen aus: „Außenminister Sigmar Gabriel hat sich für eine Begrenzung des Mitspracherechts des Bundestags bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr ausgesprochen. Die Beteiligung der EU an einem UN-Einsatz dürfe beispielsweise nicht am Einspruch des Bundestags scheitern, ‚weil es vielleicht kurz vor einer Wahl ist.‘“ (28. März 2017)

Die Rechnung bitte!

Die britische Sunday Times berichtet, US-Präsident Trump soll Deutschland eine konkrete – und recht üppige – Rechnung für ausstehende Zahlungen überreicht haben. Der Merkur schreibt dazu: „‚Empörend‘ nannte ein deutscher Minister diese Geste: Wie die britische Times berichtet, soll Bundeskanzlerin Angela Merkel von US-Präsident Donald Trump eine Forderung über 346 Milliarden Euro erhalten haben. Die horrende Rechnung überreichte Donald Trump laut Times bei privaten Gesprächen in den USA. Es handle sich um Deutschlands Schulden bei der Nato, die sich angeblich schon seit 2002 angehäuft hätten.“ Laut Augengeradeaus wurde die Meldung deutscherseits umgehend dementiert, was das Ganze nur noch mehr zur Realsatire macht. (28. März 2017)

Europa-Division?

Christian Mölling von der DGAP macht den Vorschlag, Deutschland solle im Rahmen des Ankerland- und Rahmennations-Konzeptes (siehe IMI-Aktuell 2017/083) eine „Europa-Division“ aufzustellen: „Militärische Fähigkeiten kann man nicht herbeireden – man muss sie schaffen und erhalten. Die Europäer müssen zudem glaubwürdig vermitteln, dass sie sie auch einsetzen werden. […] Die Bundesrepublik hat sich mittlerweile selbst in eine Vorreiterrolle manövriert, durch ihre zahlreichen Aussagen zu mehr Verantwortung. Gleichzeitig will sie die Europäisierung der Verteidigungsstrukturen. Diese Ziele ließen sich in einem militärisch sinnvollen Beitrag mit

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

erheblicher Signalkraft bündeln: So könnte Deutschland eine weitere Division aufstellen, ca. 20.000 Soldaten, schrittweise bis 2020, und den europäischen Partnern anbieten, sich in diesen Verband einzubringen." (27. März 2017)

Cyber-Kommando als PPP?

NDR.de berichtet unter dem irreführenden Titel „Ist ein Cyber-Kommando mehr Schein als Sein?" über die Bemühungen, qualifiziertes Personal für den Cyberkrieg zu rekrutieren. Dabei strebe „die Bundeswehr eine enge Kooperation mit der Wirtschaft an. Das Verteidigungsministerium kann sich den Austausch von Personal vorstellen… Der stellvertretende Generalinspekteur Markus Kneip will mit diesem Konzept vor allem Reservisten ansprechen. Es sollen aber auch Fachleute gewonnen werden, die bisher nichts mit der Bundeswehr zu tun gehabt haben." Zugleich bemühe sich die Bundeswehr darum, „eigene Ausbildungseinrichtungen auf[zu]bauen. „An der Bundeswehr-Universität in München soll ein Cyber-Studiengang eingerichtet werden. Dafür wird schon jetzt intensiv geworben. Angestrebt werden jährlich rund 70 Absolventen. Weiter wird im Umfeld der Bundeswehr-Universität der Aufbau von Cyber-Cluster geplant. Auf diese Weise will die Bundeswehr Forschung und Entwicklung fördern." In diesem Zusammenhang ist natürlich auch der Einkauf von Studienplätzen des Fraunstudiengangs Informatik an der Hochschule Bremen zu sehen. Befremdlich ist, was der NDR zum angeblich rein defensiven Auftrag des Kommandos Cyber und Informationsraum schreibt. Im Weißbuch der Bundeswehr ist explizit von „defensiven und offensiven Hochwertfähigkeiten" die Rede, letztes Jahr wurde (vermutlich nicht aus Versehen) öffentlich, dass bereits 2015 eine offensive Operation stattgefunden habe – durch jene Einheit in Rheinbach, die zukünftig den Kern des Zentrums Cyberoperationen bilden soll. (24. März 2017)

EU-Rüstungsforschung: Selbstbedienung

Ein Journalistennetzwerk hat sich kritisch mit den beiden EU-Sicherheitsforschungsprogrammen FP7 und Horizon 2020 beschäftigt. Sie bemängeln einen regelrechten „Selbstbedienungsmarkt", in dem vor allem Rüstungsunternehmen und Forschungsinstitutionen, allen voran Fraunhofer, mit teils völlig sinnlosen Projekten von den EU-Töpfen profitieren würden. Bei Zeit Online heißt es dazu: „Einige wenige Konzerne und Organisationen profitieren von dem gigantischen Förderprogramm des Staates, das ursprünglich dazu gedacht war, die Sicherheit Europas zu stärken. Sie bekommen Millionen für abgedrehte Ideen, um Drogenlabore zu finden oder Terroristen unschädlich zu machen. Nur werden viele Ideen nie zu einem Produkt. Millionen und Milliarden wurden dafür verschwendet, an Technologien zu forschen, die sich als überteuert oder unbrauchbar herausstellten. […] Keines der zehn teuersten EU-Sicherheitsforschungsprojekte hat zu einem Produkt geführt, das heute praktisch genutzt wird." (23. März 2017)

Zwei-Prozent-Ziel: Absichtserklärung

In der Süddeutschen Zeitung wird dankenswerter Weise darauf hingewiesen, dass es sich bei der aktuell vielfach beschworenen „Absichtserklärung", alle NATO-Staaten sollten bis 2024 zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgeben, keineswegs um eine bindende Vereinbarung handelt. Zum damaligen Abschlussdokument auf dem NATO-Gipfel 2014 schreibt die Süddeutsche: „Am Montag wurde nun der Sprecher des Auswärtigen Amts, Martin Schäfer, in der Regierungspressekonferenz gefragt, wie [das Zwei-Prozent-Ziel] zu interpretieren sei. Daraufhin erklärte Schäfer, auf dem Nato-Gipfel in Wales sei es 2014 ‚in der Tat zu einer Vereinbarung der Mitgliedstaaten gekommen, die jetzt gemeinhin als Zwei-Prozent-Ziel interpretiert wird'. Tatsächlich aber sicherten die Mitgliedstaaten darin lediglich zu, ‚dass sie sich bemühen werden, auf dem Weg zum Zwei-Prozent-Ziel bis zur Mitte der nächsten Dekade Fortschritte zu erzielen.'" (22. März 2017)

NATO-Kriterien

Jahrelang wurde versucht, den Rüstungshaushalt künstlich kleinzurechnen, indem u.a. Ausgaben, die bei der NATO zum Militärbudget gerechnet werden, ausgeklammert wurden. Im Zuge der Debatte um eine „notwendige" Erhöhung der Militärausgaben scheint laut Tagesspiegel nun überlegt zu werden, diese „NATO-Kriterien" künftig einzupreisen: „So will Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ‚natofähige' Ausgaben anderer Ressorts berücksichtigt sehen. Laut Verteidigungsministerium zählen dazu unter anderem Minenräumprojekte, die das Auswärtige Amt finanziert, sowie die Ausgaben für den Wehrbeauftragten des Bundestages und Versorgungsausgaben für ehemalige NVA-Soldaten. Alles in allem kommen so noch einmal 2,5 Milliarden Euro zusammen, was für die BIP-Quote jedoch kaum etwas bringt." (21. März 2017)

A400M: Ladenhüter

Im Februar hieß es noch, die Bundeswehr plane mehr Exemplare des Militärtransporters A400M zu unterhalten, indem auf den geplanten Weiterverkauf von 13 Exemplaren ins Ausland verzichtet würde (siehe IMI-Aktuell 2017/072). Wie jetzige Meldungen aber zeigen, fanden sich für den mit etlichen Pannen behafteten Flieger schlichtweg keine Abnehmer, sodass die Bundeswehr zwangsläufig auf den Exemplaren sitzenbleibt. Bei n24 heißt es: „Trotz jahrelanger Suche hat das Verteidigungsministerium keine Käufer für 13 überschüssige A400M-Transportflugzeuge gefunden. Deshalb sollen sie jetzt von der Bundeswehr zusätzlich zu den 40 bereits eingeplanten Exemplaren genutzt werden. Statt Einnahmen in Milliardenhöhe werden dafür Investitionen von mindestens 505 Millionen Euro fällig." (18. März 2017)

Schweden: Wehrpflicht reloaded

Schweden führt die Wehrpflicht wieder ein, um die Sollstärke des Militärs zu erreichen, berichtet heise.de. Seit 2010 wurde die Wehrpflicht abgeschafft, doch der mangelnde Rekrutierungserfolg der Freiwilligenarmee haben dazu geführt, dass die schwedische Regierung dieses Jahr 13.000 von etwa 50.000 Frauen und Männer gleichermaßen mustert – 4.000 sollen schlussendlich jährlich eingezogen werden. Zusätzlich ist eine Steigerung der Verteidigungsausgaben um 2,2 Prozent pro Jahr bis 2020 geplant. Erklärt wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht (zudem genderneutral) mit der Sicherheitslage und der Bedrohung durch Russland. Damit rutscht Schweden weiter in die Aufrüstungsspirale am Baltikum. (8. März 2017)

Die Fact-Sheets werden zusammen mit der DFG-VK herausgebracht, wodurch es möglich wird, sie – auch in größeren Stückzahlen – gratis (gegen Porto) abzugeben. Bestellbar sind sie im DFG-VK-Materialshop: https://2007.dfg-vk.de/shop/broschueren/

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154